

# URBACT Mobility Study

## Studie zu den Wechselwirkungen von Wanderungsprozessen und Quartiersentwicklung

**Dr. Frank Gesemann**

in Kooperation mit der *Camino* gGmbH

**Berlin im Dezember 2005**

**Gefördert mit Unterstützung des  
Europäischen Fonds für regionale Entwicklung  
(EFRE)**



## Über die Autoren:

**Dr. Frank Gesemann**, Diplom-Politologe, ist Geschäftsführer von M & S – Migration und Stadtentwicklung. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Soziale / interkulturelle Stadtentwicklung, Migration und Integration, Risiken und Sicherheit in modernen Gesellschaften, Jugend – Jugendkulturen – Jugendgewalt. Veröffentlichungen (Auswahl): Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme – Ursachenanalyse – Präventionsmaßnahmen, Berlin 2004; Öffentliche Sicherheit durch private Dienste. Rechtsgrundlagen – Aufgabenfelder – Qualifikationsbedarf. Berlin 2004; Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven (Hrsg.), Opladen 2001; Flucht, Migration und gesellschaftlicher Wandel im Nahen und Mittleren Osten, Frankfurt am Main 1999; Ethnische Minderheiten in Deutschland (Red.), Berlin 1992ff.

Die **Camino gGmbH** ist ein gemeinnütziger, freier Träger im sozialen Bereich, gegründet 1995. Zu den Aufgabefeldern gehören u. a.: Praxisnahe Forschung und Entwicklung wie zum Beispiel die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Modellprojekten und -programmen, von Jugendhilfemaßnahmen und Präventionskonzepten sowie die Erstellung von Sozialraum- und Quartiersstudien und Bedarfs- und Lebenslagenanalysen; Entwicklung und Umsetzung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Themenfeld der sozialen Arbeit; Moderation von Jugendhilfe- und Sozialplanungsprozessen; Projektberatung und Praxisbegleitung. Die Camino gGmbH setzt seit der Gründung Forschungs-, Beratungs- und Fortbildungsprojekte in den Themenfeldern der Gewaltprävention und des Konfliktmanagements, der Stadtforschung und Quartiersentwicklung, der Jugend / Jugendarbeit sowie der Kindertagesbetreuung um. Geleitet wird die Camino gGmbH von den beiden Geschäftsführerinnen **Sabine Behn** und **Dorte Schaffranke**, die an der Durchführung der vorliegenden Studie maßgeblich beteiligt waren.

## Herausgeber:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
Württembergische Straße 6  
110702 Berlin

## **Wanderungsprozesse und Quartiersentwicklung – Zusammenfassung der Ergebnisse**

Benachteiligte Stadtviertel sind in der Regel durch eine hohe Bevölkerungsfluktuation und eine selektive Mobilität der Bewohner gekennzeichnet. Insbesondere Erwerbstätige, Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Familien mit noch nicht schulpflichtigen Kindern verlassen die Quartiere aufgrund der geringen Qualität des Wohnumfeldes, der Zunahme von Erwerbslosen und Ausländern sowie der häufig befürchteten schlechteren Bildungschancen der Kinder. Auf der anderen Seite ziehen – angesichts niedrigerer Mieten und geringerer Barrieren auf dem Wohnungsmarkt – vermehrt Haushalte zu, die entweder aus dem Ausland stammen und/oder von staatlichen Transfers abhängig sind. Zum besseren Verständnis von Wanderungsprozessen, zur Förderung der sozialen Integration in den Quartieren und zur Weiterentwicklung öffentlicher Dienstleistungen in benachteiligten Gebieten bedarf es daher empirischer Untersuchungen, die auf lokaler Ebene exemplarisch Chancen und Risiken von Wanderungen analysieren und Anknüpfungspunkte für Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Die vorliegende Studie ist im Rahmen des europäischen Projekts „URBACT Mobility Study: Building Sustainable Communities“ entstanden. In der Studie werden die Wechselwirkungen von Wanderungsprozessen und Quartiersentwicklung am Beispiel von zwei Berliner Quartiersmanagementgebieten (Bülowstraße in Schöneberg und Kottbusser Tor in Kreuzberg) untersucht. Welche Auswirkungen haben Wanderungsprozesse auf die Entwicklung von Quartieren? Welche Bedeutung hat die Situation in den Gebieten für Ausmaß und Zusammensetzung von Wanderungen? Welche Rolle kommt lokalen öffentlichen Dienstleistungen im Wanderungsgeschehen zu? Welche Chancen und Risiken sind mit diesen Wanderungsprozessen verbunden? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen für die Stadt(teil)politik? Wie kann die Situation in benachteiligten Gebieten verbessert werden? Wie kann der Zugang von Migranten zu öffentlichen Dienstleistungen insbesondere zu Kindertageseinrichtungen und Grundschulen erleichtert werden?

Die Ergebnisse der Studie basieren (1) auf einer repräsentativen Befragung von 92 Haushalten, die im ersten Halbjahr 2004 in die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor zugezogen oder aus ihnen weggezogen sind, zu den Gründen des Umzugs, der Situation im Quartier, der Nutzung lokaler Dienstleistungen sowie zum Bedarf an Beratung und Unterstützung, (2) der Durchführung von Werkstattgesprächen mit Expertinnen und Experten aus den Quartieren, die auf die Diskussion von Ergebnissen der Haushaltsbefragung und die Entwicklung von Handlungskonzepten zur Verbesserung des Zugangs zum öffentlichen Dienstleistungsangebot abzielten, sowie (3) der Auswertung von vertiefenden Interviews mit Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in den Untersuchungsgebieten.

## *Wanderungsentscheidungen und Quartiersentwicklung*

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen, dass Umzugsentscheidungen von Haushalten insbesondere von vier Motivkomplexen beeinflusst werden:

- *biographische und familiäre Veränderungen* (Wunsch mit dem Partner/der Partnerin zusammenzuleben, Geburt von Kindern, Auszug erwachsener Kindern, Aufnahme von Elternteilen, Trennung von Ehepaaren oder Lebensgemeinschaften, Auszug aus der Wohngemeinschaft);
- *wohnungsbezogene Gründe* (Wohnungsgröße, Höhe der Wohnungskosten, Ausstattung und Qualität von Wohnungen und Wohngebäuden, Probleme und Konflikte mit Hausbesitzern oder Nachbarn);
- *quartiersbezogene Gründe* (Lage und Verkehrsanbindung der Wohnung, Lebensbedingungen und Bevölkerungsstruktur im Wohnumfeld, soziale Probleme und Konflikte im Quartier);
- *soziale Netze im Quartier* (Nähe zu Familienangehörigen, Verwandten und Freunden).

Hierbei zeigen sich allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen von Befragten. Während für die Zugezogenen in den Untersuchungsgebieten vor allem bessere Einkaufsmöglichkeiten, eine verkehrsgünstigere Lage sowie in der Nähe lebende Freunde und Bekannte am wichtigsten sind, heben die Weggezogenen das angenehmere Wohnumfeld, das bessere Zusammenleben der Bewohner sowie die bessere Qualität der Wohnung im neuen Wohngebiet hervor. Für die Weggezogenen sind zudem ein angenehmeres Wohnumfeld und insbesondere ein besseres Wohnumfeld für Kinder sehr viel wichtiger als für die Zugezogenen. Die unterschiedliche Gewichtung von Umzugsmotiven spiegelt Differenzen in den Erwartungshorizonten der beiden Gruppen sowie Stärken und Schwächen der Quartiere in der Wahrnehmung der Befragten wider.

### *Probleme und Ressourcen in den Quartieren*

Zu den Problemen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor gehören aus Sicht der Befragten vor allem das ungepflegte Wohnumfeld (82,6%), Arbeitslosigkeit und Armut (80,4%), fehlende Arbeitsplätze und Beschäftigungsangebote (79,3%), die hohe Kriminalitätsbelastung (76,1%), hohe Umweltbelastungen (69,6%) und das schlechte Image der Gebiete (68,5%). Im Mittelfeld der Nennungen liegen fehlende Angebote für Kinder und Jugendliche (47,8%), die mangelnde Qualität der Schulen (43,5%) und die mangelnde Qualität der Wohnungen (35,9%). Bemerkenswert ist vor allem, dass Konflikte im Zusammenleben der Bewohner (28,3%) bzw. Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern (28,3%) nur von jedem vierten Befragten zu den Problemen des Quartiers gezählt werden.

Die Befragten nehmen aber nicht nur Defizite der Gebiete wahr, sondern heben auch Potenziale hervor. Zu diesen gehören vor allem die verkehrsgünstige Lage (94,6%), eine gute Versorgung mit Geschäften und Märkten (85,9%), die multikulturelle Atmosphäre der Gebiete (73,9%), enge Netze zwischen Freunden und Verwandten (67,4%) und die Vielzahl kostengünstiger Angebote (59,8%). Im Mittelfeld der Rangliste liegen die gute Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen (57,6%), das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft (53,3%) sowie religiöse und kulturelle Angebote (48,9%). Am seltensten genannt werden von den Befragten das Arbeitsplatz- und Beschäftigungsangebot (7,6%), das Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot (8,7%) sowie Kindertageseinrichtungen und Schulen (19,6%). Bemerkenswert sind wiederum die Unterschiede zwischen Zugezogenen und Weggezogenen. Zugezogene sehen in der multikulturellen Atmosphäre des Gebiets, den engen Netzen zwischen Freunden und Verwandten, dem guten Zusammenleben der Bewohnerschaft, der guten Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen, Geschäften und Märkten sowie den religiösen und kulturellen Angeboten sehr viel häufiger eine Ressource als Weggezogene.

### *Handlungsfelder der Stadtteilpolitik und bürgerschaftliches Engagement*

Zu den zentralen Handlungsfeldern in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor gehören aus Sicht der Zugezogenen vor allem die Bereiche

- *Sauberkeit und Sicherheit* (Bekämpfung von Kriminalität, Lösung des Drogenproblems, Verbesserung der Straßenreinigung),
- *Arbeit und Beschäftigung* (Schaffung von Arbeitsplätzen, Unterstützung bei der Arbeitssuche),
- *Bildung und Ausbildung* (bessere Schulen, mehr Ganztagschulen, mehr Ausbildungsplatzangebote, intensivere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund) sowie
- *Kinder und Jugendliche* (mehr Spielplätze für Kinder, mehr Betreuung und Begleitung für Kinder, mehr Freizeit- und Sportangebote für Jugendliche).

Einige Befragte wünschten sich auch eine stärkere „Aktivierung der Bevölkerung“ („mehr Verantwortungsbewusstsein für den Kiez“ und „mehr Engagement der Bewohnerschaft“), wobei bemerkenswert ist, dass sich jeder vierte Befragte vorstellen kann, einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im Quartier zu leisten (insbesondere in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen). Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen hierbei, dass die Bereitschaft zum Engagement im Wohngebiet vor allem von der Entwicklung von Bindungen an das Quartier abhängt, wobei die Zufriedenheit mit der Wohnsituation und das allgemeine Wohlempfinden im Quartier von herausgehobener Bedeutung sind. Die Aktivierung der Bewohner/innen in den Gebieten, die gezielte Förderung bürgerschaftlichen Engagements und die stärkere Einbeziehung von Migranten gehört sicherlich zu den Potenzialen in den Quartieren, die noch stärker ausgeschöpft werden können.

## Chancen und Risiken von Wanderungsprozessen

### Chancen

#### Erhöhung der Zufriedenheit der Bewohnerschaft

- Zugezogene sind zufriedener mit der Wohn- und Lebenssituation im Quartier als Weggezogene
- Zugezogene nehmen mehr Ressourcen und weniger Defizite im Quartier wahr als Weggezogene
- Zugezogene identifizieren sich stärker mit dem Quartier und zeigen eine höhere Bereitschaft zum Engagement als Weggezogene

#### Stärkung sozialer Netze und Kontakte

- Die Nähe zu Eltern und Verwandten sowie Freunden und Bekannten ist für Zugezogene sehr viel wichtiger als für Weggezogene
- Die zunehmende Bedeutung von sozialen Netzen ist in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und eines weit reichenden Umbaus des Sozialstaates ein stabilisierender Faktor im Quartier
- Familiäre, verwandtschaftliche und ethnische Netzwerke leisten einen bedeutsamen Beitrag zur sozialen Integration von Migranten

#### Verringerung von Konflikten

- Zugezogene zählen das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft und die multikulturelle Atmosphäre häufiger zu den Ressourcen des Quartiers als Weggezogene
- Weggezogene erleben das Zusammenleben der Bewohner und Konflikte zwischen Deutschen und Nichtdeutschen deutlich negativer als Zugezogene
- Der Fortzug von Menschen in Nachbarschaften, die besser zum eigenen Lebensstil passen, trägt zur Vermeidung von Konflikten bei

### Risiken

#### Erhöhung der Konzentration von Zuwanderern

- Ärmere und kinderreiche Migrantenfamilien haben geringere Chancen auf dem Wohnungsmarkt und finden in den Quartieren günstige Wohnungen und diskriminierungsfreie Vermieter
- Selektive ethnische Wanderungsprozesse verstärken die sozialräumliche Konzentration von Zuwanderern, die mit ambivalenten Wirkungen verbunden sind
- Ethnische Kolonien können als Ressource zur Bewältigung von Herausforderungen in der Aufnahmegesellschaft dienen, aber auch zur Herausbildung parallelgesellschaftlicher Strukturen führen

#### Verstärkung der sozialen Entmischung

- Die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor sind insbesondere für Haushalte attraktiv, die aufgrund ihrer sozialen Lage auf Ressourcen wie verkehrsgünstige Lage, kostengünstige Angebote und Nähe zu Freunden und Verwandten angewiesen sind
- Besser gestellte Haushalte mit vielfältigeren Handlungsmöglichkeiten verlassen die Gebiete häufiger angesichts der Kumulation von Problemlagen im Quartier. Selektive Wanderungsprozesse verstärken die soziale Entmischung der Bevölkerung
- Selektive Wanderungen und eine Verarmung der Bewohner führen zu Prozessen, die eine „Spirale der Abwärtsentwicklung“ in den Gebieten beschleunigen können

#### Verringerung sozialer Kontaktgelegenheiten

- Die Übernahme von Verhaltensweisen, normativen Orientierungen und kulturellen Kompetenzen wie z.B. Sprachfertigkeiten wird erschwert.
- Defizite in den sprachlichen Kompetenzen setzen sich in den Bildungseinrichtungen fort und beeinträchtigen die Bildungschancen der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache
- Mangelnde Kontaktmöglichkeiten zwischen Einheimischen und Migranten verringern das Wissen übereinander, das Verständnis füreinander und die gegenseitige Toleranz

#### Entstehung eines Milieus der Benachteiligung

- Die Zunahme von sozialer Segregation begünstigt ein „Milieu der Benachteiligung“, das zu einem Verlust an „moralischen Qualifikationen“ und zur Entstehung einer „abweichenden Kultur“ führen kann
- Die soziale Stabilität im Quartier verringert sich mit dem Wegzug integrierter Gruppen. Möglichkeiten einer wirksamen sozialen Kontrolle und informellen Konfliktmoderation gehen verloren

## *Erfahrungen mit öffentlichen Dienstleistungen im Quartier*

Im zweiten Teil der Haushaltsbefragung ging es insbesondere um den Bedarf an Beratung und Unterstützung in verschiedenen Lebensbereichen, die konkreten Erfahrungen und den Grad der Zufriedenheit mit den Leistungen öffentlicher Einrichtungen, zur Nutzung nichtstaatlicher Angebote im Quartier. Angesichts der sozioökonomischen Situation in den Untersuchungsgebieten ist es wenig überraschend, dass für ein Drittel der Zugezogenen vor allem Hilfen bei Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche von hervorgehobener Bedeutung sind. Insgesamt benötigen die Befragten vor allem Unterstützung in den Bereichen Kinder (Kita, Schule, Erziehung, Freizeit) (46,6%), Arbeit und Beschäftigung (43,1%), berufliche Qualifizierung (berufliche Ausbildung / Fort- und Weiterbildung) (36,2%) und Finanzen (Schuldnerberatung, Einkommensteuerhilfe) (34,5%). Etwa jeder vierte Befragte bejaht zudem einen Unterstützungsbedarf in den Bereichen Wohnen (29,3%), Erwachsenenbildung (27,6%) und Gesundheit (27,6%).

Bei der Bewertung öffentlicher Einrichtungen lässt sich als grobes Muster in den beiden Gebieten eine Zweiteilung der Institutionen erkennen: Während Kindertageseinrichtungen sowie Bürger-, Jugend- und Gesundheitsämter von den Zugezogenen überwiegend positiv wahrgenommen werden, fallen die Einschätzungen von Grundschulen, weiterführenden Schulen, Arbeits- und Sozialämtern sowie Ausländerbehörde und Polizei eher negativ aus. Bemerkenswert ist vor allem, dass Kindertageseinrichtungen in beiden Gebieten sehr viel positiver als Grundschulen oder weiterführende Schule bewertet werden. Während sich die Bewertung der Kindertageseinrichtungen in der Regel auf eigene Erfahrungen und den intensiven Kontakt zu den Erziehern stützt, ist die eher negative Einschätzung der Schulen stark durch die öffentliche Thematisierung einer als problematisch empfundenen Schulsituation und negativen Zusammensetzung der Schülerschaft geprägt.

Zu den Vorschlägen der Zugezogenen zur Verbesserung lokaler Dienstleistungen gehören die Einstellung von mehr Personal, eine Dezentralisierung von Verwaltungseinheiten, ein Abbau von Bürokratie sowie eine größere Flexibilität von Behörden und Ämtern. Gewünscht werden vor allem freundlichere, geduldigere, motivierte und qualifizierte Mitarbeiter, flexiblere und längere Öffnungszeiten (z.B. Abendsprechstunden), eine Verkürzung der Wartezeiten, mehr Informationen über Rechte und Angebote, eine bessere Beratung sowie eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und Problemen. In einigen Stellungnahmen von Migranten wird beklagt, dass „viele Beamte Vorurteile gegenüber Ausländern haben“ und „nicht wirklich bei der Integration nichtdeutscher Staatsbürger helfen“. Gefordert werden in diesem Zusammenhang nicht nur mehrsprachige Mitarbeiter und mehr Dolmetscher, sondern auch „mehr Respekt gegenüber Ausländern“.

### *Wanderungen und öffentliche Dienstleistungen im Quartier*

Mehr als die Hälfte der Befragten sehen in der guten Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen eine der Ressourcen des Quartiers, auch wenn hierbei die Unterschiede in der Wahrnehmung von Zugezogenen (67,2%) und Weggezogenen (41,2%) nicht zu übersehen sind. Kindertageseinrichtungen und Schulen gehören aber nur für eine relativ geringe Zahl der befragten Haushalte zu den Potenzialen der Gebiete, wobei die Anteile bei den Weggezogenen (14,7%) deutlich geringer sind als bei den Zugezogenen (22,4%). Mehr als ein Drittel der Befragten im Gebiet Bülowstraße (34,0%) und mehr als die Hälfte der Befragten im Gebiet Kottbusser Tor (56,4%) sieht andererseits in der mangelnden Qualität der Schulen ein zentrales Problem des Quartiers. (Sehr) großen Einfluss auf die Umzugsentscheidung der Weggezogenen haben Angebot und Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen aber nur für 20,6 Prozent der befragten Haushalte gehabt. Allerdings geben vier von zehn weggezogenen Familien mit Kindern an, dass die Situation in den Bildungseinrichtungen einen (sehr) großen Einfluss auf ihre Umzugsentscheidung hatte.

Familien höherer Bildungsschichten, Einheimische und Zuwanderer, ziehen – nach Einschätzung der Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen – vor allem aufgrund des problembelasteten Umfeldes, des hohen Migrantenanteils in den Gebieten und des Umgangs der Kinder und Jugendlichen untereinander weg. Viele Eltern befürchten, dass ihre Kinder in den Bildungseinrichtungen nicht ausreichend gefördert werden und gut genug Deutsch lernen. Einige „modern“ ausgerichtete türkische Eltern haben zudem Bedenken, dass ihre Kinder durch türkische Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen mit „traditionellen“ Werten konfrontiert werden, mit denen sie nicht übereinstimmen. Vor allem Angehörige der türkischen Mittelschicht ziehen weg, weil sie sich in der Schule mehr Deutsche als Sprachmittler wünschen.

In diesem Zusammenhang wurde von der Leiterin der *Jens-Nydahl-Grundschule* im Rahmen eines Werkstattgespräches (selbst)kritisch angemerkt, „dass ‚wir‘ (die Schulen, Behörden, etc.) an der Ausprägung dieses Images durch Verallgemeinerung des prozentualen Anteils von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache ohne Berücksichtigung sozialer Komponenten und fast ausschließliche Fokussierung auf die vorhandenen Probleme mitgewirkt haben“: „Jahrelang wurde diskutiert, dass eine Schule ‚bei einem zu hohen Ausländeranteil / bei der ‚falschen‘ ethnischen Zusammensetzung keine gute Arbeit leisten und die Kinder nicht ausreichend auf den weiteren Bildungsgang vorbereiten könne“. Dieses auf die ethnische Zusammensetzung reduzierte Bild hat inzwischen auch die Angehörigen der türkischen community erreicht, von denen viele auf andere Bezirke ausweichen, denn Eltern aus der Mittelschicht wollen ihr Kind nicht auf eine „Ausländerschule“ mit vermeintlich geringeren Bildungschancen schicken.



## Handlungsempfehlungen

### Soziale Mischung der Bevölkerung fördern

- Lokale Verwaltung, Quartiersmanagementteams und Wohnungsunternehmen sollten mit Kooperations- und Belegungsverträgen eine soziale Mischung der Bewohnerschaft fördern und erhalten, um der Entstehung von „stigmatisierten Armutinseln“ wirkungsvoll entgegenzuwirken
- Beruflich erfolgreichere Familien aus der Mittelschicht können nur dann in den Gebieten gehalten werden, wenn es gelingt, die Lebensbedingungen im Quartier nachhaltig zu verbessern und die Qualität der Bildungseinrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Schulen) deutlich zu steigern
- Existenzgründer sowie Gewerbetreibende, die die Arbeitsplatz- und Nahversorgungssituation in den Quartieren verbessern und / oder innovative Geschäftsideen umsetzen, sollten nachhaltig unterstützt werden
- Soziale und kulturelle Projekte, die sich auf die historische und / oder kulturelle Besonderheit des Gebiets gründen und eine nach innen und außen wirkende Ausstrahlungskraft entfalten, können die Identifizierung mit bzw. das Vertrauen in die Potenziale dieser Gebiete zu stärken

### Ethnische Kolonien: Chancen nutzen – Risiken minimieren

- Einwanderungsquartiere sollten als dauerhafte Einrichtungen in der Stadtstruktur akzeptiert werden. Die Konzentration ethnischer Minderheiten in bestimmten Stadtteilen und die Entstehung ethnischer Kolonien kann die soziale Integration von Einwanderern erleichtern, sofern diese Gebiete nicht zu Inseln von Armut und Ausgrenzung werden
- Die Konzentration von Arbeitslosigkeit und Armut in diesen Gebieten erfordert nachhaltige Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Gebiete, die mit einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen verbunden sind
- Die Übergänge in die Kernbereiche der Gesellschaft sollten durch eine aktive Bildungspolitik und einen verbesserten Zugang zum formellen Arbeitsmarkt gefördert werden. Dies sind die Schlüsselbereiche, um die soziale Integration von Einwanderern zu ermöglichen und eine konfliktrichtige ethnische Unterschichtung der Gesellschaft zu verhindern
- Die Förderung interkultureller Kontakte, Netzwerke und Projekte sollte im Zentrum der Integrationspolitik stehen, um den Austausch zwischen den verschiedenen ethnischen Kulturen und die Entwicklung von Interkulturalität in allen Bevölkerungsgruppen zu verbessern
- Mit der Einrichtung von „Frühwarnsystemen“ und der Förderung von Mechanismen einer interkulturellen Konfliktvermittlung sollte der Entstehung parallelgesellschaftlicher Strukturen sowie ethnischen, sozialen und religiösen Konflikten entgegengewirkt werden

### Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen verbessern

- Die Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen in benachteiligten Stadtquartieren muss umfassend und nachhaltig verbessert werden, um die Bildungschancen der in diesen Gebieten lebenden Kinder zu erhöhen und selektiven Wanderungsprozessen entgegenzuwirken. Schulen mit Ganztagsangeboten sind flächendeckend auszubauen
- Das Zusammenwirken und die Abstimmung von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten für Kinder und Jugendliche sollte strukturell verbessert und sozialräumlich ausgestaltet werden. Die Erziehungs- und Bildungskompetenz von Eltern sollte durch vernetzte Angebote für Kinder und Eltern (z.B. Eltern-Kind-Zentren) gestärkt werden
- Kindertageseinrichtungen müssen Bildung und Erziehung zu ihrer Kernaufgabe machen und dürfen nicht auf den Aspekt der Betreuung und Versorgung reduziert werden. Die zunehmende Bildungsorientierung der Kindertagesbetreuung und die gebotene Gleichbehandlung von Bildungsangeboten erfordern eine grundsätzliche Beitragsfreiheit für die Eltern
- Eine gezielte Sprachförderung ist von zentraler Bedeutung für frühe Bildungsprozesse. Um insbesondere die Bildungschancen von Kindern in problembelasteten Quartieren zu erhöhen, sollten die Kindertageseinrichtungen vor allem Sprachförderkonzepte einsetzen, die gezielt bei den Dreijährigen ansetzen und sich nicht nur auf das Jahr vor der Einschulung konzentrieren
- In den Grundschulen sollten die Klassenfrequenzen deutlich gesenkt werden sowie Konzepte zur kognitiven und sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund weiter entwickelt werden. Bei der Zuteilung von Ressourcen ist eine stärkere Differenzierung zwischen Schulen entsprechend der ethnischen und sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft erforderlich

### **Interkulturelle Öffnung als Leitbild weiter entwickeln und verankern**

- Interkulturelle Öffnung sollte zu einem Leitbild der Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik weiter entwickelt werden (Förderung interkultureller Kompetenzen, vermehrte Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund, Verankerung von Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe sowie Entwicklung einer sozialraumbezogenen und interkulturellen Stadt(teil)politik)
- Selbsthilfeorganisationen von Migranten sollten stärker unterstützt werden, um integrationsbezogene Projekte durchführen zu können. Ein Schwerpunkt der Förderung sollte hierbei im Bildungsbereich liegen. Die Einbeziehung von Migrantenorganisationen in sozialraumbezogene Integrationsnetzwerke sollte selbstverständlich sein.
- Die Kooperation mit zweisprachigen Brückenpersonen als „Kulturmittler/innen“ sollte weiter entwickelt und ausgebaut werden, um Kommunikationsbarrieren abzubauen und Integrationsprozesse zu fördern. Eine Nutzung der Beratungskompetenz von Laien-Experten ist in verschiedenen Aufgabenfeldern Erfolg versprechend

### **Migranten als Partner der Stadtteilpolitik anerkennen**

- Anerkennung von Einwandererquartieren als dauerhafte und bereichernde Elemente der Stadtstruktur, nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation in diesen Quartieren und Entwicklung einer auf Partizipation ausgerichteten Gemeinwesenarbeit
- Die Beteiligung von Migranten sollte zu einem Schwerpunkt in der Weiterentwicklung des Quartiersmanagements gemacht werden und mit geeigneten Modellen und Förderprogrammen unterstützt werden.
- Eine stärkere Beteiligung von Migranten an der Entwicklung des Quartiers kann auch im Rahmen der Familienbildung gefördert werden, wenn diese Themen aufgreift, die für Familien nichtdeutscher Herkunft von Interesse sind (z. B. durch die Organisation quartiersbezogener Foren)

# Inhalt

1.	Einleitung .....	13
2.	Wanderungen in Berlin .....	17
3.	Die Untersuchungsgebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor .....	33
4.	Grunddaten der URBACT-Haushaltsbefragung 2005 .....	39
5.	Wanderungsgründe und Situation im Quartier .....	39
5.1	Umzugsmotive von Zugezogenen und Weggezogenen .....	42
5.2	Bewertung der Wohn- und Lebenssituation im Quartier.....	49
5.3	Zentrale Handlungsfelder im Quartier aus Sicht der Befragten .....	53
6.	Chancen und Risiken selektiver Wanderungsprozesse .....	53
7.	Wanderungen und öffentliche Dienstleistungen im Quartier .....	59
7.1	Ergebnisse der Haushaltsbefragung .....	59
7.2	Ergebnisse der Werkstattgespräche .....	72
7.3	Ergebnisse der Experteninterviews .....	75
8.	Handlungsempfehlungen .....	87
	Literatur .....	99
	Anhang .....	103



## 1. Einleitung

Neuere stadtsoziologische Untersuchungen zeigen, dass der von der Globalisierung vorangetriebene ökonomische Strukturwandel moderner Gesellschaften (Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft) mit einer Polarisierung sozialer Lebenslagen (Marginalisierungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt, Abbau sozialstaatlicher Leistungen, Zunahme sozialräumlicher Spaltungen) einhergeht, die die Integrationskraft der Städte erheblich schwächen. Die „Krise der sozialen Stadt“ (*Hartmut Häußermann*) ist aber auch das Ergebnis gesellschaftlicher Entsolidarisierungsprozesse und der Verringerung staatlicher Steuerungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund wird häufig die Befürchtung geäußert, dass Desintegrationsprozesse und sozialräumliche Problemkumulationen zu einer Zunahme von sozialen und ethnisch-kulturellen Konflikte führen (vgl. *Anhut / Heitmeyer* 2000: 552).

In Berlin hat die Wiedervereinigung zwar die politische Teilung der Stadt beseitigt, aber die sozialen und ökonomischen Probleme verschärft. Als dramatisch ist vor allem der Arbeitsplatzabbau in der Berliner Industrie zu bewerten, da von 1991 bis 2004 mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe verloren gegangen ist. Im Vergleich mit dem Ausgangsbestand vor der Wiedervereinigung gingen rund 250.000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Dieser Verlust konnte auch nicht durch Zuwächse im Dienstleistungssektor kompensiert werden.<sup>1</sup> Der Rückgang der Erwerbstätigen hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenquote geführt, von 9,4 Prozent im Jahr 1991 auf 19,8 Prozent im Jahr 2004.<sup>2</sup>

Zu den Verlierern dieser Entwicklung gehören vor allem Migranten. Die Arbeitslosenquote der Ausländer ist von 1991 bis 2004 von 14,5 auf 38,2 Prozent gestiegen und ist damit fast doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote aller abhängigen Erwerbspersonen. Das Armutsrisiko der Nichtdeutschen übertrifft das der Deutschen um das Dreifache (36,0% vs. 11,5% im Jahr 2002),<sup>3</sup> wobei in den Stadtteilen mit den höchsten Armutsquoten auch die Anteile der ausländischen Personen (ohne EU-Ausländer) an der Bevölkerung am höchsten sind: Wedding (29,6%), Kreuzberg (28,0%), Tiergarten (24,8%), Neukölln (19,6%), Schöneberg (18,2%).<sup>4</sup>

---

1 Statistisches Landesamt Berlin, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, Stand 17.03.2005; Investitionsbank Berlin (Hrsg.): Berlins Industrie nach der Wiedervereinigung. Was bringt die neue Gründerzeit? Joachim Fischer, Ramona Pohl, Klaus Semlinger. Berlin 2004, S. 13.

2 Bundesagentur für Arbeit – Arbeitsmarktstatistik. Die angegebenen Arbeitslosenquoten beziehen sich auf die Arbeitslosigkeit abhängiger Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt.

3 Statistisches Landesamt Berlin, Armut und soziale Ungleichheit in Berlin, Mai 2003; siehe auch Sozialstrukturatlas Berlin 2003 (SenGesSozV 2004, S. 107).

4 Siehe hierzu vor allem die Daten im Sozialstrukturatlas Berlin 2003 (SenGesSozV 2004, S. 273).

Der sozioökonomische Wandel und die „Konzentrationen sozialer und stadträumlicher Benachteiligung“ haben den Berliner Senat im Herbst 1998 veranlasst, eine „nachhaltig wirkende, langfristig orientierte gesamtstädtische Strategie zur Entschärfung sozialer Konflikte besonders belasteter Stadtquartiere“ zu entwickeln sowie ein entsprechendes Aktionsprogramm „Urbane Integration“ vorzulegen.<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang hat der Senat Anfang 1999 fünfzehn „Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ festgelegt, die Ende 2001 um zwei Gebiete erweitert wurden. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt) wurde in jedem dieser Viertel die Einrichtung eines „Quartiersmanagements“ (QM) beschlossen, „um dort eine Aufwertung und dauerhafte Verbesserung der Situation zu erreichen und zu einer Stabilisierung beizutragen“.

Benachteiligte Stadtviertel sind in der Regel durch eine hohe Bevölkerungsfluktuation und eine selektive Mobilität der Bewohner gekennzeichnet. Insbesondere Erwerbstätige und Familien mit Kindern verlassen diese Quartiere aufgrund der geringen Qualität des Wohnumfeldes, der Zunahme von Erwerbslosen und Ausländern sowie der häufig befürchteten schlechteren Bildungschancen der Kinder. In diese Gebiete ziehen vor allem Haushalte, die von staatlichen Transfers abhängig sind, sowie viele Zuwanderer aus dem Ausland. In benachteiligten Quartieren besteht daher ein besonderer Handlungsbedarf für zielgerichtete und wirksame Maßnahmen der Integrationsförderung. Zur Verbesserung der sozialen Integration dieser Bevölkerungsgruppen sind daher Untersuchungen zum Bedarf und zur Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen aus der Perspektive der Betroffenen von besonderer Bedeutung.

Die vorliegende Studie ist im Rahmen des Projekts „URBACT Mobility Study: Building Sustainable Communities“ entstanden, das sich mit der Bedeutung von Wanderungen für die Quartiersentwicklung in europäischen Großstadtreionen befasst. Ziel der Berliner Studie war die Untersuchung der Wirkungszusammenhänge von Wanderungsprozessen und Stadtteilentwicklung in zwei ausgewählten Quartiersmanagementgebieten (Bülowstraße in Schöneberg und Kottbusser Tor / Wassertorplatz in Kreuzberg). Im Zentrum der Studie standen die Auswirkungen von Wanderungsprozessen auf die Entwicklung von Quartieren und die Bedeutung der Situation in den Quartieren für die Wanderungen. Die Analyse der Wechselwirkungen von Wanderungsprozessen und lokalen öffentlichen Dienstleistungen sollte zudem die strategische Basis bilden für eine Entwicklung von Instrumenten zur Verbesserung des Zugangs zum Dienstleistungsangebots und dessen Anpassungsfähigkeit an sich ändernde lokale Bedürfnisse.

---

5 Wissenschaftliche Grundlage dieser Entscheidung bildeten die Ergebnisse und Empfehlungen eines Gutachtens zur „Sozialorientierten Stadtentwicklung“, das von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie in Auftrag gegeben worden war (IfS / S.T.E.R.N 1998).

Bestandteile der Studie waren im Einzelnen:

- die Entwicklung, Durchführung und Auswertung einer stichprobenhaften Befragung von Haushalten, die in die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor gezogen oder aus ihnen weggezogen sind hinsichtlich
  - der Gründe für die Wanderung und der Einschätzung der Situation im Quartier,
  - der Einschätzung der Zugänglichkeit der für die Befragten relevanten Dienstleistungen (Ämter) bzw. Bestimmung des aus Sicht der Befragten erforderlichen Dienstleistungsangebots,
  - der zur Einschätzung der Ergebnisse relevanten Haushaltsdaten (z.B. Zusammensetzung, ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit, sozio-ökonomische Situation);
- die Durchführung und Auswertung von Werkstattgesprächen mit Expertinnen und Experten in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor zur Diskussion der Ergebnisse der Haushaltsbefragung und zur Entwicklung von Handlungskonzepten zur Verbesserung des Zugangs zum öffentlichen Dienstleistungsangebot;
- die Einschätzung der Bedeutung der Wanderungen für die Entwicklung der Quartiere (Chancen- und Risikoanalyse);
- die Einschätzung der Bedeutung des lokalen Dienstleistungsangebots für die Wanderungsprozesse in den beiden Gebieten;
- die Entwicklung von Handlungsempfehlungen zur Verbesserung des Zugangs von Migrantinnen und Migranten zu öffentlichen Dienstleistungen insbesondere für Kindertageseinrichtungen und Grundschulen;
- die Entwicklung von Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation in den untersuchten Gebieten.

Das vorliegende Gutachten gliedert sich wie folgt: Nach der Einleitung folgt ein kurzer Überblick zu den Wanderungsprozessen in Berlin seit Anfang der neunziger Jahre (*Kapitel 2*). Anschließend werden die Untersuchungsgebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor (*Kapitel 3*) und die Grunddaten der Haushaltsbefragung (*Kapitel 4*) vorgestellt. Es folgt eine ausführliche Präsentation von Ergebnissen der Befragung zu den Gründen für die Wanderungen und den Einschätzungen der Situation in den Quartieren (*Kapitel 5*). Abgeschlossen wird der erste Teil der Studie durch eine zusammenfassende Einschätzung der Bedeutung der Wanderungen für die Entwicklung der Quartiere im Rahmen einer Chancen- und Risikoanalyse (*Kapitel 6*). Im Zentrum des zweiten Teils der Studie stehen der Bedarf an Beratung und Unterstützung und die Bewertung lokaler Dienstleistungen in den Untersuchungsgebieten sowie die Frage nach der Bedeutung lokaler Dienstleistungsangebote für Wanderungsprozesse (*Kapitel 7*). Es folgen die Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation in den untersuchten Gebieten (*Kapitel 8*). Einen raschen Überblick bietet die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.





## 2. Wanderungen in Berlin

Im Jahr 2000 lebten nach Angaben der Vereinten Nationen 175 Millionen Menschen außerhalb des Landes, in dem sie geboren wurden oder dessen Staatsangehörigkeit sie besaßen. Zwar stellen internationale Migranten nur 2,9 Prozent der Weltbevölkerung, aber ihre Zahl hat sich in den vergangenen 35 Jahren mehr als verdoppelt (*United Nations* 2002: 11). Die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen ist zu einem weit verbreiteten Phänomen geworden. Nach Angaben der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) waren hiervon im vergangenen Jahrzehnt jährlich mehr als zehn Millionen Menschen und eine zunehmende Zahl von Ländern betroffen. Während es sich in der Vergangenheit überwiegend um eine Nord-Süd-Wanderung von Menschen gehandelt hat, gibt es heute bedeutende Ströme zwischen den Entwicklungsländern. Bei den Industrieländern entfällt die höchste Zahl der Migranten auf die Vereinigten Staaten, gefolgt von der Russischen Föderation, Deutschland, der Ukraine und Frankreich (WCSDG 2004: 96).

Deutschland ist spätestens seit der Wiedervereinigung zu einem bedeutenden Zielland von Migranten geworden. Zuzügen in Höhe von 12,966 Millionen Personen (Deutsche und Ausländer) im Zeitraum 1991 bis 2003 stehen allerdings Fortzüge in Höhe von 8,980 Millionen Personen gegenüber. Der Wanderungsgewinn in Höhe von 3,986 Millionen Personen im Zeitraum 1991 bis 2003 beruht zu 61 Prozent auf den Wanderungsüberschüssen bei Ausländern. Drei Phasen des Wanderungsgeschehens lassen sich unterscheiden: eine Phase hoher Wanderungsgewinne (1991 – 1996), eine Phase relativ geringer Wanderungsgewinne (und leichter Wanderungsverluste bei Ausländern) (1997 – 1998) sowie eine Phase moderater Wanderungsgewinne (1999 – 2003). Zuwanderer aus dem Ausland werden vor allem von den städtischen Ballungsräumen angezogen. So lebt ein Viertel der Ausländer in Deutschland in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern. Zu den Ursachen gehören ein besseres Arbeitsplatzangebot sowie verwandtschaftliche Netzwerke in den Städten (zum Vergleich: etwa 12 Prozent der Deutschen wohnen in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern) (*Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration* 2004: 55ff.).

Die Entwicklung der Bevölkerung Berlins wird – wie in anderen Großstädten Westeuropas – entscheidend durch Wanderungsbewegungen beeinflusst. Die Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Berlin haben einen größeren Einfluss auf Bevölkerungszahl und -zusammensetzung als Geburten und Todesfälle. Die Zu- und Fortzüge über die Landesgrenzen von Berlin verliefen seit der Wiedervereinigung in mehreren Phasen. In den Jahren 1991 bis 1995 gewann die Stadt vor allem auf Grund hoher Wanderungsüberschüsse mit dem Ausland etwa 99.000 Personen. Im Zeitraum 1996 bis 2000 verlor Berlin – insbesondere durch steigende Abwanderungen ins Umland und angesichts sinkender Zuwanderungen aus dem Ausland – über 60.000 Einwohner. Seit dem Jahr 2001 ist erneut ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen. Gewinne aus den Wanderungen mit

dem Ausland und den alten Bundesländern übertrafen die Abwanderungen in die neuen Bundesländer in den Jahren 2001 bis 2003 insgesamt um etwa 20.000 Personen. Die Wanderungsgewinne mit dem Ausland waren im Zeitraum 1991 bis 2003 der entscheidende Faktor, der die Bevölkerungszahl in Berlin angesichts der hohen Abwanderungen ins Umland stabilisiert hat (vgl. *Tabelle 1*).

		Wanderungssaldo von Berlin (Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss über die Landesgrenzen)				
Jahr	Einwohner zum Jahresende	Ausland	alte Bundes- länder	neue Bundesländer		Insgesamt
				insgesamt	darunter Umland	
1991	3.443.575	24.447	-5.966	6.947	158	25.428
1992	3.456.891	34.277	-5.299	3.076	-787	32.054
1993	3.461.421	29.162	-4.288	-2.681	-3.938	22.193
1994	3.452.284	17.248	642	-9.038	-9.752	8.852
1995	3.446.039	22.224	554	-12.772	-14.522	10.006
1996	3.428.644	14.265	-1.330	-17.396	-18.759	-4.461
1997	3.387.901	-962	-318	-25.646	-27.985	-26.926
1998	3.358.235	-404	4.537	-25.458	-29.874	-21.325
1999	3.340.887	6.210	6.670	-19.895	-25.246	-7.015
2000	3.331.232	4.962	7.184	-13.004	-18.857	-858
2001	3.337.232	11.168	6.111	-6.812	-14.413	10.467
2002	3.336.248	9.735	4.071	-5.121	-12.333	8.685
2003	3.330.242	7.520	653	-7.696	-12.503	477
Insgesamt		179.852	13.221	-135.496	-188.811	57.577

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Die *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung* hat jüngst eine Prognose der Bevölkerungsentwicklung für die Metropolregion Berlin von 2002 bis 2020 vorgelegt (SenStadt 2004). Darin werden drei Prognosevarianten angeboten, die von einem Verlust bis zum Jahr 2020 in Höhe von 110.400 Einwohnern (Variante „Schrumpfung“) bis zu einem Gewinn in Höhe von 99.900 Einwohnern (Variante „Boom“) reichen. In einer mittleren Variante („Basis“), die sich an „den erkennbaren wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungstendenzen“ orientiert, weist die Prognose für das Jahr 2020 einen leichten Bevölkerungsverlust in Höhe von 25.600 Einwohnern gegenüber dem Beginn des Prognosezeitraums (2002: 3,392 Mio.) aus. Die Wanderungsbilanz mit dem Ausland ist nach dieser Prognose der entscheidende Faktor für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Berlin. Steigen wird die Bevölkerungszahl der Stadt nur noch unter der Voraussetzung einer dauerhaften Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die deutlich höhere Wanderungsgewinne mit dem Ausland nach sich zieht (vgl. SenStadt 2004: 16ff.).

In Berlin haben Mauerfall und Grenzöffnung spätestens seit Mitte des Jahres 1990 zu einer „Aufhebung der Mobilitätsbarrieren“ (Hartmut Häußermann/ Andreas Kapphan 2000: 117) geführt. Die Vereinigung im Oktober 1990 hat Umzüge zwischen den beiden Stadthälften und Fortzüge aus dem Stadtgebiet in das Umland ermöglicht und das Wanderungsgeschehen in Berlin erheblich intensiviert. Hierbei lassen sich zwei Phasen unterscheiden, mit einem charakteristischen Wendepunkt im Jahr 1998. In der ersten Phase (1994 – 1998) hat sich das Wanderungsvolumen – als Summe der Zu- und Fortzüge pro 100 Einwohner und Jahr – um mehr als ein Drittel – von 25,5 auf 34,7 – erhöht; in der zweiten Phase (seit 1999) ist erneut ein leichter Rückgang auf einen Wert von 30,0 An- und Abmeldungen pro 100 Einwohner (2002) zu verzeichnen. In den Jahren 1997 bis 1999 zogen somit jährlich etwa 17 Prozent der Berliner um, in den Innenbereichen der Stadt<sup>6</sup> waren es im Schnitt sogar 20 Prozent (vgl. *Tabelle 2*).

<b>Tabelle 2: Wanderungsvolumen und Wanderungssalden in Teilgebieten von Berlin, 1994 bis 2002</b>							
Teilgebiet	Innenbereiche			Außenbereiche			Berlin gesamt
Jahr	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	
<b>Wanderungsvolumen</b>							
1994	31,2	28,0	30,4	22,6	22,7	22,7	25,5
1995	33,8	31,6	33,3	24,8	26,6	25,6	28,4
1996	35,3	36,3	35,6	25,6	29,6	27,4	30,4
1997	38,3	42,0	39,2	28,1	34,4	30,9	33,9
1998	39,8	44,9	41,1	28,4	34,5	31,1	34,7
1999	38,2	43,9	39,6	27,2	32,3	29,5	33,1
2000	36,7	42,8	38,2	26,2	31,0	28,3	31,9
2001	35,8	40,5	37,0	25,3	29,4	27,1	30,7
2002	35,0	39,5	36,2	24,5	28,8	26,4	30,0
<b>Wanderungssaldo</b>							
1994	-0,54	-0,49	-0,53	0,63	0,82	0,71	0,25
1995	-0,61	-0,86	-0,67	0,97	0,54	0,78	0,25
1996	-1,05	-1,58	-1,19	0,61	0,31	0,48	-0,13
1997	-2,10	-2,59	-2,23	0,08	-0,19	-0,04	-0,83
1998	-1,15	-2,37	-1,45	0,00	-0,36	-0,16	-0,63
1999	-0,64	-0,74	-0,67	0,23	-0,14	0,07	-0,20
2000	-0,60	1,20	-0,15	0,35	-0,37	0,02	-0,04
2001	0,11	1,27	0,40	0,63	0,07	0,38	0,39
2002	-0,17	1,33	0,21	0,46	-0,10	0,21	0,20
Quelle: Senatverwaltung für Stadtentwicklung, Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004 (Eigene Darstellung)							

6 Der Innenbereich der Stadt umfasst den gründerzeitlich geprägten Bereich dichter Bebauung, der überwiegend innerhalb des S-Bahn-Ringes liegt. Zur genauen Abgrenzung der Stadträume siehe die Karten Abgrenzung der Stadträume nach Verkehrszellen und Statistischen Gebieten zum Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004, [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten\\_stadtentwicklung/monitoring/de/2004/karten.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2004/karten.shtml).

Während ein hohes Wanderungsvolumen die soziale Stabilität von Gebieten gefährden und die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft verändern kann, ist ein negativer Wanderungssaldo (weniger Zu- als Fortzüge) ein Indikator für eine schwindende Attraktivität von Gebieten. In Berlin haben die Innenstadtgebiete in den neunziger Jahren durch die Umzüge einen nicht geringen Teil ihrer Einwohner verloren. In den innerstädtischen Bezirken von Ost-Berlin erreichten die Bevölkerungsverluste im Jahr 1997 den Rekordwert von minus 2,6 Prozent. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts hat der „Prozess der Entdichtung der Innenstadt“ (*Häußermann/Kapphan*) in den westlichen Bezirken der Stadt erheblich an Dynamik verloren; in den östlichen Gebieten ist auf Grund von anhaltenden Wanderungsgewinnen sogar eine Umkehrung der negativen Entwicklung festzustellen. Während die Innenstadtgebiete in den neunziger Jahren erhebliche Bevölkerungsverluste zu verzeichnen hatten, ist die Entwicklung der Außenbezirke in der Regel durch Wanderungsgewinne gekennzeichnet (vgl. *Tabelle 2*).

Als Indikatoren für die soziale Selektivität von Wanderungen stehen die Wanderungssalden von Deutschen und Ausländern sowie der Fortzug und der Wanderungssaldo von (deutschen) Kindern unter 6 Jahren zur Verfügung. Angaben zur Erwerbstätigkeit werden von den Einwohnermeldeämtern seit einigen Jahren nicht mehr erhoben, so dass Informationen zum Wanderungssaldo von Erwerbstätigen nur für den Zeitraum 1994 bis 1999 zur Verfügung stehen. Der Wanderungssaldo von Deutschen kann als Indikator für die Attraktivität von Quartieren für Einheimische und Eingebürgerte genommen werden, während der Wanderungssaldo von Kindern unter 6 Jahren als guter Indikator für die Attraktivität eines Quartiers für Familien gilt. Auf Grund der Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz wird dieser Indikator seit 2000 nicht mehr für deutsche Kinder bemessen, sondern nur noch für alle Kinder unter 6 Jahren.

Die Daten zeigen, dass die Gebiete der westlichen Innenstadt im Zeitraum 1994 bis 1997 jährlich über einen halben Prozentpunkt an Erwerbstätigen verloren haben; allerdings hat sich dieser Trend gegen Ende der neunziger Jahre wieder deutlich abgeschwächt. Sehr hoch sind die Verluste der westlichen Innenstadtgebiete auch bei deutschen Einwohnern. Von 1994 bis 2002 haben diese Gebiete einen kumulierten Wanderungsverlust bei Deutschen von knapp elf Prozent und einen Wanderungsgewinn von Ausländern in Höhe von etwa vier Prozent zu verzeichnen, so dass sich die räumliche Konzentration von Nichtdeutschen in der westlichen Innenstadt weiter erhöht hat. Sehr hoch waren die Verluste der insbesondere bei deutschen Familien mit noch nicht schulpflichtigen Kindern; im Zeitraum 1994 bis 1999 verloren die Gebiete der westlichen Innenstadt durch Wanderungsprozesse jährlich zwischen sechs bis acht Prozent der deutschen Kinder unter sechs Jahren. Besonders hohe Fortzugsquoten und sehr negative Wanderungssalden, wie sie bei deutschen Familien noch in den neunziger Jahren festgestellt werden konnten, sind allerdings bei den jungen Familien mit Kindern in den Jahren 2000 bis 2002 nicht mehr zu beobachten (vgl. *Tabelle 3*).

**Tabelle 3: Soziale Selektivität von Wanderungen in Teilgebieten von Berlin, 1994 bis 2002**

Teilgebiet	Innenbereiche			Außenbereiche			Berlin gesamt
Jahr	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	
<b>Wanderungssaldo von Erwerbstätigen</b> Differenz der Zu- und Fortzüge von Erwerbstätigen pro 100 Einwohner							
1994	-0,27	-0,30	-0,28	0,27	0,41	0,33	0,11
1995	-0,52	-0,63	-0,55	0,46	0,28	0,38	0,04
1996	-0,65	-1,03	-0,75	0,32	0,07	0,21	-0,14
1997	-0,90	-1,20	-0,98	0,06	-0,25	-0,08	-0,40
1998	-0,65	-0,98	-0,73	0,00	-0,30	-0,13	-0,35
1999	-0,51	-0,26	-0,45	0,08	-0,28	-0,08	-0,21
<b>Wanderungssaldo von Deutschen</b> Differenz der Zu- und Fortzüge von Deutschen pro 100 Einwohner							
1994	-1,05	-1,27	-1,11	-0,36	-0,01	0,08	-0,36
1995	-1,40	-2,06	-1,56	-0,40	-0,23	0,11	-0,51
1996	-1,61	-2,41	-1,82	-0,61	-0,05	0,06	-0,63
1997	-2,12	-3,07	-2,36	-0,92	-0,14	-0,07	-0,90
1998	-1,35	-2,71	-1,69	-0,55	-0,27	-0,09	-0,67
1999	-1,10	-1,10	-1,10	-0,39	-0,27	-0,04	-0,42
2000	-1,04	0,59	-0,63	-0,36	-0,18	0,01	-0,22
2001	-0,59	0,58	-0,29	-0,06	0,07	0,22	0,04
2002	-0,63	0,60	-0,32	-0,18	-0,09	0,05	-0,08
<b>Wanderungssaldo deutscher Kinder unter 6 Jahren*</b> Differenz der Zu- und Fortzüge deutscher Kinder pro 100 Einwohner unter 6 Jahren							
1994	-6,2	-5,0	-5,9	0,8	1,0	0,9	-1,5
1995	-7,3	-6,1	-7,0	1,6	1,1	1,4	-1,6
1996	-7,8	-7,5	-7,7	1,0	2,2	1,5	-1,8
1997	-7,8	-9,7	-8,3	0,3	1,8	0,8	-2,3
1998	-6,7	-9,5	-7,3	-0,2	0,7	0,2	-2,4
1999	-6,0	-7,2	-6,3	0,3	0,6	0,4	-1,9
<b>Wanderungssaldo von Kindern unter 6 Jahren*</b> Differenz der Zu- und Fortzüge von Kindern pro 100 Einwohner unter 6 Jahren							
2000	-3,9	-5,5	-4,1	0,5	-0,2	0,2	-1,6
2001	-2,9	-5,5	-3,4	1,3	1,0	1,2	-0,7
2002	-3,4	-4,4	-3,6	1,3	-0,1	0,7	-1,0

\* Im Stadtmonitoring 2004 werden nicht mehr die Wanderungssalden von deutschen Kindern unter sechs Jahren ausgewiesen, sondern von allen Kindern unter sechs Jahren, da eine gesonderte Analyse nach der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes nicht mehr sinnvoll ist.

Quelle: Stadtmonitoring Soziale Stadtentwicklung 2000; Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004 (Eigene Darstellung)

Der Vergleich von Wanderungsdaten der westlichen Innenstadtgebiete und der Gebiete<sup>7</sup> des Schöneberger Nordens bzw. des Kreuzberger Ostens zeigt, dass

- die Gebiete Mariannenplatz und Wiener Straße im östlichen Kreuzberg seit 1994 durch hohe Wanderungsvolumen und besonders negative Wanderungssalden gekennzeichnet sind, die im Schnitt deutlich über den entsprechenden Werten der westlichen Innenstadt liegen, während das Gebiet Moritzplatz geringe Wanderungsvolumen und leichte Wanderungsgewinne aufweist;
- die Gebiete Nollendorfplatz und Großgörschenstraße im nördlichen Schöneberg inzwischen sogar unterdurchschnittliche Werte bei Wanderungsvolumen und -salden aufweisen, während diese in den neunziger Jahren zum Teil noch negativer waren als die Werte für die westlichen Innenstadtbereiche insgesamt (vgl. *Tabelle 4*).

	Wanderungsvolumen pro 100 EW	Wanderungssaldo in %	Fortzug Kinder unter 6 J. pro 100 EW unter 6 J.	Wanderungssaldo Ausländer pro 100 EW
Westliche Innenbereiche	35,0	-0,2	22,2	0,5
Kreuzberg	35,6	-0,2	19,8	0,1
– Moritzplatz (0131)	28,9	0,4	15,3	0,8
– Mariannenplatz (0141)	38,0	-1,2	22,2	-0,3
– Wiener Straße (0151)	38,9	0,5	19,9	-0,3
Schöneberg	30,8	-0,6	20,8	-0,1
– Nollendorfplatz (0561)	32,4	-0,3	19,5	0,3
– Großgörschenstr. (0571)	34,4	-0,2	20,4	-0,2
Berlin	30,0	0,2	21,1	0,3

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass (1) das *Wanderungsvolumen* in der westlichen Innenstadt nach wie vor hoch ist, auch wenn seit 1998 ein deutlicher Rückgang zu beobachten ist. Weite Teile des Wedding und das nördliche Neukölln sind zudem durch ein höheres Wanderungsvolumen gekennzeichnet (über 40 Einwohner pro 100 Einwohner und Jahr) als die Gebiete im nördlichen Schöneberg und im östlichen Kreuzberg. (2) Seit 1997 sind die *Wanderungsverluste* in den westlichen Innenbereichen deutlich zurückgegangen, auch wenn der Prozess der Entdichtung der westlichen Innenstadt anhält. (3) Die vorliegenden Daten zur *sozialen Selektivität von Wanderungsprozessen* deuten darauf hin, dass immer noch mehr Erwerbstätige, Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Familien mit noch nicht schulpflichtigen Kindern aus den Gebieten der westlichen Innenstadt fort- als zuziehen. Die soziale Selektivität von Wanderungsprozessen in den westlichen Innenstadtbereichen setzt sich also fort, auch wenn sie nicht mehr so ausgeprägt ist wie noch in den neunziger Jahren.

7 Die angegebenen Daten beziehen sich auf die jeweiligen Verkehrszellen.

### Wanderungen in Berlin im ersten Halbjahr 2004

Knapp zwei Drittel der in Berlin registrierten Wanderungen sind Binnenwanderungen (= Umzüge innerhalb des Stadtgebietes), von denen wiederum mehr als die Hälfte innerhalb des Bezirks stattfinden. Wanderungen über die Landesgrenzen machen demgegenüber nur etwa ein Drittel aller Wanderungen aus: Im ersten Halbjahr 2004 wurden von der Berliner Wanderungsstatistik 101.447 Wanderungen über die Landesgrenzen von Berlin und 180.988 Binnenwanderungen erfasst. Von den Binnenwanderungen entfielen 103.937 auf Umzüge innerhalb des gleichen Bezirks und 77.051 auf Umzüge von Bezirk zu Bezirk.

Bei den Wanderungen über die Landesgrenzen wurde im ersten Halbjahr 2004 insgesamt ein leichter Wanderungsgewinn in Höhe von 563 Personen registriert (51.005 Zuzüge; 50.442 Fortzüge). Dieser basiert auf den Zuzugsüberschüssen mit dem Ausland (+ 2.727) und den neuen Bundesländern (ohne Berliner Umland) (+ 2.194), während die Wanderungssalden mit dem Berliner Umland (- 4.056) und den alten Bundesländer (- 302) negative Vorzeichen aufweisen. Einen Wanderungsgewinn erzielten bei den Wanderungen über die Landesgrenzen nur die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Pankow, Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf, während alle anderen Bezirke Wanderungsverluste hinnehmen mussten (vgl. *Tabelle 5*).

<b>Tabelle 5: Wanderungen in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg (1. Halbjahr 2004)</b>						
	<b>Tempelhof-Schöneberg</b>			<b>Friedrichshain-Kreuzberg</b>		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
<b>Umzüge im Bezirk</b>						
Umzüge im Bezirk	7.974	6.548	1.426	8.676	6.473	2.203
<b>Wanderungen über die Bezirksgrenzen</b>						
Binnenzuzüge	8.268	6.292	1.976	8.363	6.393	1.970
Binnenfortzüge	9.224	7.081	2.143	8.998	6.880	2.118
Wanderungssaldo	-956	-789	-67	-635	-487	-148
<b>Wanderungen über die Landesgrenzen</b>						
Zuzüge	5.044	3.088	1.956	5.783	3.667	2.116
Fortzüge	4.492	2.919	1.573	4.633	3.045	1.588
Wanderungssaldo	552	169	383	1.150	622	528
<b>Wanderungen über die Bezirks- und Landesgrenzen insgesamt</b>						
Zuzüge	13.312	9.380	3.932	14.146	10.060	4.086
Fortzüge	13.716	10.000	3.716	13.631	9.925	3.706
Wanderungssaldo	-404	-620	216	515	135	380
Quelle: Statistisches Landesamt Berlin						

Einen positiven Binnenwanderungssaldo wiesen im ersten Halbjahr 2004 nur die Bezirke Treptow-Köpenick, Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf, Spandau, Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf und Marzahn-Hellersdorf auf; in den übrigen Bezirken (darunter auch Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg) übertrafen die Fortzüge die Zuzüge zum Teil deutlich. Während der Wanderungssaldo über die Bezirks- und Landesgrenzen insgesamt in Friedrichshain-Kreuzberg positiv ausfällt, ist er in Tempelhof-Schöneberg negativ. Deutliche Wanderungsgewinne sind in beiden Bezirken vor allem bei den Wanderungen von Ausländern über die Landesgrenzen festzustellen, während diese bei Deutschen entweder sehr viel geringer sind (Friedrichshain-Kreuzberg) oder sogar negative Vorzeichen aufweisen (Tempelhof-Schöneberg) (vgl. *Tabelle 5*).<sup>8</sup>

Ein Blick auf die Richtungen von Wanderungen über die Bezirksgrenzen zeigt, dass sich diese vor allem auf die jeweiligen Nachbarbezirke konzentrieren, auf die etwa drei von vier Wanderungen entfallen. Überdurchschnittliche Wanderungsverluste waren in Friedrichshain-Kreuzberg im ersten Halbjahr 2004 vor allem im Austausch mit den Bezirken Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Lichtenberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Treptow zu verzeichnen, während in Tempelhof-Schöneberg der Wanderungssaldo vor allem bezüglich der Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau negativ ist (vgl. *Tabelle 6*).

---

8 Kleinräumliche Analysen zeigen, dass „sich die überdurchschnittlichen Anteile von Ausländermeldungen im westlichen innerstädtischen Bereich (konzentrieren)“; besonders hoch ist der Anteil der Anmeldungen daher in Statistischen Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil (*Paffhausen 2005: 228*).



**Tabelle 6: Wanderungen über die Bezirksgrenzen in Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg nach Herkunftsbezirken von Zugezogenen und Zielbezirken von Fortgezogenen**

<b>Herkunftsbezirke Der Zugezogenen</b>	<b>Friedrichshain-Kreuzberg in Prozent</b>	<b>Tempelhof-Schöneberg in Prozent</b>
Mitte	16,8	13,7
Friedrichshain-Kreuzberg	X	13,2
Pankow	17,7	4,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	7,2	16,0
Spandau	2,3	3,4
Steglitz-Zehlendorf	4,6	18,9
Tempelhof-Schöneberg	11,0	X
Neukölln	18,9	20,6
Treptow	5,4	2,3
Marzahn-Hellersdorf	4,1	1,4
Lichtenberg	9,4	2,1
Reinickendorf	2,7	4,1
<b>Insgesamt</b>	<b>8.363 (= 100 %)</b>	<b>8.268 (= 100 %)</b>
<b>Zielbezirke Der Fortgezogenen</b>	<b>Friedrichshain-Kreuzberg in Prozent</b>	<b>Tempelhof-Schöneberg in Prozent</b>
Mitte	14,1	11,5
Friedrichshain-Kreuzberg	X	10,0
Pankow	14,6	4,4
Charlottenburg-Wilmersdorf	7,7	16,9
Spandau	2,3	5,8
Steglitz-Zehlendorf	4,5	20,3
Tempelhof-Schöneberg	12,1	X
Neukölln	20,1	16,5
Treptow	6,8	3,6
Marzahn-Hellersdorf	4,1	3,4
Lichtenberg	10,8	3,3
Reinickendorf	2,7	4,3
<b>Insgesamt</b>	<b>8.998 (= 100 %)</b>	<b>9.224 (= 100 %)</b>
Quelle: Statistisches Landesamt Berlin		



### 3. Die Untersuchungsgebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor

Die Quartiersmanagementgebiete *Bülowstraße / Wohnen am Kleistpark* und *Kottbusser Tor / Wassertorplatz* liegen in Schöneberg-Nord (Bezirk Tempelhof-Schöneberg) bzw. in Kreuzberg (Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg). Die Quartiere gehören zum innerstädtischen Altbaugürtel im ehemaligen Westberlin und wurden bereits in den neunziger Jahren als „problembehaftete Gebiete“ bezeichnet. Zu den Merkmalen gehören ein überdurchschnittliches Wanderungsvolumen, ein relativ rascher Wandel der sozialen Zusammensetzung der Bewohnerschaft (Verlust von Erwerbstätigen und Familien mit Kindern sowie Zunahme transferabhängiger und nichtdeutscher Haushalte) sowie „Anzeichen der Verwahrlosung und zunehmende Gewaltbereitschaft innerhalb des öffentlichen Raumes in Verbindung mit einer Zunahme des subjektiven Unsicherheitsempfindens der Bewohner“. Befürchtet wurde, dass die Konzentration „vielfältiger Problemlagen“ in diesen Gebieten zu einer „kumulativen Negativentwicklung“ führt (Abgeordnetenhaus von Berlin 1999: 30).

	<b>Bülowstraße</b>	<b>Kottbusser Tor</b>	<b>Berlin</b>
Einwohner	17.215	4.502	3.336.246
Wanderungssaldo in %	-0,43	2,23	0,13
Ausländer in %	43,56	56,49	13,27
Sozialhilfeempfänger in %	18,27	39,27	7,55
Arbeitslose* in %**	10,58	16,17	8,89
Kaufkraft in €**	14.696	14.017	16.874

\* Arbeitslose = Anteil an Gesamtbevölkerung (nicht Erwerbstätige)  
 \*\* Bei den Daten zu den Arbeitslosen und zur Kaufkraft handelt es sich um Umrechnungen von der Verkehrszellen- bzw. PLZ-Ebene; diese Daten liegen nicht gebietsscharf vor.

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Daten Gebietsmonitoring IV B

Das *Quartier Bülowstraße / Wohnen am Kleistpark* (Einwohner: 17.061, Fläche: 67,5 ha) liegt im Schöneberger Norden zwischen Kurfürstenstraße und Gleisdreieck, Winterfeldtplatz und Gleisdreieck entlang der Hauptverkehrsstraßen Potsdamer Straße und Bülowstraße. Das Wohngebiet zeichnet sich durch eine zentrale Lage und gute Verkehrsanbindungen aus. Die Potsdamer Straße verbindet das Gebiet im Norden mit dem Geschäftszentrum am Potsdamer Platz, dem Regierungsviertel und dem Hauptbahnhof am Spreebogen sowie der „Neuen Mitte“ mit dem Boulevard Unter den Linden; die Bülowstraße führt im Westen über Nollendorf- und Wittenbergplatz zum Kurfürstendamm in der City-West.

Das Erscheinungsbild des Stadtteils ist geprägt durch eine heterogene Baustruktur (überwiegend gründerzeitliche Altbausubstanz und Neubebauung aus den 60er und 70er Jahren) sowie stark frequentierte Verkehrsachsen, die das Gebiet

in mehrere kleinere Quartiere schneiden. Das sehr dicht bebaute Gebiet verfügt über einen hohen Anteil von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus und einen großen Bestand an mit öffentlichen Mitteln sanierten Altbauwohnungen. Die Bevölkerungs- und Sozialstruktur des Gebiets wird durch einen hohen Anteil von Bewohnern nichtdeutscher Herkunft (insbesondere aus der Türkei, den GUS-Staaten, dem ehemaligen Jugoslawien und arabischen Herkunftsländern) geprägt. Die Anteile von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern liegen deutlich über dem Berliner Durchschnitt.

Das *Quartier Kottbusser Tor / Wassertorplatz* (Einwohner: 4.414, Fläche: 15,2 ha) ist das kleinste der Berliner Quartiersmanagementgebiete und liegt im nördlichen Teil von Kreuzberg am „Kottbusser Tor“, einem bedeutenden Verkehrsknotenpunkt, an welchem mehrere Straßen und U-Bahnlinien zusammenlaufen bzw. sich kreuzen. Als Teil einer zentralen Ost-West-Achse verbindet die Skalitzer Straße das in den letzten Jahren entstandene Geschäftszentrum am Potsdamer Platz mit dem Stadtteil Friedrichshain im ehemaligen Ostteil der Stadt; im Süden führt der Kottbusser Damm über den Hermannplatz nach Neukölln.

Die Baustruktur des Quartiersmanagementgebiets ist geprägt durch „Autobahnplanung, Kahlschlagsanierung und hoch verdichtetes Bauen“ als „Etappen einer seit 1963 andauernden schwierigen Sanierungs- und Entwicklungsgeschichte“ (Beer/Musch 2002b: 56). Der nördliche Teil des Gebiets wird dominiert durch das „Neue Kreuzberger Zentrum“, einen gewaltigen Wohn- und Gewerbekomplex, der südliche Teil durch ein „ein kleines ‚Märkisches Viertel‘ im Herzen von Kreuzberg“ (Hoffmann-Axthelm 1984: 24)“, umstrittene und umkämpfte Ergebnisse der Flächensanierung in den 70er Jahren. Kennzeichnend für das Quartier sind eine Konzentration von sozialem Wohnungsbau und eine hieraus resultierende Sozialstruktur. Die Bevölkerung des Gebiets wird mehrheitlich von Migranten geprägt, von denen wiederum mehr als vier Fünftel aus der Türkei oder arabischen Herkunftsländern kommen. Die Anteile von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern im Gebiet sind sehr hoch und die Sozialstruktur des Stadtteils gehört zu den ungünstigsten von ganz Berlin.

Die Stärken/Schwächen-Analysen der Quartiersmanagement-Teams zeigen, dass beide Gebiete von massiven Problemen betroffen sind, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung, Schule und berufliche Ausbildung sowie Kriminalität und öffentliche Sicherheit. Die Berichte verdeutlichen aber auch, dass es in den Quartieren Ressourcen gibt, die für eine Stabilisierung und Verbesserung der Situation genutzt werden können. Hierzu gehören insbesondere die sozialen Netze der Bewohner, die kulturelle Vielfalt, das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, verschiedene Formen des Engagements und der Selbstorganisation in der Bewohnerschaft sowie Potenziale der lokalen Ökonomie und des ethnischen Gewerbes. Der Vergleich beider Quartiere deutet auf eine höhere Problemkonzentration, aber auch auf eine größere Vielfalt aktivierbarer Ressourcen im Gebiet Kottbusser Tor hin.

**Tabelle 8: Charakteristika der Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor**

	<b>Bülowstraße</b>	<b>Kottbusser Tor</b>
<b>Stadträumliche Situation / Baustruktur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Wohngebiet in zentraler innerstädtischer Lage und mit guter Verkehrsanbindung;</li> <li>➤ heterogene Bebauungsstruktur (Neubebauung aus den 70er Jahren; gründerzeitliche Altbausubstanz)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Hochverdichtetes, innerstädtisches Wohngebiet rund um den zentralen Verkehrsknotenpunkt Kottbusser Tor;</li> <li>➤ Platz umfassendes Hochhausband; Bebauung überwiegend aus den 70er Jahren</li> </ul>
<b>Wohnungen / Wohnumfeld</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ hoher Anteil von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus;</li> <li>➤ großer Bestand an mit öffentlichen Mitteln sanierten Altbauwohnungen;</li> <li>➤ sehr dicht bebautes Gebiet mit hoher Verkehrsbelastung und nur wenigen Grün- und Freiflächen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ ehemaliges Sanierungsgebiet, überwiegend sozialer Wohnungsbau;</li> <li>➤ wenig Grün- und Freiflächen im Quartier; öffentlicher Raum mit geringer Aufenthaltsqualität;</li> <li>➤ hohe Lärmbelastung und Unfallgefahr vor allem für Kinder aufgrund des starken Durchgangsverkehrs</li> </ul>
<b>Wohnbevölkerung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ junge Wohnbevölkerung; fast die Hälfte der Bewohner ist jünger als 35 Jahre (46,5%); ein Fünftel ist unter 18 Jahren (20,5%);</li> <li>➤ der Ausländeranteil liegt mit 43,2% weit über dem Berliner Durchschnitt; 84,9% der Ausländer stammen aus Nicht-EU-Staaten;</li> <li>➤ multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, v. a. aus der Türkei (43,3%), den GUS-Staaten (11,7%), dem ehem. Jugoslawien und Nachfolgestaaten (10,0%) und arabischen Herkunftsländern (7,7%)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ sehr junge Wohnbevölkerung; mehr als die Hälfte der Bewohner ist jünger als 35 Jahre (57,2%); ein Drittel ist jünger als 18 Jahre (32,5%);</li> <li>➤ Ausländer stellen – mit einem Anteil von 55,8% – die Mehrheit der Bewohner; 95,7% der Ausländer stammen aus Nicht-EU-Staaten;</li> <li>➤ multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung mit einem sehr hohen Anteil von Bewohnern aus der Türkei (65,1%) und arabischen Herkunftsländern (20,5%)</li> </ul>
<b>Sozialstruktur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ hoher Anteil von Arbeitslosen (10,6%) und Sozialhilfeempfängern (18,3%) an der Bevölkerung;</li> <li>➤ die Verkehrszellen Großgörschenstraße (Rang 272) und Nollendorfplatz (Rang 276) gehören im Sozialstrukturatlas Berlin 2003 zu den Verkehrszellen mit sehr ungünstiger Sozialstruktur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ sehr hoher Anteil von Arbeitslosen (16,2%) und Sozialhilfeempfängern (39,3%) an der Bevölkerung;</li> <li>➤ die Verkehrszellen Wiener Straße (Rang 290), Moritzplatz (Rang 296) und Marianenplatz (Rang 297) gehören zu den zehn Verkehrszellen in Berlin mit der ungünstigsten Sozialstruktur</li> </ul>

**Tabelle 9: Stärken und Schwächen des Quartiers Bülowstraße  
aus Sicht des Quartiersmanagement-Teams\***

<b>Bereich</b>	<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<b>Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Potsdamer Straße als gewerbliche Hauptachse;</li> <li>➤ Eine Reihe traditionsreicher Unternehmen, Vielzahl von Medienunternehmen, ethnisches Gewerbe</li> <li>➤ Vereinzelt arbeitsmarktorientierte Initiativen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Vielzahl von Menschen, die langfristig ohne Erwerbstätigkeit sind und / oder von Sozialhilfe leben;</li> <li>➤ Fehlender Schulabschluss und mangelnde berufliche Qualifikation sowie fehlende Sprachkenntnisse erweisen sich als Barriere beim Zugang zum Arbeitsmarkt</li> </ul>
<b>Schule / Kinder, Jugendliche</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Unausgelastete Jugendliche, viel Energie und Gestaltungsdrang</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Schulen haben wegen ihres sehr hohen Ausländeranteils einen schlechten Ruf;</li> <li>➤ Viele Jugendliche sind ohne Schulabschluss und Ausbildungsplatz;</li> <li>➤ Viele Kinder und Jugendliche (sind) von Armut betroffen</li> </ul>
<b>Sicherheit im Öffentlichen Raum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Präventions- und Ermittlungsteam der Polizei als direkter Ansprechpartner für das QM und die Anwohner</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Männliche Jugendliche oft gewaltbereit und aggressiv;</li> <li>➤ Drogenhandel, -missbrauch und Prostitution in Teilbereichen des Gebiets, es kommt immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen;</li> <li>➤ Subjektive Angst der Bewohner/innen vor Kriminalität und Gewalt</li> </ul>
<b>Integration Und Zusammenleben</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Zum Teil freundschaftliches oder freundliches Miteinander bzw. friedliche Koexistenz zwischen Deutschen und Migranten;</li> <li>➤ Wunsch und Wille zu Begegnung bei einzelnen Teilen der Bevölkerung vorhanden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Konflikte zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft, geringe Akzeptanz, Vorurteile, offener Rassismus</li> <li>➤ Sprachbarrieren und kulturelle Unterschiede zwischen deutschen Bewohnern und Bewohnern mit Migrationshintergrund erschweren die Verständigung und führen zu Konflikten</li> </ul>
<b>Bewohneraktivierung Und -beteiligung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Familiäre Hilfsnetze bei den Migranten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Nachbarschaftliche Kontakte gering ausgeprägt;</li> <li>➤ wenig Selbstorganisation der Bewohner/innen</li> </ul>

\* Eigene Auswahl und Zusammenstellung

Quelle: Team Quartiersmanagement Schöneberger Norden, Handlungskonzept, Dezember 2004

**Tabelle 10: Stärken und Schwächen des Quartiers Kottbusser Tor  
aus Sicht des Quartiersmanagement-Teams\***

Bereich	Stärken	Schwächen
<b>Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Es gibt eine Vielzahl von Familienunternehmen unter der migrantischen Bevölkerung. Die Existenz der Großfamilien wird von diesen Unternehmen gesichert</li> <li>➤ Es gibt eine größere Anzahl an Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern sowie eine Beschäftigungsagentur für Sozialhilfebezieher</li> <li>➤ Eine weitere Stärke ist der große Anteil an Selbstständigen mit Migrationshintergrund</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Hohe Arbeitslosigkeit, davon ein hoher Anteil an unqualifizierten Arbeitskräften</li> <li>➤ Fehlende Sprachkenntnisse verbunden mit Analphabetentum verschärfen das Problem</li> <li>➤ Viele Betriebe sind entweder nicht ausbildungsgerecht oder ausbildungsunwillig. Die Anzahl der Ausbildungsplätze ist rückläufig</li> <li>➤ Vielen Gewerbetreibenden fehlt es an soliden kaufmännischen Kenntnissen</li> </ul>
<b>Schule / Kinder, Jugendliche</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Schule ist ein engagierter, in das Gebiet hineinwirkender Partner</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Zum Teil Überlastung und Resignation vor den massiven Problemen bei Lehrern und Erziehern</li> <li>➤ Zum Teil schlechte Deutschkenntnisse bei Kindern und Eltern</li> <li>➤ Viele Jugendliche sind ohne Ausbildungsplatz</li> </ul>
<b>Stadtteilkultur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das Quartier ist durch eine große Vielfalt kultureller Ausdrucksformen gekennzeichnet</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die enge Nachbarschaft von Personengruppen verschiedener Milieus ist einem steten Wechsel von Miteinander, Nebeneinander und Gegeneinander unterworfen</li> </ul>
<b>Integration Und Zusammenleben</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Funktionierende Nachbarschaften und gute soziale Netze</li> <li>➤ Standort etlicher Migrantenvereine, Nachbarschaftsvereine, die sich für die Belange der Migrant/innen einsetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Verschiedene Wertvorstellungen, sehr unterschiedliche Kommunikationsstrukturen</li> <li>➤ Nebeneinanderleben</li> </ul>
<b>Bewohneraktivierung Und -beteiligung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Es gibt engagierte Eltern- und Bewohnergruppen</li> <li>➤ Engagierte Bewohnerschaft bei den projektorientierten Beteiligungsformen</li> <li>➤ Erfahrene Gremien wie Mieterbeirat, Gestaltrunde, Quartiersforum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Bewohnerschaft im Gebiet kann von einheitlichen Kommunikationsformen nicht ausgegangen werden</li> </ul>

\* Eigene Auswahl und Zusammenstellung

Quelle: Quartiersmanagement Kottbusser Tor, Handlungskonzept vom 31.12.2004

In der Clusteranalyse des Monitoring Soziale Stadtentwicklung gehören die Verkehrszellen Gebiete Moritzplatz, Mariannenplatz und Wiener Straße, in denen das Quartiersmanagementgebiet Kottbusser Tor liegt, zum Gebietstyp 1 „Gebiete mit hohem Wanderungsvolumen, hoher Arbeitslosigkeit und hoher Sozialhilfedichte“. Die Verkehrszellen Nollendorfplatz und Großgörschenstraße, in denen das Quartiersmanagementgebiet Bülowstraße liegt, gehören zu Gebietstyp 2 „Gebiete mit sehr hohem Wanderungsvolumen, hoher Arbeitslosigkeit und hoher Sozialhilfedichte“ bzw. Gebietstyp 4 „Gebiete mit durchschnittlichem Wanderungsvolumen, hoher Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte“. Für die Gebietstypen 1 und 2 wird ein sehr hoher Handlungsbedarf festgestellt („vordringliche Intervention“); für Gebietstyp 4 gilt ein hoher stadtentwicklungspolitischer Handlungsbedarf („Intervention und Prävention“) (vgl. *Tabelle 11*).

<b>Tabelle 11: Einordnung der Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor in der Clusteranalyse des Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004</b>		
<b>Clusteranalyse</b> „Gebiete mit ähnlicher Entwicklungstendenz“	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Verkehrszelle Nollendorfplatz gehört zu <i>Gebietstyp 2</i>: „Gebiete mit sehr hohem Wanderungsvolumen, hoher Arbeitslosigkeit und hoher Sozialhilfedichte“;</li> <li>➤ die Verkehrszelle Großgörschenstraße gehört zu <i>Gebietstyp 4</i>: „Gebiete mit durchschnittlichem Wanderungsvolumen, hoher Arbeitslosigkeit und hoher Sozialhilfedichte“</li> </ul>	➤ alle Verkehrszellen, in denen das QM-Gebiet liegt, gehören zu <i>Gebietstyp 1</i> : „Gebiete mit hohem Wanderungsvolumen, hoher Arbeitslosigkeit und hoher Sozialhilfedichte“
<b>Stadtentwicklungspolitischer Handlungsbedarf</b>	➤ Für die Gebietstypen 1 und 2 wird ein sehr hoher Handlungsbedarf festgestellt („vordringliche Intervention“), für Gebietstyp 4 gilt ein hoher stadtentwicklungspolitischer Handlungsbedarf („Intervention und Prävention“)	
Quelle: Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004		



#### 4. Grunddaten der Haushaltsbefragung

Die vorliegende Studie zu den Wechselwirkungen von Wanderungsprozessen und Quartiersentwicklung basiert auf der stichprobenhaften Befragung von 92 Haushalten, die im ersten Halbjahr 2004 in die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor / Wassertorplatz gezogen oder aus ihnen weggezogen sind (53 im Gebiet Bülowstraße und 39 im Gebiet Kottbusser Tor).<sup>9</sup> Die Beschränkung auf 92 Haushalte war durch den finanziellen Rahmen vorgegeben und schien ausreichend für generalisierungsfähige Schlüsse.

Für die Haushaltsbefragung hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – in Absprache mit Bezirksämtern und Quartiersmanagement-Teams – eine räumliche Abgrenzung von Teilgebieten vorgenommen. Diese umfassen

- a) in *Schöneberg*: den Bereich des Quartiersmanagementgebiets *Bülowstraße / Wohnen am Kleistpark*, der südlich der Bülowstraße und östlich der Potsdamer Straße liegt;
- b) in *Kreuzberg*: den Bereich des Quartiersmanagementgebiets *Kottbusser Tor / Wassertorplatz*, der zwischen Skalitzerstraße, Mariannenstraße und Kohlfuhrter Straße liegt.

Für diese Gebiete hat uns das Landeseinwohneramt im Februar / März 2005 die Adressen *aller* Personen, die von Januar bis Juni 2004 in diese Gebiete gezogen oder aus ihnen weggezogen sind, zur Verfügung gestellt. Die Stichprobe der zu befragenden Personen wurde von uns mit Hilfe eines systematischen Auswahlverfahrens aus der Grundgesamtheit der Daten gezogen. Bei den Weggezogenen haben wir vor der Ziehung der Stichprobe alle Personen ausgeschlossen, die nur innerhalb der Gebiete umgezogen sind. Bei den Zugezogenen war diese Vorgehensweise leider nicht möglich, da wir die ehemaligen Adressen der zu Befragenden nicht kannten. Daher befinden sich unter den Zugezogenen auch einige wenige Haushalte, die nur die Wohnung, aber nicht das Gebiet gewechselt haben.

Die Ziehung der Stichprobe wurde zudem dadurch beeinflusst, dass das Landeseinwohneramt keine Haushaltsdaten, sondern nur personenbezogene Daten zur Verfügung stellen konnte. Daher erscheint die Annahme plausibel, dass Mehrpersonenhaushalte in der Stichprobe überrepräsentiert sein dürften. Allerdings lässt sich diese Frage nicht abschließend klären, da wir die Daten in der Stichprobe nicht mit Haushaltsdaten auf der Gebietsebene vergleichen konnten. Ein vermutlich erhöhter Anteil von Mehrpersonenhaushalten ändert aber nichts an der Aussagekraft der Studie, da diese größeren Haushalte mit und ohne Kinder für die Fragestellung der vorliegenden Studie von besonderer Relevanz sind.

Zur Durchführung der Untersuchung haben wir – in Absprache mit dem Auftraggeber und den Kooperationspartnern – einen relativ umfangreichen Frage-

---

9 Die Vorgabe des Auftraggebers einer stichprobenhaften Befragung von 80 Haushalten (30 bis 50 Haushalte je Gebiet) wurde somit deutlich übertroffen.

bogen entwickelt. Der Fragebogen wurde jeweils auf die Besonderheiten der zu befragenden Gruppe zugeschnitten, so dass wir mit zwei Versionen gearbeitet haben, einer zwölfseitigen Variante für die Zugezogenen und einer zehneitigen Fassung für die Weggezogenen. Der Fragebogen enthält offene und geschlossene Fragen zu (1) den Gründen für die Wanderung und der Einschätzung der Situation im Quartier, (2) der Bewertung öffentlicher Dienstleistungen im Quartier sowie (3) Angaben zur Person und zum Haushalt der Befragten.

Die Befragung wurde von uns mit Hilfe von besonders engagierten und sorgfältig geschulten Interviewerinnen und Interviewern durchgeführt, die zudem über solide und vielfältige Sprachkompetenzen verfügten (insbes. Türkisch, Arabisch). Von Februar bis Mai 2005 wurden von uns insgesamt 92 Haushalte befragt, davon 53 im Gebiet Bülowstraße und 39 im Gebiet Kottbusser Tor. Von diesen 92 Haushalten waren 58 in die beiden Gebiete zugezogen, 34 aus ihnen weggezogen (*Schöneberg*: 32 Zugezogene, 21 Weggezogene, *Kreuzberg*: 26 Zugezogene, 13 Weggezogene). Die Ausschöpfungsquoten der Stichproben belaufen sich auf 43,9 Prozent bei den Zugezogenen und 13,8 Prozent bei den Weggezogenen (vgl. *Tabelle 12*).

Die Befragung der Zugezogenen gestaltete sich schwieriger, zeitaufwändiger und kostenintensiver als ursprünglich angenommen. Zu den Gründen gehörten (1) nicht auffindbare Personen (möglicherweise schon wieder weggezogen), (2) Personen, die trotz mehrfacher Besuche nicht angetroffen wurden oder nach Auskunft von Nachbarn verreist waren, (3) angetroffene Personen, die nicht zur Zielgruppe gehörten (wohnen seit langem im Gebiet), (4) Personen, die sich trotz der Verwendung von Benachrichtigungskarten oder entsprechender Absprachen nicht (mehr) gemeldet haben, (5) Personen, die vereinbarte Termine nicht eingehalten haben und (6) Personen, die keine Zeit bzw. kein Interesse an der Durchführung der Befragung hatten.

Angesichts dieser Erfahrungen mit der Befragung von Zugezogenen schien uns ein Einsatz von Interviewer/innen bei den Weggezogenen nur im Ausnahmefall bzw. nach vorheriger Kontaktaufnahme vertretbar, zumal diese inzwischen über das ganze Stadtgebiet verstreut leben. Die ausgewählten Personen wurden daher von uns angeschrieben und gebeten, den beigelegten Fragebogen ausgefüllt an uns zurückzusenden. Ein frankierter Rückumschlag wurde beigelegt. Zudem wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, dass ein Termin für ein mündliches Interview (auch in türkischer oder arabischer Sprache) vereinbart werden kann. Trotzdem war der Rücklauf zunächst sehr enttäuschend. Der Versuch einer telefonischen Kontaktaufnahme mit den angeschriebenen Personen erwies sich zudem als Fehlschlag, da die Rufnummern nur in wenigen Fällen ermittelt werden konnten. Mit Hilfe eines Erinnerungsschreibens ist es uns dann aber noch gelungen, die Ausschöpfungsquote der Stichprobe deutlich zu erhöhen.

Gebiet	Bülowstraße		Kottbusser Tor		Gesamt	
	Zu-gezogene	Weg-gezogene	Zu-gezogene	Weg-gezogene	Zu-gezogene	Weg-gezogene
Befragte / Datenerhebung						
Grundgesamtheit	591	633	232	305	823	938
Gezogene Adressen	80	134	52	113	132	247
Verwertbare Fragebögen	32	21	26	13	58	34
Ausschöpfungsquote (%)	40,0	15,7	50,0	11,5	43,9	13,8

Von den 92 Personen, die uns den Fragebogen beantwortet haben, sind 52,2% Männer und 47,8% Frauen. Während der Anteil der Männer bei den Zugezogenen 58,6% beträgt, liegt er bei den Weggezogenen nur bei 41,2%. 43,5% der Befragten sind im Alter von 18 bis 30 Jahren, 38,0% im Alter von 31 bis 44 Jahren und 18,5% sind 45 Jahre und älter. Zu der letztgenannten Altersgruppe gehören 22,4% der Zugezogenen und 11,8% der Weggezogenen. 47,8% der Befragten verfügen über die deutsche Staatsangehörigkeit; 52,2% haben eine andere Staatsangehörigkeit (Zugezogene: 34,5% vs. 65,5%; Weggezogene: 70,6% vs. 29,4%). In Deutschland geboren sind 39,1% der Befragten; 60,9% sind in einem anderen Land geboren (Zugezogene: 27,6% vs. 72,4%; Weggezogene: 58,8% vs. 41,2%) (vgl. *Tabelle 13*).

	Zugezogene		Weggezogene	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
<b>Alter der Befragten</b>				
18-30 Jahre	25	43,1	15	44,1
31-44 Jahre	20	34,5	15	44,1
45-64 Jahre	10	17,2	3	8,8
65 und älter	3	5,2	1	2,9
<b>Geschlecht der Befragten</b>				
Männlich	34	58,6	14	41,2
Weiblich	24	41,4	20	58,8
<b>Staatsangehörigkeit der Befragten</b>				
Deutsch	20	34,5	24	70,6
Nichtdeutsch	38	65,5	10	29,4
<b>Geburtsort der Befragten</b>				
In Deutschland	16	27,6	20	58,8
Nicht in Deutschland	42	72,4	14	41,2
<b>Insgesamt</b>	<b>58</b>	<b>100</b>	<b>34</b>	<b>100</b>

In den 92 Haushalten, die von uns befragt werden konnten, leben insgesamt etwa 288 Personen, darunter 186 Erwachsene sowie mindestens 102 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Zugezogene: 58 Haushalte mit 210 Personen; Weggezogene: 34 Haushalte mit 78 Personen). Personen unter 18 Jahren leben in 54,4% der Haushalte (Zugezogene: 70,7%; Weggezogene: 29,4%). Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt bei 3,1 Personen (Zugezogene: 3,6 Personen; Weggezogene: 2,3 Personen). In Haushalten mit vier oder mehr Personen leben 20,7% der Befragten (Zugezogene: 55,2%; Weggezogene: 12,5%). Der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte beträgt 38,0% (Zugezogene: 20,7%; Weggezogene: 67,6%) (vgl. *Tabelle 14*).

<b>Tabelle 14: URBACT-Haushaltsbefragung 2005 – Daten der befragten Haushalte in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor</b>				
	<b>Zugezogene</b>		<b>Weggezogene</b>	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
<b>Haushalte</b>				
Anzahl der Haushalte	58		34	
Anzahl der Personen	210		78	
dar. Erwachsene	127	60,5	59	75,6
dar. Pers. < 18 Jahren	83	39,5	19	24,4
Durchschnittliche Haushaltsgröße	3,6		2,3	
<b>Haushaltsstruktur</b>				
1 Person	5	8,6	9	26,5
2 Personen	7	12,1	14	41,2
3 Personen	13	22,4	7	20,6
4 Personen	16	27,6	1	2,9
5 und mehr	16	27,6	3	8,8
ohne Angabe	1	1,7	0	0,0
<b>Haushalte mit / ohne Kinder</b>				
mit Kindern	41	70,7	10	29,4
ohne Kinder	17	29,3	24	70,6
<b>Familiensprache</b>				
Deutsch	11	19,0	22	64,7
Mehrsprachig	27	46,6	4	11,8
Nichtdeutsch	17	29,3	6	17,6
Ohne Angabe	3	5,2	2	5,9
<b>Finanzielle Situation</b>				
Sehr gut	0	0,0	1	2,9
Gut	7	12,1	7	20,6
Zufrieden stellend	24	41,4	17	50,0
Eher schlecht	14	24,1	5	14,7
Sehr schlecht	11	19,0	3	8,8
Ohne Angabe	2	3,4	1	2,9
<i>Bezug von ALG II / Sozialhilfe</i>	27	46,6	12	34,3

Deutsch ist in 35,9% der Haushalte die Familiensprache (Zugezogene: 19,0%; Weggezogene: 64,7%); 33,7% der Haushalte sind mehrsprachig (Zugezogene: 46,6%; Weggezogene: 11,8%) und 25,0% haben eine nichtdeutsche Familiensprache (Zugezogene: 29,3%; Weggezogene: 17,6%). 35,9% der Haushalte be-

zeichneten ihre finanzielle Situation als eher schlecht oder sehr schlecht (Zugezogene: 43,1%; Weggezogene: 23,5%). Als gut oder sehr gut wurde sie nur von 7,6% der Befragten bewertet (Zugezogene: 12,1%; Weggezogene: 23,5%). Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen nach eigenen Angaben 42,4% der Haushalte (Zugezogene: 46,6%; Weggezogene: 35,3%) (vgl. *Tabelle 14*).

Im Vergleich zwischen Zugezogenen und Weggezogenen zeigt sich, dass Zugezogene häufiger in Haushalten mit Kindern und in Haushalten mit vier oder mehr Personen leben, ihre eigene finanzielle Situation als eher schlecht oder sogar sehr schlecht bewerten, auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind und über eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit verfügen oder im Ausland geboren sind. Bei der Bewertung der Ergebnisse ist allerdings zu beachten, dass Personen nichtdeutscher Herkunft, Haushalte mit mehreren Kindern und vermutlich auch Haushalte mit geringerer Bildung und niedrigerem Einkommen bei den Weggezogenen unterrepräsentiert sein dürften.

Die Gründe hierfür liegen in den Schwierigkeiten des Zugangs bei dieser Zielgruppe und den unterschiedlichen Befragungsmethoden bei Zugezogenen und Weggezogenen (mündliche Befragung mit Hilfe von Interviewer/innen bei den Zugezogenen; schriftliche Befragung bei den Weggezogenen). Während Haushalte mit einer größeren Anzahl von Mitgliedern, einem geringeren sozioökonomischen Status und einer nichtdeutschen Familiensprache eher durch mündliche Befragungen erreicht werden, ist bei schriftlichen Befragungen die Wahrscheinlichkeit größer, dass Haushalte von Erwerbstätigen mit höherem Bildungsstatus überrepräsentiert sind.

Angesichts der begrenzten Fallzahl der befragten Haushalte und der nicht sicher zu stellenden Repräsentativität von Teilgruppen in der Stichprobe können die Ergebnisse nicht ohne Einschränkungen auf die Grundgesamtheit der Zugezogenen und Weggezogenen in den Untersuchungsgebieten und schon gar nicht auf die Gesamtbevölkerung in den Quartieren Bülowstraße und Kottbusser Tor übertragen werden. Trotzdem liefern die Ergebnisse der Befragung wichtige Aufschlüsse über die Wanderungsmotive von Zugezogenen und Weggezogenen sowie deren Einschätzung von Problemen und Ressourcen in den Quartieren.



## 5. Wanderungsgründe und Situation im Quartier

### 5.1 Umzugsmotive von Zugezogenen und Weggezogenen

Umzugsentscheidungen von Haushalten werden zwar in der Regel von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst, aber dennoch lassen sich auf Grund der Ergebnisse unserer Befragung einige wenige Hauptgründe identifizieren. Zu diesen gehören den Ergebnissen unserer Befragung zufolge (1) biografische und familiäre Veränderungen, (2) wohnungsbezogene Gründe, (3) quartiersbezogene Gründe und (4) die Bedeutung von sozialen Netzen und Kontakten.

Am häufigsten genannt werden von den Befragten *biografische und familiäre Veränderungen* wie die Suche nach einer eigenen Wohnung, der Wunsch als Paar zusammenzuziehen, die Gründung einer Familie, die Geburt von Kindern, der Auszug von erwachsenen Kindern aus der elterlichen Wohnung, die Aufnahme von allein lebenden Elternteilen in der Wohnung der Kinder, die Trennung vom Freund oder Lebenspartner sowie der Auszug aus einer Wohngemeinschaft.

Mit Veränderungen von Anzahl und Zusammensetzung der im Haushalt lebenden Personen wandeln sich auch die Ansprüche insbesondere an die Größe der Wohnung, so dass biografische und familiäre Veränderungen nicht selten mit *wohnungsbezogenen Gründen* verknüpft sind. Zu diesen gehören neben der Wohnungsgröße vor allem die Höhe der Kosten sowie Ausstattung und Qualität von Wohnungen und Wohngebäuden (z.B. Heizung, Fahrstuhl). In der Gruppe der „Weggezogenen“ werden in diesem Zusammenhang auch „Probleme mit Mitmietern“; „Lärm von direkten Nachbarn“; „aggressiv spielende Kinder“ sowie Erfahrungen von Fremdheit („in meinem Haus war ich die letzte Deutsche“) angeführt.

Zu den *quartiersbezogenen Gründen des Umzugs* gehört eine Vielzahl von Aspekten, die von Lage und Verkehrsanbindung über Lebensbedingungen und Bevölkerungsstruktur bis zu sozialen Problemen und Konflikten des Gebiets reichen. Auffallend ist, dass sich in diesem Bereich die markantesten Unterschiede zwischen Zugezogenen und Weggezogenen zeigen. Während erstere vor allem die Vorzüge des Gebiets („zentrale und verkehrsgünstige Lage“; „gute Mischung hinsichtlich des Alters der Leute, weltoffener Bezirk, gute Infrastruktur“), ihre langjährige Vertrautheit mit dem Kiez („hier aufgewachsen“; „schon immer hier gelebt“)<sup>10</sup> sowie die Nähe zu Familienangehörigen, Verwandten und Freunden („viele unserer Freunde und Kinder leben in der Nähe“; „Eltern leben im Gebiet“) hervorheben, verweisen letztere vor allem auf negative Aspekte der Lebensbedingungen im Quartier.

---

10 Hierbei handelt es sich um einige wenige „Zugezogene“, die nur innerhalb des Gebietes umgezogen sind, also eigentlich zur „alteingesessenen“ Bevölkerung gehören. Da uns die ehemaligen Adressen der Zugezogenen nicht bekannt waren, konnten wir diese Personengruppe im Vorfeld der Befragung nicht von der Ziehung der Stichprobe ausschließen.

Von den Weggezogenen werden vor allem die soziale und ethnische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung („ungünstige Bevölkerungsmischung“; „zu hoher Ausländeranteil“; „türkische Dominanz als eher unangenehme Erscheinung“; „zu viele Nazis, Punker, Prostituierte, Drogendealer“; „den ganzen Tag herumlungende männliche Jugendliche“) sowie die Bedeutung sozialer Konflikte („kein wirklicher Respekt im Umgang mit Mitmenschen“; „ständige Pöbeleien und verbale Übergriffe“; „schlechte Erfahrungen mit aggressiven Türken“, „zunehmende Belästigung durch Jugend-Gangs“; „zu viele Menschen mit Waffenbesitz“) hervorgehoben. Andere Befragte beklagen negative Erscheinungen im Wohnumfeld und Beeinträchtigungen des Sicherheitsgefühls („Drogenhandel auf offener Straße“; „unruhige und gefährliche Gegend“), hohe Umweltbelastungen („überdimensionierter Autoverkehr unter den Yorckbrücken: abgeschnittene Lebensadern“) und die „fehlende Urbanität“ („fast wüstenhafte Gegend zwischen den Kiezen Winterfeldtplatz und Bergmannstraße“). In einem Fall heben Befragte hervor, dass die Grundschule im Einzugsgebiet nicht ihren Vorstellungen entsprach.

<b>Tabelle 15: Hauptgründe für Wanderungen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor (Zugezogene und Weggezogene)</b>		
Hauptgründe für den Umzug (Angaben der Befragten, nach Kategorien geordnet)	Anzahl der Nennungen	In Prozent der Befragten
Biografische und familiäre Veränderungen	40	43,5
Wohnungsbezogene Gründe	38	41,3
Quartiersbezogene Gründe	35	38,0
darunter soziale Probleme und Konflikte (Weggezogene)	7	7,6
darunter „ungünstige“ Bevölkerungsstruktur (Weggezogene)	5	5,4
darunter Situation in der Grundschule (Weggezogene)	1	1,1
Soziale Netze (Nähe zu Freunden und Verwandten) (Zugezogene)	9	9,8
N = 92 Haushalte (58 Zugezogene, 34 Weggezogene)		

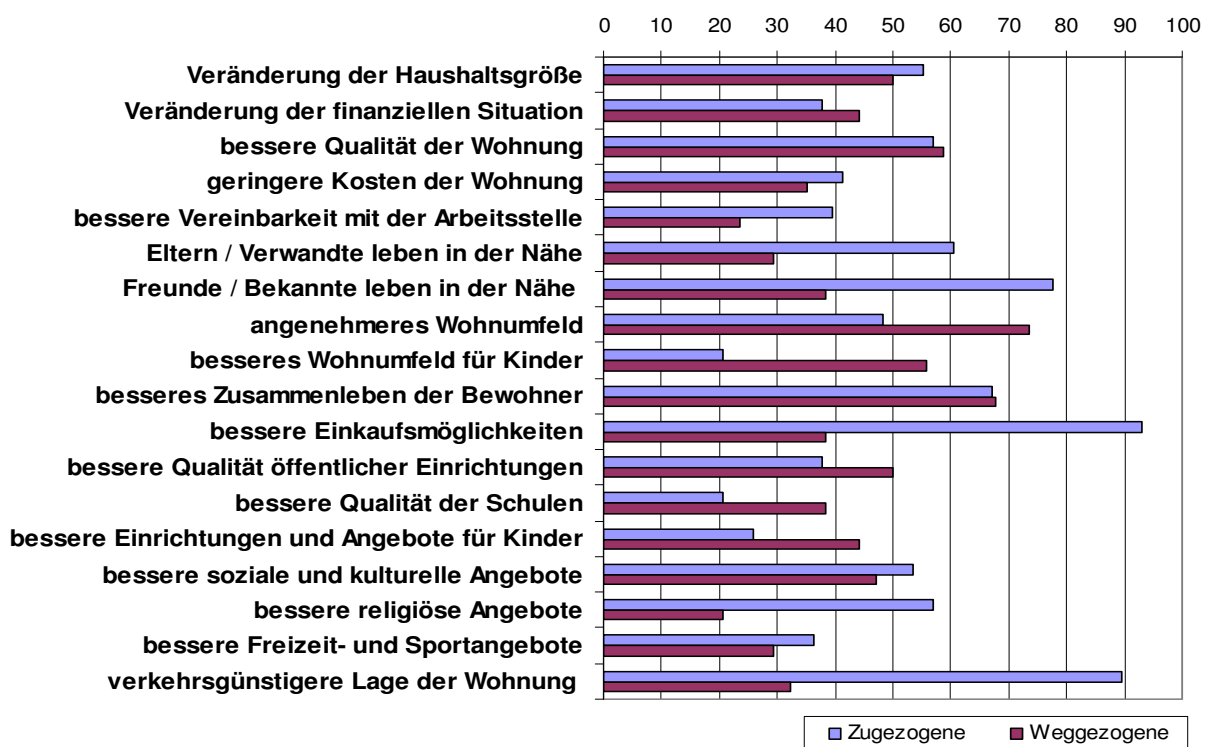
In unserem Fragebogen haben wir aber nicht nur offen nach den „Hauptgründen für den Umzug“ gefragt, sondern wir haben die Befragten auch gebeten, aus einer Liste mit vorgegebenen Gründen diejenigen auszuwählen, die ihre Umzugsentscheidung beeinflusst haben. Zu den wichtigsten Gründen von Zugezogenen und Weggezogenen gehören die besseren Einkaufsmöglichkeiten, die verkehrsgünstigere Lage der Wohnung, das bessere Zusammenleben der Bewohner, in der Nähe lebende Freunde und Bekannte sowie das angenehmere Wohnumfeld und die bessere Qualität der Wohnung im neuen Quartier.

Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen beiden Gruppen im Hinblick auf Rang und Gewichtung der verschiedenen Gründe. Während für Zugezogene bessere Einkaufsmöglichkeiten, die verkehrsgünstigere Lage sowie in der Nähe lebende Freunde und Bekannte (in den Untersuchungsgebieten) am wichtigsten sind, heben die Weggezogenen das angenehmere Wohnumfeld, das bessere Zusammenleben der Bewohner sowie die bessere Qualität der Wohnung in den neuen Wohngebieten hervor. Besonders ausgeprägt sind die Differenzen



zwischen den beiden Gruppen bei der Bewertung von verkehrsgünstiger Lage, besseren Einkaufsmöglichkeiten, in der Nähe lebenden Freunden und Verwandten und religiösen Angeboten. Für die Weggezogenen sind zudem ein angenehmeres Wohnumfeld und insbesondere ein besseres Wohnumfeld für Kinder sehr viel wichtiger als für die Zugezogenen. Die Unterschiede in der Rangfolge und Gewichtung von Umzugsgründen spiegeln Differenzen in den Erwartungshorizonten von Zugezogenen und Weggezogenen sowie Stärken und Schwächen der Quartiere in der Wahrnehmung der Befragten wider (vgl. *Schaubild 1* sowie *Tabelle 16* im Anhang).

**Schaubild 1: Gründe für den Umzug von Zugezogenen und Weggezogenen (in Prozent)**



Die Antworten auf die Frage nach dem ehemaligen Wohnort der Zugezogenen zeigen, dass es sich bei den Umzügen von Haushalten häufig um Nahwanderungen innerhalb des Bezirks handelt. 58 Prozent der Zugezogenen im Gebiet Kottbusser Tor und 41 Prozent im Gebiet Bülowstraße haben bereits vor ihrem Umzug im jeweiligen Bezirk gelebt. Sechs von zehn bzw. neun von zehn der Befragten in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor stammen aus den (ehemaligen) Bezirken Kreuzberg, Schöneberg, Tempelhof, Neukölln und Tiergarten. Der sehr hohe Anteil von Nahwanderungen im Gebiet Kottbusser Tor (Kreuzberg, Neukölln) hängt offenbar auch mit dem dichten Netzwerk familiärer und nachbarschaftlicher Beziehungen zusammen. Als Gründe für ihren Umzug geben 73 Prozent der Zugezogenen an, dass Eltern und Verwandte im Gebiet leben. Und für 96 Prozent der Befragten sind die engen Netze von Freunden und Verwandten eine zentrale Ressource des Gebiets.

**Tabelle 17: Ehemaliger Wohnort der Zugezogenen  
in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor (in Prozent der Befragten)**

<i>Ehemaliger Wohnort</i>	Bülowstraße		Kottbusser Tor	
	Zugezogene	In Prozent	Zugezogene	In Prozent
Kreuzberg	2	6,3	15	<b>57,7</b>
Schöneberg	13	<b>40,6</b>	1	3,8
Tempelhof	1	3,1	1	3,8
Neukölln	2	6,3	7	<b>26,9</b>
Tiergarten	2	6,3	0	0,0
Sonstige Bezirke	7	<b>21,9</b>	0	0,0
Alte Bundesländer	3	9,4	2	7,7
Neue Bundesländer	1	3,1	0	0,0
Ohne Angabe	1	3,1	0	0,0
Insgesamt	32	100	26	100

### *Mitwirkende an der Umzugsentscheidung / Häufigkeit der Umzüge / Wohndauer im Quartier*

Wer ist alles an der Umzugsentscheidung beteiligt? In mehr als neunzig Prozent der Haushalte haben die Befragten die Entscheidung entweder allein (35,2%) oder mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin getroffen (53,3%). Gut ein Viertel der Befragten hat sich mit Eltern und Verwandten beraten (27,5%) und in ungefähr jedem sechsten Haushalt haben die Befragten die Entscheidung gemeinsam mit ihren Kindern getroffen (17,6%) oder den Rat von Freunden und Bekannten gesucht (16,5%). An einen Makler haben sich nur zwei von 91 Befragten gewandt (2,2%).

Zwei von drei Befragten sind schon öfter in Berlin umgezogen (70,7%), davon allein über 90 Prozent zwei bis fünfmal (92,5%). Die Hälfte der Weggezogenen hat weniger als fünf Jahre im Quartier gewohnt (50,0%); auf eine Wohndauer von mehr als zehn Jahre kommt nur etwa jeder Siebte der von uns Befragten (14,7%).

## **5.2 Bewertung der Wohn- und Lebenssituation im Quartier**

Mit ihrer gegenwärtigen Wohnung bzw. Wohnsituation sind 70,7 Prozent der Zugezogenen und 94,1 Prozent der Weggezogenen (sehr) zufrieden. Der Anteil der Zufriedenen unter den Zugezogenen ist allerdings im Gebiet Bülowstraße (75,0%) deutlich höher als im Gebiet Kottbusser Tor (65,4%). Der Grad der Zufriedenheit mit der Wohnsituation spiegelt sich auch in der Beurteilung des Quartiers wider. 69,0 Prozent der Zugezogenen fühlen sich wohl oder sehr wohl im Quartier (Bülowstraße: 71,9%; Kottbusser Tor: 65,4%), wobei der Umzug maßgeblich zu einer Verbesserung des Wohlfühlens beigetragen hat.

Fast jeder Dritte fühlt sich allerdings eher oder sogar sehr unwohl im Gebiet (Bülowstraße: 28,1%; Kottbusser Tor: 34,6%), wobei dieses mangelnde Wohlfühlgefühl unmittelbar Auswirkungen auf die Entwicklung von Bindungen an das Quartier und die Bereitschaft zum Engagement im Quartier hat. So geben beispielsweise 34,6 Prozent der Zugezogenen im Gebiet Kottbusser Tor an, dass sie

nicht beabsichtigen, auf absehbare Zeit im Quartier wohnen zu bleiben, und sich auch nicht vorstellen können, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation im Quartier zu leisten. Im Gebiet Bülowstraße sind es demgegenüber nur 18,8% bzw. 21,9% der Befragten, die sich entsprechend eindeutig äußern (vgl. *Tabelle 18*).

<b>Tabelle 18: Zufriedenheit mit den Wohn- und Lebensbedingungen im Quartier, Bereitschaft zum Engagement und Zukunftspläne von Zugezogenen (in Prozent der Befragten)</b>		
	Bülowstraße	Kottbusser Tor
<b>Zufriedenheit und Engagement</b>		
... sind (sehr) zufrieden mit der Wohnsituation	75,0	65,4
... fühlen sich (sehr) wohl im Quartier	71,9	65,4
... würden Freunden empfehlen in das Quartier zu ziehen	53,1	30,8
... beabsichtigen im Quartier wohnen zu bleiben	62,5	50,0
... können sich ein Engagement im Quartier vorstellen	28,1	26,9
<b>Unzufriedenheit und Distanzierung</b>		
... sind eher / sehr unzufrieden mit der Wohnsituation	25,0	34,6
... fühlen sich eher / sehr unwohl im Quartier	28,1	34,6
... würden Freunden nicht empfehlen in das Quartier zu ziehen	43,8	53,8
... beabsichtigen nicht im Quartier wohnen zu bleiben	18,8	34,6
... können sich ein Engagement im Quartier nicht vorstellen	21,9	34,6

*Was schätzen die Zugezogenen an der Wohn- und Lebenssituation im Gebiet bzw. was missfällt ihnen?*

Die Zugezogenen schätzen an der Wohn- und Lebenssituation in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor vor allem die hiermit verbundenen sozialen und ökonomischen Ressourcen. Zu diesen gehören (1) das gute Nahversorgungsangebot, insbesondere die guten Einkaufsmöglichkeiten, (2) die zentrale und verkehrsgünstige Lage, (3) die Bevölkerungs- und Sozialstruktur, das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft und die multikulturelle Atmosphäre sowie (4) die Nähe zu Eltern, Verwandten und Freunden. Hierbei zeigen sich auch Unterschiede zwischen den Gebieten. Während im Gebiet Bülowstraße die zentrale und verkehrsgünstige Lage stärker hervorgehoben wird, sind es im Gebiet Kottbusser Tor die guten Einkaufsmöglichkeiten, das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft und die multikulturelle Atmosphäre des Quartiers.

Zu den Aspekten der Wohn- und Lebenssituation, die den Zugezogenen missfallen, gehören vor allem (1) soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut und die (hohe) Kriminalität, (2) Defizite im Wohnumfeld wie „dreckige, ungepflegte Wohngebäude und Straßen“, die „Zunahme von Verkehr und Lärm“ sowie die „Unsicherheit auf den Straßen / im öffentlichen Raum“, (3) Probleme der Bevölkerungs- und Sozialstruktur wie „zu viele“ Ausländer, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Unruhestifter, Jugendbanden, Obdachlose, Drogenabhängige und Drogendealer sowie die Unsicherheit im Gebiet. Am häufigsten genannt werden von den Befragten insgesamt die (sehr) hohe Kriminalität sowie die mit Drogenkonsum und Obdachlosigkeit verbundenen Probleme. Diese werden vor al-

lem dort als besonders belastend empfunden, wo sie sich im öffentlichen Raum konzentrieren (z.B. Drogenszene am Kottbusser Tor, in der Mansteinstraße in Schöneberg) oder bis in die Treppenhäuser der Wohnanlagen hineinreichen.

*Was hat den Weggezogenen an der Wohn- und Lebenssituation im Gebiet gefallen bzw. missfallen?*

Von den Weggezogenen werden im Rückblick vor allem (1) die zentrale Lage und die guten Verkehrsanbindungen, (2) die großen, schönen und preiswerten Altbauwohnungen (insbesondere im Schöneberger Norden) sowie (3) die guten und zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten als positiv wahrgenommen. Die negativen Anmerkungen zur Wohn- und Lebenssituation konzentrieren sich – ähnlich wie bei den Zugezogenen, aber auch mit einigen Unterschieden in der Gewichtung – auf (1) Defizite der Bevölkerungs- und Sozialstruktur („zu viele“ Ausländer, Türken, Alkoholiker, Arbeitslose und Drogenabhängige), auf (2) Belastungen im Wohnumfeld (insbesondere zu viel Dreck, Lärm und Verkehr), (3) soziale Probleme (insbesondere Kriminalität und Gewaltbereitschaft) sowie (4) Mängel der soziokulturellen Infrastruktur (z.B. „verkommene soziale Einrichtungen“; „wenig Spielplätze für Kinder, für Frauen zu wenige Möglichkeiten sich auszutauschen“).<sup>11</sup>

*Viele Zugezogene schätzen das gute Zusammenleben und die multikulturelle Atmosphäre in den Untersuchungsgebieten*

Bemerkenswert ist vor allem die starke Betonung des „guten Zusammenlebens der Bewohnerschaft“ und der „multikulturellen Gegend“ bei den Zugezogenen im Gebiet Kottbusser Tor. Hierzu gehören Erfahrungen mit „freundlichen Menschen“ und „netten Nachbarn“ ebenso wie die „multikulturelle Atmosphäre“ des Gebiets, die für einige Befragte mit „Offenheit“, „Toleranz“ und „Sicherheit / „keine Ausländerfeindlichkeit“ in Verbindung gebracht wird. Bei den Weggezogenen finden sich entsprechende Äußerungen nicht nur sehr viel seltener, sondern diese verweisen bei den als negativ empfundenen Aspekten der Wohn- und Lebenssituation auch wesentlich häufiger auf die soziale und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung (zu viele Ausländer, Türken, Arbeitslose, Alkoholiker, Drogenabhängige). Bei den sozialen Problemen werden von Weggezogenen im Gebiet Bülowstraße zudem Probleme im Umgang mit Jugendlichen angeführt („türkische Jugendliche, die auf der Straße rumhängen und Frauen belästigen / anpöbeln“, „steigende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen“).

Es fällt zudem auf, dass zentrale Bereiche wie Arbeits- und Ausbildungsplätze, Schulen und öffentliche Dienstleistungen sowohl von den Zugezogenen als auch

---

11 Für Familien mit Kindern ist zudem die Situation in den Kindertageseinrichtungen und Schulen von besonderer Bedeutung. So geben beispielsweise vier von zehn der weggezogenen Familien mit Kindern unter 18 Jahren an, dass die Situation in den Bildungseinrichtungen einen (sehr) großen Einfluss auf ihre Umzugsentscheidung hatte (siehe hierzu insbesondere die Ausführungen auf S. 71).

von den Weggezogenen eher selten genannt werden. Dies gilt insbesondere für die Frage nach den positiven Bewertungen der Wohn- und Lebenssituation im Quartier, aber auch für die negativen Aspekte. Nur in wenigen Fällen wird die Schulsituation bemängelt („Schulen und Kitas könnten mehr Qualität haben“; die „Schulsituation ist sehr schlecht, in mancher Klasse sind fast nur Ausländer und das ist für mich ein sehr großer Nachteil für die Kinder“) oder beklagt, dass es zu wenig Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote sowie zu wenig Angebote für Kinder und Jugendliche im Quartier gibt. Darüber hinaus werden die unzureichende Anzahl, die verstreute Lage und das geringe Angebot öffentlicher Einrichtungen genannt. Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Wohn- und Lebenssituation sind die Bereiche Arbeit und Bildung im Quartier offenbar nur von untergeordneter Bedeutung.

*Was sind die zentralen Probleme im Quartier aus der Sicht von Zugezogenen und Weggezogenen?*

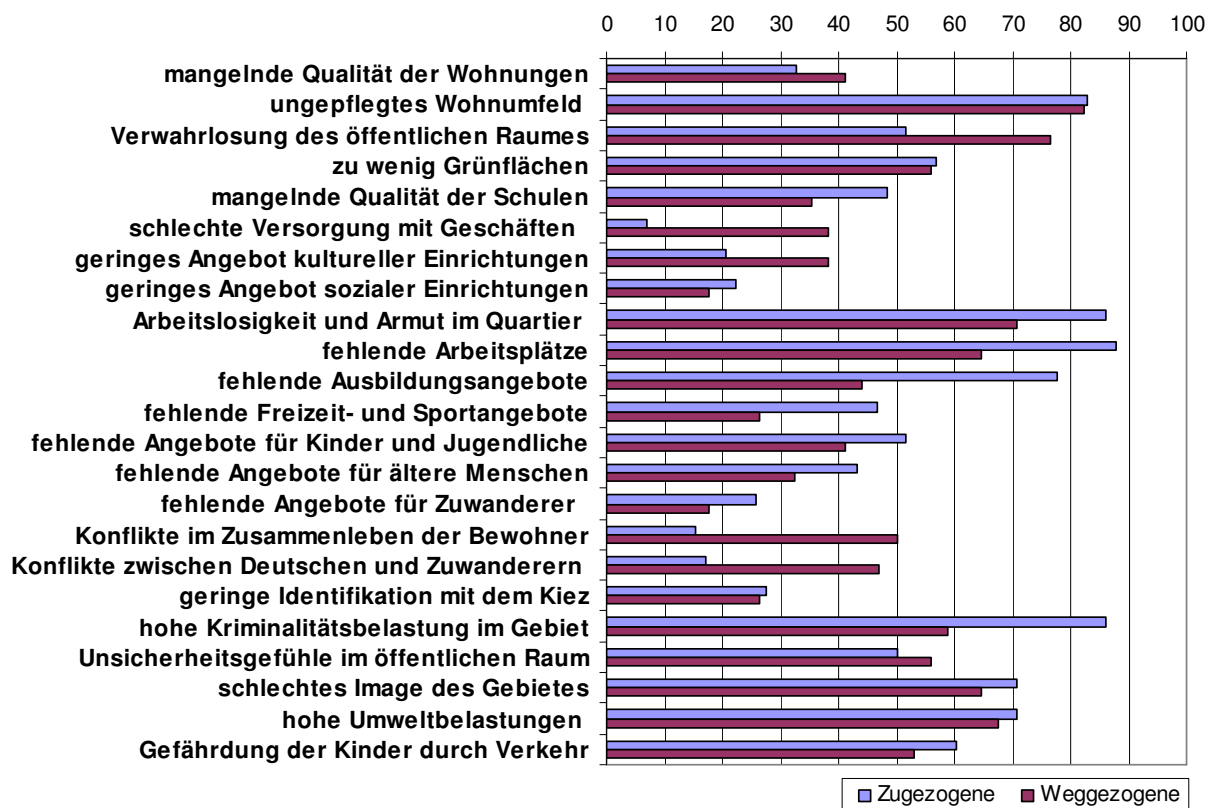
Negative und positive Merkmale der Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor sind bereits in den Antworten auf die offenen Fragen nach der Wohn- und Lebenssituation im Quartier sichtbar geworden. Allerdings haben wir die Probleme und Ressourcen der Gebiete mit Hilfe entsprechender Fragen und vorgegebener Antwortmöglichkeiten noch etwas systematischer untersucht. Zu den zentralen Problemen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor aus Sicht der Befragten gehören demnach vor allem das ungepflegte Wohnumfeld (82,6%), Arbeitslosigkeit und Armut (80,4%), fehlende Arbeitsplätze und Beschäftigungsangebote (79,3%), die hohe Kriminalitätsbelastung (76,1%), hohe Umweltbelastungen (69,6%) und das schlechte Image der Gebiete (68,5%). Im Mittelfeld der Nennungen liegen fehlende Angebote für Kinder und Jugendliche (47,8%), die mangelnde Qualität der Schulen (43,5%) und die mangelnde Qualität der Wohnungen (35,9%). Zu den bemerkenswertesten Ergebnissen gehört aber sicherlich, dass Konflikte im Zusammenleben der Bewohner (28,3%) bzw. Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern (28,3%) nur von jedem vierten Befragten zu den Problemen des Quartiers gezählt werden.

Hierbei offenbaren sich allerdings interessante Unterschiede sowohl zwischen den beiden Gebieten als auch zwischen Zugezogenen und Weggezogenen. Zum einen ist die wahrgenommene Problembelastung – gemessen an der durchschnittlichen Anzahl der Problemnennungen pro Befragten – im Gebiet Kottbusser Tor deutlich höher als im Gebiet Bülowstraße, zum anderen zeigt sich – zumindest in Teilbereichen – auch eine andere Gewichtung der Probleme. Während die Befragten im Gebiet Bülowstraße stärker unzureichende Grünflächen, Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern sowie eine geringe Identifikation der Bewohner mit dem Kiez bemängeln, führen die Befragten im Gebiet Kottbusser Tor sehr viel häufiger hohe Umweltbelastungen (Lärm, Verkehr), fehlende Angebote für ältere Menschen, fehlende Ausbildungs- und Qualifizie-

rungsangebote, die mangelnde Qualität der Schulen und die hohe Kriminalitätsbelastung als Probleme an.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich auch zwischen Zugezogenen und Weggezogenen. Während die Erstgenannten vor allem fehlende Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote, fehlende Arbeitsplätze und Beschäftigungsangebote sowie die hohe Kriminalitätsbelastung im Quartier hervorheben, sind es bei Letzteren insbesondere Konflikte im Zusammenleben der Bewohner, Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern sowie die schlechte Versorgung mit Geschäften und Restaurants, denen ein vergleichsweise größeres Gewicht eingeräumt wird. Diese Ergebnisse deuten nicht nur auf eine unterschiedliche Wahrnehmung und Betroffenheit von Konflikten in der Bewohnerschaft, sondern auch einen anderen Erwartungshorizont von Zugezogenen und Weggezogenen in Bezug auf die Qualität von Angeboten im Quartier hin. Während bei den Zugezogenen nur jeder Sechste Konflikte im Zusammenleben der Bewohner oder Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern zu den Problemen des Gebiets rechnet, ist es bei den Weggezogenen jeder Zweite (vgl. *Schaubild 2* sowie *Tabelle 19* im Anhang).

**Schaubild 2: Probleme im Quartier aus der Sicht von Zugezogenen und Weggezogenen (in Prozent)**



Im Vergleich mit Befragungen mit ähnlichen Fragestellungen sind vor allem zwei Ergebnisse bemerkenswert. In der Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt werden das Zusammenleben im Gebiet und das Verhältnis von

Deutschen und Migranten zu den größten Problemen der „Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ gerechnet. Diese Einschätzung stützt sich auf eine Befragung externer Akteure, von denen 31,5 Prozent das Zusammenleben im Gebiet und 39,6 Prozent das Verhältnis von Deutschen, Ausländern und Aussiedlern als „großes Problem“ und weitere 60,9 bzw. 49,7 Prozent als „gewisses Problem“ bezeichnet haben (IfS 2004: 73). In Befragungen des Deutschen Instituts für Urbanistik in den Programmgebieten aus den Jahren 2000/2001 und 2002 wurden Konflikte im Zusammenleben von 47,3 Prozent der Befragten genannt (Becker 2003: 62).

In der Rangfolge der Problemnennungen liegen zudem Schulen in beiden Befragungen ganz hinten. Während in der Difu-Befragung 11,3 Prozent der Befragten Defizite der Schule im Stadtteil zu den Problemen der Programmgebiete gerechnet haben, wurde die Qualität der Schulen in der IfS-Befragung nur von 8,3 Prozent der externen Akteure als großes und von 41,5 Prozent als gewisses Problem bewertet (ebd.). Die „Wahrnehmungslücke“ im Bereich Schule, die den Verfassern der Zwischenevaluierung zufolge bei den Akteuren zu konstatieren ist (IfS 2004: 74), zeigt sich auch im Vergleich mit den Ergebnissen unserer Befragung, in der die mangelnde Qualität der Schulen von nahezu jedem Zweiten als Problem wahrgenommen wird (43,5%). Allerdings lässt sich an dieser Stelle nicht klären, inwieweit diese bemerkenswerten Differenzen in den Ergebnissen mit einer anderen Problemsicht von Betroffenen und Experten zusammenhängen oder mit der besonderen Situation in den beiden von uns untersuchten Gebieten erklärt werden kann.

### *Was sind Ressourcen im Quartier aus der Sicht von Zugezogenen und Weggezogenen?*

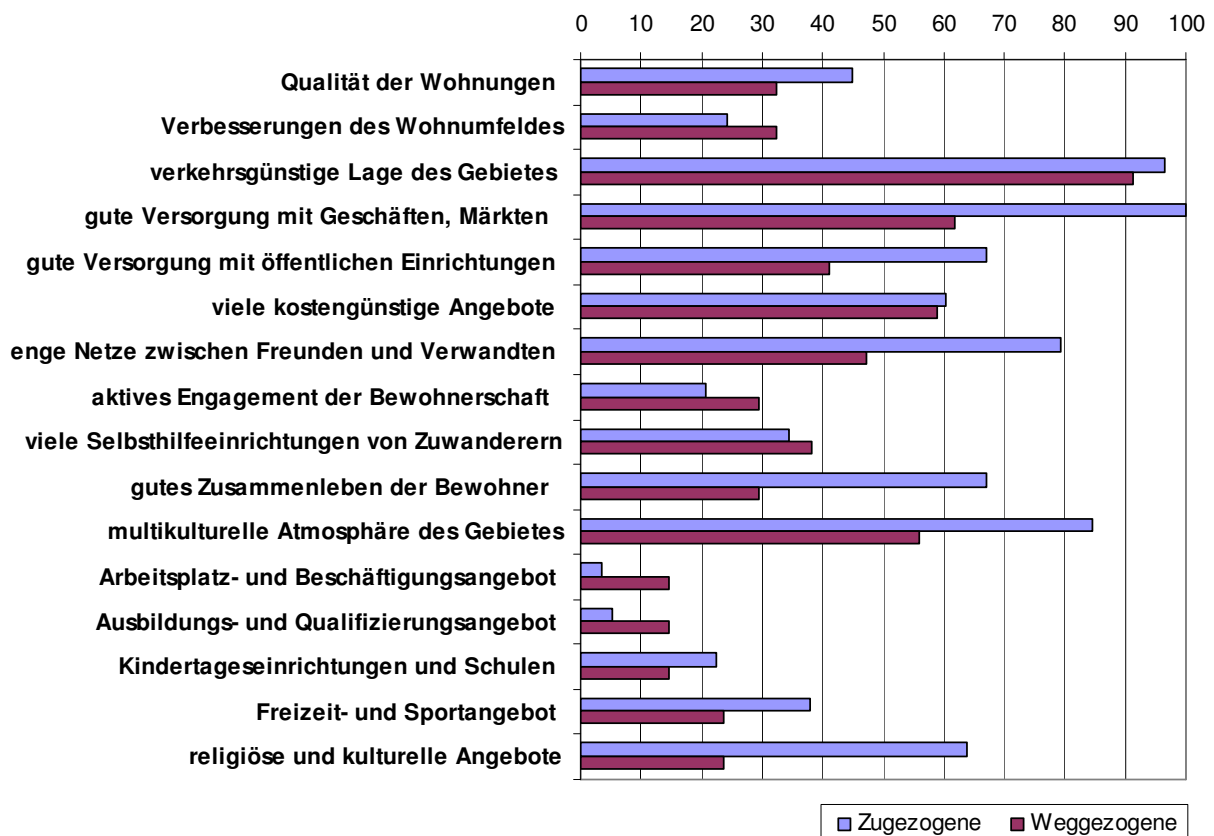
Zentrale Ressourcen der Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor sind aus Sicht der Befragten vor allem die verkehrsgünstige Lage der Gebiete (94,6%), die gute Versorgung mit Geschäften und Märkten (85,9%), die multikulturelle Atmosphäre des Gebietes (73,9%), die engen Netze zwischen Freunden und Verwandten (67,4%) und die vielen kostengünstigen Angebote (59,8%). Im Mittelfeld der Rangliste liegen die gute Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen (57,6%), das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft (53,3%) sowie religiöse und kulturelle Angebote (48,9%). Am seltensten genannt werden von den Befragten das Arbeitsplatz- und Beschäftigungsangebot (7,6%), das Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot (8,7%) sowie Kindertageseinrichtungen und Schulen (19,6%).

Bei der Benennung von Ressourcen bzw. Vorteilen offenbaren sich aber auch interessante Unterschiede zwischen den Gebieten sowie zwischen Zugezogenen und Weggezogenen. Im Gebiet Kottbusser Tor heben weit über achtzig Prozent der Befragten die gute Versorgung mit Geschäften und Märkten, die engen Netze zwischen Freunden und Verwandten und die multikulturelle Atmosphäre des Gebietes als zentrale Ressourcen hervor. Zwei Drittel der Befragten nennen dar-

über hinaus religiöse und kulturelle Netze sowie die gute Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen als Vorteile des Gebietes. Im Gebiet Bülowstraße fällt die Zustimmung zu diesen Punkten sehr viel geringer aus; deutlich häufiger als Ressource genannt werden demgegenüber die Qualität der Wohnungen und die vielen kostengünstigen Angebote im Gebiet.

In Bezug auf Zugezogene und Weggezogene ist es sicherlich wenig überraschend, dass letztere insgesamt deutlich weniger Vorteile des Gebiets zu erkennen vermögen. Bemerkenswert sind aber auf jeden Fall die Unterschiede bei der Gewichtung der Ressourcen. Über achtzig Prozent der Zugezogenen sehen in der multikulturellen Atmosphäre des Gebiets eine zentrale Ressource, drei von vier Befragten heben die engen Netze zwischen Freunden und Verwandten hervor und zwei Drittel der Befragten bewerten das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft und die gute Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen als vorteilhaft. Von den Weggezogenen schätzt zwar noch etwa jeder Zweite die multikulturelle Atmosphäre und die sozialen Netze zwischen Freunden und Verwandten im Gebiet, aber nur drei von zehn Befragten sehen im Zusammenleben der Bevölkerung eine Ressource. Sehr viel seltener bewerten zudem die Weggezogenen religiöse und kulturelle Angebote sowie eine gute Versorgung mit Geschäften und Märkten bzw. mit öffentlichen Einrichtungen als Ressource des Gebiets (vgl. *Schaubild 3* sowie *Tabelle 20* im Anhang).

**Schaubild 3: Ressourcen im Quartier aus der Sicht von Zugezogenen und Weggezogenen (in Prozent)**





Im Vergleich mit den Difu-Befragungen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt zeigt sich, dass die „Schlüsselbereiche“ Arbeit und Bildung von den von uns Befragten sehr viel seltener genannt werden. Dort haben immerhin drei von zehn Befragten das Arbeitsplatz- und Beschäftigungsangebot (34,7%), die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote (28,8%) und die Schulen im Stadtteil (28,8%) zu den Potenzialen und Ressourcen gerechnet, während dies bei den von uns Befragten nur bei jedem Fünften bzw. Zwölften der Fall war. Sehr viel seltener als in den Difu-Befragungen werden auch die Qualität der Wohnungen und Verbesserungen des Wohnumfeldes genannt, während soziale Ressourcen wie das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft, die engen Netze zwischen Freunden und Verwandten sowie die multikulturelle Atmosphäre des Gebiets in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor weit vorne auf der Rangliste liegen. Ein aktives Engagement der Bewohner zählt aber nur jeder Vierte der von uns Befragten zu den Ressourcen des Gebiets, während es in den Difu-Befragungen etwa jeder Zweite war (55,0%) (Difu 2003: 62).

### **5.3 Zentrale Handlungsfelder im Quartier aus Sicht der Befragten**

*Was müsste getan werden, um die Situation im Gebiet zu verbessern?*

Was sind die zentralen Handlungsfelder aus der Sicht der Befragten? Zunächst kann festgestellt werden, dass sich die Vorschläge von Zugezogenen und Weggezogenen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor durch ihre große Vielfalt auszeichnen. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen beiden Gruppen und Gebieten. Weggezogene entwickeln seltener Handlungsvorschläge als Zugezogene, weil sie sich nicht nur räumlich, sondern auch gedanklich von den ehemaligen Wohngebieten entfernt haben. So geben einige an, dass sie selbst nicht wissen, was getan werden könnte oder wenig Hoffnungen in die Wirksamkeit von Verbesserungsmaßnahmen setzen: „Das ist alles schon zu spät. Der Kotti wird die Bronx von New York.“ Viele Vorschläge haben zudem eine Verbesserung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur zum Ziel und befürworten eine „bessere Durchmischung des Umfeldes mit Deutschen, aber auch (eine) soziale Mischung“. Gefordert werden eine „Aufwertung der Wohnqualität“ ... „als Anreiz für den Zuzug von weniger sozial schwachen Mietern“ sowie „Maßnahmen, die einer wachsenden Gettoisierung entgegenwirken“. Ein weiterer Bereich sind interkulturelle Angebote sowie die „Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Deutschen und Zuwanderern“.

Zu den zentralen Handlungsfeldern im Gebiet Bülowstraße gehören aus Sicht der Zugezogenen vor allem die drei Bereiche (1) Arbeit und Beschäftigung, Ausbildung und Qualifizierung, (2) Sauberkeit und Sicherheit („Abschaffung der Kriminalität“, „Bekämpfung des Drogenmilieus“, „Problembewältigung in der Mansteinstraße“) sowie (3) Angebote für Kinder und Jugendliche („mehr Spielplätze für Kinder“, „mehr Freizeit- und Sportangebote für Jugendliche“,

„mehr Aufmerksamkeit für Kinder (zu viele auf der Straße ohne Perspektive)“, „die Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen müsste besser in Griff bekommen werden“). Weitere Vorschläge beziehen sich auf die Aufwertung der Wohnqualität und Verbesserung des Wohnumfeldes, Verbesserungen in der Qualität von Schulen („Schule als Ganztagschule, mehr Betreuung und Begleitung für die Kinder“) sowie die Aktivierung der Bevölkerung („mehr Engagement der Bewohnerschaft“, „mehr Verantwortungsbewusstsein für den Kiez“).

Zentrale Handlungsfelder im Gebiet Kottbusser Tor sind – aus Sicht der Zugezogenen – vor allem (1) nachhaltige Verbesserungen in den Bereichen Sauberkeit und Sicherheit („bessere Straßenreinigung“, „Beseitigung der Kriminalität“, „Lösung des Drogenproblems“) und (2) eine deutliche Verstärkung öffentlicher Angebote und Leistungen („mehr Hilfe vom Staat / Senat“, „mehr öffentliche Angebote und Einrichtungen“, „Beratung und Hilfe bei Arbeitssuche“, „allgemeine Beratung und individuelle Unterstützung bei Familienproblemen“, „mehr Angebote für Kinder und Jugendliche“, „Mutterschaftsberatung“, „Integrationskurse“, „mehr Reformen in den Schulen“, „bessere Integration von Migranten und Kitapflicht ab drei Jahren“). Vorgeschlagen werden darüber hinaus eine Erhöhung der Wohnqualität und Verbesserungen des Wohnumfeldes sowie eine verstärkte Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Ausweitung von Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten.

Die Erörterung von Handlungsfeldern wirft die Frage auf, ob die Befragten auch selbst bereit sind, sich im Quartier zu engagieren. In diesem Zusammenhang haben wir die Zugezogenen gefragt, ob sie „sich vorstellen (können), einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation im Quartier zu leisten“. Aus unserer Sicht ist es bemerkenswert, dass mehr als ein Viertel der Befragten diese Frage bejaht hat (27,6%). Ein weiteres Viertel ist (noch) unentschieden („weiß nicht“) und nur knapp die Hälfte der Befragten hat die Frage ausdrücklich verneint (43,1%). Allerdings ist der Anteil derjenigen, die sich kein Engagement im Quartier vorstellen können, im Gebiet Kottbusser Tor deutlich höher als im Gebiet Bülowstraße (vgl. *Tabelle 19*). Wenn man davon ausgeht, dass sich ohnehin immer nur Minderheiten für die Gemeinschaft engagieren, dann gibt es aber in beiden Gebieten ein beachtliches Potenzial im Hinblick auf eine grundsätzliche Bereitschaft zum Engagement, das es zu aktivieren gilt.

Auf die Frage „Was würden Sie gerne tun?“ hat eine Mehrheit der Befragten angegeben, dass sie gerne mit Kindern und Jugendlichen arbeiten würden, z.B. in Jugendclubs oder im Rahmen der Konfliktschlichtung. Weitere Vorschläge beziehen sich auf „Hilfen für benachteiligte Frauen als multikulturelles Angebot (Projekt)“, ein Engagement im kulturellen Bereich sowie eine Mitwirkung bei der Reinigung von Straßen und Wohngebäuden. Die Befragten können hierbei auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeiten – als Erzieher, Handwerker, Lehrer und Jugendtrainer – eine Vielzahl von Erfahrungen und Kompetenzen einbringen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang insbesondere auf Erfahrungen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, in der Nachbarschaftshilfe, im Kontext

von Kita und Schule sowie in der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement. Gewünscht werden in diesem Zusammenhang vor allem finanzielle Unterstützungen vom Staat, sozialpädagogische Hilfen, die Bereitstellung von geeigneten Räumen sowie ein stärkeres Engagement der Bürger.

<b>Tabelle 21: Bereitschaft zum Engagement im Quartier (Zugezogene)</b>						
<i>Könnten Sie sich vorstellen, einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation im Quartier zu leisten?</i>	<b>Gesamt</b>		<b>Bülowstraße</b>		<b>Kottbusser Tor</b>	
Antworten der Befragten	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent	Anzahl	In Prozent
Ja	16	27,6	9	28,1	7	26,9
Nein	16	27,6	7	21,9	9	34,6
Weiß nicht	25	43,1	16	50,0	9	34,6
Ohne Angabe	1	1,7	0	0	1	3,8
Insgesamt	58	100	32	100	26	100



## 6. Chancen und Risiken selektiver Wanderungsprozesse

Zu den Chancen selektiver Wanderungsprozesse in problembelasteten Gebieten gehören (1) eine Erhöhung von Zufriedenheit in der Bewohnerschaft, (2) eine Stärkung sozialer Kontakte und Netzwerke sowie (3) eine Verringerung von Reibungsflächen und Konfliktgelegenheiten.

(1) Während die Zugezogenen auf Grund einer noch nicht lange zurückliegenden Umzugsentscheidung eher die Vorzüge des Gebiets im Blick haben, heben die Weggezogenen stärker die negativen Aspekte der Lebensbedingungen hervor. Vorstellungen und Erwartungen der Zugezogenen scheinen besser als bei den Weggezogenen zu den zentralen Merkmalen des Quartiers zu passen. Die Zugezogenen sind offenbar zufriedener mit der Wohn- und Lebenssituation im Gebiet als dies bei den Weggezogenen in der Vergangenheit der Fall war. Zumindest im Rückblick werden die Lebensbedingungen im Quartier von den Weggezogenen deutlich negativer bewertet als von den Zugezogenen. Letztere sehen zwar nicht weniger Defizite und Probleme im Gebiet, aber deutlich mehr Ressourcen und Potenziale als die Erstgenannten. Zudem schätzen sie die zentralen Ressourcen des Gebiets mehr als die Weggezogenen. Hiermit verbunden ist nicht nur eine stärkere Identifikation mit dem Gebiet, sondern auch eine höhere Bereitschaft zum Engagement.

(2) Zu den Chancen selektiver Wanderungen gehört eine Stärkung sozialer Kontakte und Netzwerke in einer Gesellschaft, die durch weit reichende Veränderungen geprägt ist. Die Nähe zu Freunden und Bekannten sowie zu Eltern und Verwandten gehört bei den Zugezogenen nicht nur zu den bedeutsamsten Gründen für den Umzug in die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor, sondern ist für sie auch sehr viel wichtiger als für die Weggezogenen. Dieses „soziale Kapital“ zählt für die Zugezogenen zu den Faktoren, die sie vor allem an der Wohn- und Lebenssituation im Gebiet schätzen. Vier von fünf Zugezogenen, aber nur jeder zweite Weggezogene zählt die engen Netze zwischen Freunden und Verwandten zu den zentralen Ressourcen des Quartiers. Familiäre, verwandtschaftliche und ethnische Netzwerke leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur sozialen Integration von Migranten und stellen insbesondere in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und eines weit reichenden Umbaus des Sozialstaats „eine wesentliche Entlastung der Aufnahmegesellschaft dar“ (BMFSFJ 2000: 201).

(3) Unsere Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Wanderungsprozesse in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor zu einer Verringerung von Reibungsflächen und Konfliktgelegenheiten beitragen. Zugezogene zählen das gute Zusammenleben der Bewohnerschaft und die multikulturelle Atmosphäre häufiger zu den Ressourcen des Gebiets als Weggezogene, während letztere die ethnische und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung stärker problematisieren (zu viele Ausländer, Arbeitslose etc.). Bemerkenswert ist aber vor allem, dass Weggezogene Konflikte im Quartier anders wahrnehmen. Während bei den Zugezogenen nur jeder Sechste Konflikte im Zusammenleben der Be-

wohner bzw. Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern zu den Problemen des Gebiets rechnet, ist es bei den Weggezogenen immerhin jeder Zweite. Die stadtsoziologische Forschung hat in diesem Zusammenhang gezeigt, dass die erzwungene Nachbarschaft von Menschen mit unterschiedlichen Geschlechtsrollen, Geselligkeitsgewohnheiten, Erziehungsstilen, Lärmempfindlichkeiten, Sauberkeitsvorstellungen und Zeitrhythmen, also das dichte Nebeneinander verschiedener Lebensweisen, zu Reibungen und Konflikten führen kann. Die Übersetzung von sozialer in räumliche Distanz, d.h. der Fortzug in Nachbarschaften, in denen man mit Menschen zusammenlebt, die einen ähnlichen Lebensstil haben, dient daher auch der Vermeidung von Konflikten (vgl. *Häußermann/Siebel* 2001: 48).

Zu den *Risiken selektiver Wanderungsprozesse* gehören (1) eine Erhöhung der räumlichen Konzentration von Zuwanderern, (2) eine Verstärkung der sozialen Entmischung in Quartieren mit hoher Problembelastung, (3) eine Verringerung sozialer Kontaktgelegenheiten zu Angehörigen der Aufnahmegesellschaft sowie (4) die Entstehung eines „Milieus der Benachteiligung“, in dem der Verlust „moralischer Qualifikationen“ und die Verringerung sozialer Kontrolle abweichendes Verhalten begünstigen.

(1) Die Ergebnisse unserer Befragung deuten darauf hin, dass mehr nichtdeutsche Haushalte in die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor zuziehen als aus ihnen wegziehen, so dass sich der Anteil von Familien mit Migrationshintergrund weiter erhöht. Zu den Gründen gehören offenbar vor allem Ungleichheiten in der finanziellen Situation, der Anzahl der Kinder und der Haushaltsgröße sowie die unterschiedlichen Bedürfnisse, Erfahrungen und Erwartungshaltungen von Einheimischen und Zuwanderern. Die Haushalte von Nichtdeutschen sind im Durchschnitt größer als die von Deutschen, da in ihnen mehr Kinder leben, von denen einige bereits erwachsen sind. Zudem schätzen Familien nichtdeutscher Herkunft ihre finanzielle Situation negativer ein als einheimische Familien. Ärmere und kinderreiche Familien nichtdeutscher Herkunft haben offenbar nur geringe Chancen auf dem Wohnungsmarkt, finden aber in diesen Quartieren günstige Angebote und diskriminierungsfreie Vermieter. Diese Familien sind zudem in besonderer Weise auf eine verkehrsgünstige Lage der Wohnung, auf eine gute Versorgung mit Geschäften und Märkten sowie auf die Nähe zu Eltern, Verwandten und Freunden angewiesen.

Selektive ethnische Wanderungsprozesse verstärken die sozialräumliche Konzentration von Zuwanderern in der Stadt. Allerdings werden die Ursachen und Folgen der städtischen Segregation von Migranten sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft sehr kontrovers diskutiert. Im Gegensatz zur vorherrschenden öffentlichen Meinung, die Segregation von Zuwanderern häufig als Zeichen einer gescheiterten Integration wahrnimmt, werden in der wissenschaftlichen Diskussion auch die Chancen oder positiven Funktionen ethnischer Kolonien hervorgehoben (vgl. *Heckmann* 1992: 111ff.; *Häußermann/Siebel* 2001: 46f.):

- Die ethnische Kolonie bietet neu Zuwandernden vielfältige Informationen und praktische Hilfen sowie materielle, soziale und psychologische Unterstützung, um sich im Aufnahmeland zurechtzufinden; sie bietet einen Schutz gegen soziale Isolation und verringert den migrationsbedingten „Kulturchock“;
- Die Strukturen der ethnischen Kolonie dienen – vor dem Hintergrund vielfältiger Verunsicherungen – der Persönlichkeitsstabilisierung in Wanderungsprozessen und verringern den Lern- und Anpassungsdruck in der Aufnahmegesellschaft;
- Der wechselseitigen Unterstützung im Rahmen von Verwandtschaftsbeziehungen oder in Form eigener Organisationen und Vereine kommt auch in entwickelten Sozialstaaten ein hoher Stellenwert zumindest als Ergänzung zu den Einrichtungen und Angeboten von Staat und Verbänden zu; hierzu gehören materielle Hilfen, Wohngelegenheiten und Verdienstmöglichkeiten;
- Die ethnische Kolonie fördert die allgemeine und kulturspezifische Sozialisation nachfolgender Generationen, z.B. über die Mitgliedschaft in Vereinen, die der sozialen und kulturellen Qualifizierung ihrer Mitglieder dient, oder durch eine Form sozialer Einbindung, die zur Verringerung abweichenden Verhaltens beiträgt („soziale Kontrolle“);
- Die Entstehung einer ethnischen Ökonomie ist eng verknüpft mit der räumlichen Konzentration und den sozialen Netzwerken von Migranten in bestimmten Quartieren. Die ethnische Ökonomie befriedigt nicht nur eine spezifische Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen, sondern bietet auch Beschäftigungs-, Einkommens-, Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten;
- Die ethnische Kolonie ermöglicht die Interessenartikulation oder Interessenvertretung von Angehörigen ethnischer Minderheiten sowie die Repräsentation der Minderheitengruppe in der Öffentlichkeit der Aufnahmegesellschaft; die Institutionen des Aufnahmelandes finden zudem Ansprechpartner für den Aufbau einer auf die Bedürfnisse der Minderheiten zugeschnittenen Infrastruktur und die produktive Bearbeitung von Konflikten.

Zu den Risiken oder negativen Funktionen ethnischer Kolonien gehört vor allem „die Gefahr einer ethnischen Selbstgenügsamkeit, die ein für das Aufbrechen der ethnischen Schichtung und für soziale Mobilität notwendiges Aufnehmen außerethnischer Kontakte und das Eintreten in einen universalistischen Wettbewerb behindert“ (Heckmann 1992: 115). Die Wirkungen einer räumlichen Konzentration auf die soziale Integration von Zuwanderern in der Stadt sind daher ambivalent; einerseits dienen ethnische Kolonien als Ressource zur Bewältigung von Herausforderungen in der Aufnahmegesellschaft, andererseits können sie auch zur Herausbildung „parallelgesellschaftlicher Strukturen“ führen, die zur „Mobilitätsfalle“ werden.

(2) Unsere Befragungsergebnisse zeigen, dass mehr besser gestellte Haushalte die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor verlassen als zuziehen. Weit ver-

breitete Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen im Quartier erhöhen die Bedeutung einer verkehrsgünstigen Lage und der Nähe zu Geschäften und Märkten mit (kostengünstigen) Angeboten. Hilfreich für die Bewältigung sozialer Problemlagen ist ferner nicht nur eine gute Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen, sondern auch das Vertrauen in die Unterstützung durch in der Nähe lebende Familienangehörige, Verwandte und Freunde. Daher sind die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor insbesondere für Personen und Familien attraktiv, die auf Grund ihrer sozialen Lage auf diese Ressourcen angewiesen sind, während besser gestellte Haushalte mit einem anspruchsvolleren Erwartungshorizont und vielfältigeren Handlungsmöglichkeiten die Gebiete eher verlassen.

Eine Minderung der Versorgungsstruktur, eine Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, eine Erhöhung des Konfliktniveaus und eine strukturelle Überforderung der Schulen durch einen hohen Anteil von Kindern, die aus sozial unterprivilegierten Verhältnissen stammen oder mit einer nichtdeutschen Herkunftssprache aufwachsen, fördern sozial selektive Wanderungsprozesse und verstärken die Abwärtsentwicklung in Gebieten, die durch eine hohe Konzentration von Problemlagen gekennzeichnet sind. Erwerbstätige und Familien (insbesondere mit noch nicht schulpflichtigen Kindern) verlassen die Quartiere aufgrund der geringen Qualität des Wohnumfeldes, der Zunahme von Ausländern und Arbeitslosen sowie der häufig befürchteten schlechteren Bildungschancen der Kinder. In die Gebiete ziehen wiederum vor allem Haushalte, die von staatlichen Transfers abhängig sind, sowie Zuwanderer aus dem Ausland. Selektive Wanderungsbewegungen und die Verarmung der Bewohner fördern Prozesse, die eine „Spirale der Abwärtsentwicklung“ in Gang setzen können (*Häußermann* 2001: 83).

Eine Stärkung sozialer Netzwerke von Migranten hat vor diesem Hintergrund ambivalente Folgen. Die sozialen Netze der Zuwanderer bieten zwar einerseits Schutz vor sozialer Isolation und sorgen für eine verlässliche Unterstützung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, auf der anderen Seite sind sie aber infolge ihrer starken Familienzentriertheit, ethnischen und sozialen Homogenität sowie räumlichen Konzentration weniger leistungsfähig. Sie sind „Netz und Käfig“ zugleich, da die Mitglieder einander überwiegend nur das Gleiche anbieten können (vgl. *Gestring et al.* 2004: 240). Arbeitslose kennen keine erfolgversprechenden Zugangswege zum ersten Arbeitsmarkt, Zuwanderer verfügen nur über Informationen zu Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der ethnischen Ökonomie und zu den Segmenten des Wohnungsmarktes, zu dem sie Zugang haben, Empfänger von Transfereinkommen haben zu wenig Geld, um es zu verleihen, und Familien aus bildungsfernen Schichten haben nicht die Ressourcen, Kompetenzen und Strategien, um Bildungserfolge ihrer Kinder zu fördern

(3) Die räumliche Konzentration von Zuwanderern und selektive Wanderungsprozesse verringern Kontakte zu Angehörigen der Aufnahmegesellschaft. Dadurch wird die Übernahme von Verhaltensweisen, normativen Orientierungen



und kulturellen Kompetenzen, z.B. Sprachfertigkeiten, erschwert. Vor allem für Kinder verschlechtern sich die Bildungschancen, da sie vor dem Besuch von Kindertageseinrichtungen und Schulen kaum mit der deutschen Sprache konfrontiert werden. Defizite in den sprachlichen Kompetenzen setzen sich in den Bildungseinrichtungen fort, werden durch den hohen Anteil von Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache in diesen Einrichtungen und im Quartier weiter verstärkt und beeinflussen die schulischen Leistungen und die Bildungschancen der Kinder in negativer Weise.

Mangelnde Kontaktmöglichkeiten zwischen Einheimischen und Fremden verringern zudem das Wissen übereinander, das Verständnis füreinander und die gegenseitige Toleranz. Ein Abbau wechselseitiger Vorurteile wird dadurch erschwert. Die räumliche Konzentration von Zuwanderern erhöht ihre öffentliche Sichtbarkeit, verstärkt die „Gefühle realer oder vermeintlicher Bedrohung“ bei Angehörigen der Aufnahmegesellschaft und bewirkt eine verstärkte soziale Distanz zwischen den beiden Gruppen. Vorurteile, negative Stereotypen und Diskriminierung entstehen und erschweren Angehörigen ethnischer Minderheiten ein Verlassen benachteiligter Gebiete. Die „Verweigerung sozialer Partizipationschancen“ fördert zudem ein „Rückzugsverhalten“ von Minderheiten, das mit einer „Betonung der ethnischen Eigenständigkeit“ und einer „Rückbesinnung auf traditionale und religiöse Werte“ einhergeht und die gegenseitige „Abschottung der Gruppen“ verstärkt (Anhut/Heitmeyer 2000: 40).

(4) Die Zunahme von sozialer Segregation und sozialräumlicher Polarisierung begünstigt ein „Milieu der Benachteiligung“, in dem ein Verlust von „moralischen Qualifikationen“ immer wahrscheinlicher wird: „Insbesondere die Kinder und Jugendlichen werden kaum noch mit positiven Rollenmodellen konfrontiert und geraten – auch durch Anpassungsdruck – in einen Sozialisationsprozess, dessen Ergebnis Verhaltensweisen sind, die ein Entkommen aus dem Milieu der Benachteiligung unwahrscheinlicher machen“ (Häußermann 2001: 83). Es besteht die Gefahr, dass eine „abweichende Kultur“ entsteht, die zunehmend auch diejenigen prägt, die ihr bislang nicht angehörten. Zahlreiche Studien zeigen, dass es einen starken Zusammenhang zwischen der Häufung sozialer Benachteiligungen im Stadtviertel und höheren Kriminalitätsraten der Bewohner gibt (vgl. Oberwittler u.a.: 2001: 100; siehe auch Gesemann 2004: 63).

Mit dem Verlust an integrierten Gruppen (Erwerbstätige, Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, Familien aus der Mittelschicht) verringert sich auch die soziale Stabilität im Quartier. Möglichkeiten einer wirksamen informellen Kontrolle schwinden und Konflikt moderierende Potenziale gehen verloren (vgl. Häußermann 2001: 80ff.). Diese Gefahr gewinnt insbesondere in den Fällen an Bedeutung, in denen Zugezogene nur geringe Bindungen an das Quartier entwickeln. Etwa ein Viertel bzw. ein Drittel der Zugezogenen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor ist unzufrieden mit der Wohn- und Lebenssituation, beabsichtigt, das Quartier in absehbarer Zukunft wieder zu verlassen, und zeigt daher auch keine Bereitschaft zum Engagement im Gebiet.



## 7. Wanderungen und öffentliche Dienstleistungen im Quartier

Im zweiten Teil der Haushaltsbefragung standen die Einschätzung der Zugänglichkeit der für die Befragten relevanten Dienstleistungen (Ämter) bzw. die Bestimmung des aus Sicht der Befragten erforderlichen Dienstleistungsangebots im Vordergrund. Der Fragebogen für die zugezogenen und weggezogenen Haushalte enthielten Fragen zum Bedarf an Beratung und Unterstützung in verschiedenen Lebensbereichen, zu den konkreten Erfahrungen und dem Grad der Zufriedenheit mit den Leistungen öffentlicher Einrichtungen, zur Nutzung nichtstaatlicher Angebote im Quartier sowie eine Reihe insbesondere offener Fragen zu den Schwerpunktbereichen Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, Jugendämter, Erwachsenenbildung und Gesundheitsförderung.

Zur Diskussion der Ergebnisse der Haushaltsbefragung und zur Entwicklung von Handlungskonzepten zur Verbesserung des Zugangs zum öffentlichen Dienstleistungsangebot wurden in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor Werkstattgespräche mit Expertinnen und Experten durchgeführt. Mit Hilfe eines Interviewleitfadens wurden anschließend noch vertiefende Gespräche mit den Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in den beiden Gebieten durchgeführt. Die folgende Darstellung folgt dieser Chronologie der Erhebung und präsentiert zunächst die Ergebnisse der Haushaltsbefragung, bevor anschließend ausgewählte Ergebnisse aus den Werkstattgesprächen und den Experteninterviews vorgestellt werden.

### 7.1 Ergebnisse der Haushaltsbefragung

Angesichts der sozioökonomischen Situation in den Untersuchungsgebieten ist es wenig überraschend, dass die Zugezogenen in beiden Gebieten auf die offene Frage „In welchen Lebensbereichen benötigen Sie Beratung oder Unterstützung?“ vor allem Hilfen bei Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche (18 Nennungen) genannt haben. Es folgen die Bereiche Bildung, berufliche Ausbildung und Qualifizierung, Kinder und Jugendliche (Erziehungs- und Familienberatung, Beratung bei Zukunftsfragen von Kindern) sowie Finanzen (Sozialhilfe, Grundsicherung, finanzielle Beratung und Unterstützung, Schuldnerberatung, Rentenberatung mit jeweils elf bzw. zehn Nennungen. Auf die Bereiche Wohnen (Unterstützung bei der Wohnungssuche und den Wohnungskosten) und Gesundheit (u. a. Mutterschaftsberatung) entfielen jeweils 6 Nennungen.

Sehr viel größer erscheint der Unterstützungsbedarf der Zugezogenen, wenn konkrete Bereiche abgefragt werden. Bei dieser Vorgehensweise verändern sich auch die Gewichte der verschiedenen Themenfelder, wobei vor allem der Bereich „Kinder“ an Bedeutung gewinnt. Mehr als ein Drittel der Befragten nennt die Bereiche Kinder (46,6%), Arbeit und Beschäftigung (43,1%), berufliche Qualifizierung (36,2%) und Finanzen (34,5%). Etwa jeder Vierte bejaht einen Unterstützungsbedarf in den Bereichen Wohnen (29,3%), Erwachsenenbildung (27,6%) und Gesundheit (27,6%) (vgl. *Tabelle 22*).

<b>Tabelle 22: Bedarf der Zugezogenen an Unterstützung nach Bereichen</b>			
Bereiche	Bedarf an Unterstützung haben ... (Anzahl der Befragten)		
	Bülow- straße	Kottbusser Tor	Gesamt
Wohnen (eigene Wohnung, Wohnumfeld, Wohnungssuche)	10	7	17
Arbeit, Beschäftigung	12	13	25
Kinder (Kita, Schule, Erziehung, Freizeit)	14	13	27
Erwachsenenbildung (Sprachkurse, kulturelle Angebote)	11	5	16
Berufliche Qualifizierung (berufliche Ausbildung / Fort- und Weiterbildung)	12	9	21
Gesundheit (Vorsorgemöglichkeiten, Beratung, Versorgung)	9	7	16
Finanzen (Schuldnerberatung, Einkommensteuerberatung)	10	10	20
Andere (Rechtsberatung)	2	0	2
ohne Angaben	0	3	3
Befragte insgesamt	32	26	58

Auf die hiermit verbundene Frage „Wenn ja, welche Form der Unterstützung benötigen Sie?“ wurden uns von den Zugezogenen folgende Stichworte genannt:

- *Wohnen* (Wohngeld / finanzielle Unterstützung; Hilfe bei der Wohnungssuche, Informationen über Wohngebiete bei Umzügen; Mieterschutz; Unterstützung beim Umgang mit der Hausverwaltung)
- *Arbeit, Beschäftigung* (Arbeitsberatung; Arbeitssuche; mehr Arbeitsplätze und Stellenangebote; mehr Informationen von der Agentur für Arbeit; Beratung Lehrstelle/Weiterbildung)
- *Kinder* (mehr Plätze in den Kitas; bessere Schulen für Kinder; Deutschkurse für ausländische Schüler; bessere Bildung, Kinder sollen von guten Lehrern gefördert werden; mehr, bessere, motivierte und engagierte Lehrer; keine zureichende Schulerziehung; mehr Disziplin in den Schulen; bessere Aufteilung der Nationalitäten; Erziehungsberatung; Erziehungsgeld; Kindergeld; finanzielle Unterstützung bei Bildung der Kinder)
- *Erwachsenenbildung* (mehr und bessere Sprachkurse; Fremdsprachen; mehr und günstigere Abendkurse; Abendschule (Hauptschulabschluss); Weiterqualifizierung; kulturelle Angebote);
- *Berufliche Qualifizierung* (mehr Angebote für Jugendliche; mehr Angebote / Ausbildungsplätze für Jugendliche; Ausbildungsberatung; Weiterbildung / Umschulung)
- *Gesundheit* (mehr Informationen und Angebote; Mutterschaftsberatung; Ernährungsberatung für Kinder; Suchtberatung)
- *Finanzen* (Schuldnerberatung; Beratung bei der Geldeinteilung; Versorgung der Kinder (Kindergeld reicht nicht aus); Einkommensteuerberatung; finanzielle Unterstützung)
- *Andere* (Rechtsberatung)

Hilfen des Staates wünschen sich die von uns Befragten insbesondere in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung (18 Nennungen), berufliche Ausbildung und Qualifizierung (8 Nennungen), Sozialhilfe / finanzielle Unterstützung (10 Nennungen) sowie Kinder und Jugendliche.

Von einem Teil der Zugezogenen werden auch nichtstaatliche Angebote im Quartier genutzt; zu diesen gehören insbesondere Angebote von Religionsgemeinschaften (32,3%), Freizeiteinrichtungen (31,0%) sowie kulturellen und sozialen Einrichtungen (31,3% bzw. 25,9%). Bemerkenswert ist nicht nur der überraschend hohe Anteil von Religionsgemeinschaften, sondern auch die relativ geringe Bedeutung von Selbsthilfe- und Migrantenorganisationen. Nur 6,9 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Angebote dieser Organisationen regelmäßig nutzen (vgl. *Tabelle 23*).

<b>Tabelle 23: Nutzung nichtstaatlicher Angebote im Quartier</b>			
<i>Welche nichtstaatlichen Angebote im Quartier nutzen Sie regelmäßig?</i>	Angebote werden genutzt von ... (Anzahl der Befragten)		
Angebote	Bülowstraße	Kottbusser Tor	Gesamt
Angebote sozialer Einrichtungen	7	8	15
Angebote kultureller Einrichtungen	9	9	18
Angebote im Bildungsbereich (z.B. Sprachkurse)	3	6	9
Angebote im Bereich Gesundheit	2	4	6
Angebote von Elterninitiativen (Kinder- und Schülerläden)	4	8	12
Angebote von Selbsthilfeorganisationen	1	3	4
Angebote von Migrantenorganisationen	1	3	4
Angebote von Religionsgemeinschaften	8	11	19
Angebote von Freizeiteinrichtungen	8	10	18
Angebote von Sportvereinen, Fitnessstudios	4	9	13
Befragte insgesamt	32	26	58

### *Erfahrungen der Zugezogenen mit Ämtern / öffentlichen Einrichtungen*

Wir haben die Zugezogenen gefragt, welche Ämter / öffentlichen Einrichtungen ihnen persönlich bekannt sind und welche Erfahrungen sie mit diesen Ämtern bzw. öffentlichen Einrichtungen gemacht haben.

An häufigsten genannt wurden im Gebiet Bülowstraße das Sozialamt (14 Nennungen), das Bürgeramt (12 Nennungen) und das Arbeitsamt (7 Nennungen), im Gebiet Kottbusser Tor das Arbeitsamt (9 Nennungen), das Sozialamt (7 Nennungen), die Meldestelle (6 Nennungen) und das Jugendamt (5 Nennungen). Es fällt auf, dass offenbar nur ein relativ geringer Teil der Zugezogenen (bereits) über Erfahrungen mit öffentlichen Einrichtungen verfügt und dass hierbei die Arbeits- und Sozialämter eindeutig dominieren. Bemerkenswert ist ferner, dass das Bürgeramt im Gebiet Bülowstraße am zweithäufigsten genannt wird, wäh-

rend es im Gebiet Kottbusser Tor nur von zwei Befragten angeführt wird. Auf der anderen Seite wird das Jugendamt zwar relativ häufig im Gebiet Kottbusser Tor genannt, aber nur einmal im Gebiet Bülowstraße. Gesundheits- und Wohnungsamt werden von den Befragten im Schöneberger Norden überhaupt nicht erwähnt.

Die Erfahrungen der Zugezogenen mit Ämtern bzw. öffentlichen Einrichtungen in den Gebieten sind naturgemäß sehr unterschiedlich. Sehr positiv bewertet werden vor allem das Bürgeramt in Schöneberg („sehr gut“, „sehr nett“, „freundlich“, „hilfsbereit“) und das Jugendamt in Kreuzberg („gute Erfahrungen“, „versuchen wirklich zu helfen“). Sehr disparat sind vor allem die Bewertungen der Arbeits- und Sozialämter. Extrem negativen Einschätzungen insbesondere der Sozialämter („sehr schlecht“, „unfreundlich“, „verständnislos“, „superschlecht und unfreundlich“, „sehr bürokratisch“, „langsame Bearbeitung des Antrags“) stehen eine Reihe positiver Bewertungen gegenüber („gute Erfahrungen, erhalte Sozialhilfe“).

Ein etwas differenzierteres, wenn auch ähnliches Bild ergibt sich, wenn die Zugezogenen nicht offen nach ihren Erfahrungen mit Ämtern bzw. öffentlichen Einrichtungen befragt, sondern gebeten werden, den Grad ihrer Zufriedenheit mit den Leistungen verschiedener Einrichtungen auf der Grundlage einer vorgegebenen Bewertungsskala (von „sehr zufrieden“ bis „sehr unzufrieden“) anzugeben. Auffallend ist zunächst, dass viele Befragte – aus welchen Gründen auch immer – keine Angaben zu den verschiedenen Einrichtungen machen konnten, so dass die Anzahl der vorliegenden Wertungen teilweise sehr gering ist. Am wenigsten bekannt zu sein scheint hierbei das Quartiersmanagement, das nur von acht von 58 Befragten in den Gebieten (13,8 Prozent) beurteilt wurde, während mehr als drei Viertel der Befragten eine Bewertung von Bürgeramt (77,6%) und Polizei (79,3%) vorgenommen haben. Angesichts der geringen Fallzahlen sollten die Ergebnisse daher nicht überbewertet werden, sondern als ein durchaus aufschlussreiches „Stimmungsbild“ in der Gruppe der Zugezogenen gewertet werden.

Bei der Bewertung öffentlicher Einrichtungen lässt sich als grobes Muster in den beiden Gebieten eine Zweiteilung der Institutionen erkennen: Während Kindertageseinrichtungen sowie Bürger-, Jugend- und Gesundheitsämter von den Zugezogenen überwiegend positiv wahrgenommen werden, fallen die Einschätzungen von Grundschulen, weiterführenden Schulen, Arbeits- und Sozialämtern sowie Ausländerbehörde und Polizei eher negativ aus.

<b>Tabelle 24: Zufriedenheit der Zugezogenen mit den Leistungen öffentlicher Einrichtungen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor</b>					
Einrichtungen	Sehr zufrieden	zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	keine Angabe
<b>Gebiet Bülowstraße</b>					
Kita	1	5	0	2	24
Grundschule	1	3	3	4	21
Weiterführende Schulen	0	2	2	2	26
Quartiersmanagement	2	3	1	0	26
Arbeitsamt	1	5	9	6	11
Bürgeramt	3	18	4	1	6
Jugendamt	1	5	1	1	24
Gesundheitsamt	5	10	3	1	13
Sozialamt	2	10	4	7	9
Ausländerbehörde	1	2	7	4	18
Polizei	3	11	0	11	7
<b>Gebiet Kottbusser Tor</b>					
Einrichtungen	Sehr zufrieden	Zufrieden	eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	keine Angabe
Kita	0	9	1	4	12
Grundschule	0	6	5	6	9
Weiterführende Schulen	0	3	5	5	13
Quartiersmanagement	0	1	1	0	24
Arbeitsamt	1	10	4	3	8
Bürgeramt	0	10	4	5	7
Jugendamt	2	5	1	2	16
Gesundheitsamt	1	12	2	1	10
Sozialamt	1	6	3	6	10
Ausländerbehörde	0	5	3	7	11
Polizei	2	7	6	6	5
N = 58 Haushalte (Bülowstraße: 32; Kottbusser Tor: 26)					

Überraschend ist allerdings, dass – abweichend von diesem Muster – das Arbeitsamt im Gebiet Kottbusser Tor deutlich positiver als im Gebiet Bülowstraße wahrgenommen wird, während das Bürgeramt in Kreuzberg sehr viel schlechter als in Schöneberg bewertet wird. Bemerkenswert ist auch die ausgeprägte Polarität der Bewertungen von Sozialamt und Polizei insbesondere im Gebiet Bülowstraße.

Von Bedeutung sind nicht zuletzt auch die ausgeprägten Differenzen zwischen der Einschätzung von Kitas und Schulen. Während Kindertageseinrichtungen in

beiden Gebieten überwiegend positiv beurteilt werden (zwei von drei Befragten, die hierzu Angaben gemacht haben, sind entweder zufrieden oder sehr zufrieden), verhalten sich die Ergebnisse bei den Schulen hierzu wie ein negatives Spiegelbild (zwei von drei Befragten zeigen sich eher oder sogar sehr unzufrieden).

<b>Tabelle 25: Zufriedenheit der Weggezogenen mit den Leistungen öffentlicher Einrichtungen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor</b>					
<b>Gebiet Bülowstraße</b>					
Einrichtungen	Sehr zufrieden	Zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	keine Angabe
Kita	2	1	1	0	17
Grundschule	1	1	2	0	17
Weiterführende Schulen	1	0	2	1	17
Quartiersmanagement	2	3	2	1	13
Arbeitsamt	2	2	3	1	13
Bürgeramt	2	6	2	0	11
Jugendamt	1	1	0	1	18
Gesundheitsamt	1	2	1	1	16
Sozialamt	0	2	1	3	15
Ausländerbehörde	1	0	1	1	18
Polizei	1	6	2	1	11
<b>Gebiet Kottbusser Tor</b>					
Einrichtungen	Sehr zufrieden	Zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	keine Angabe
Kita	2	3	3	1	4
Grundschule	2	2	1	3	5
Weiterführende Schulen	1	1	4	3	4
Quartiersmanagement	0	1	1	4	7
Arbeitsamt	0	2	4	3	4
Bürgeramt	1	7	4	0	1
Jugendamt	0	4	4	0	5
Gesundheitsamt	0	7	2	2	0
Sozialamt	1	1	4	3	4
Ausländerbehörde	0	2	3	2	6
Polizei	1	8	2	0	2
N = 34 Haushalte (Bülowstraße: 21; Kottbusser Tor: 13)					

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Weggezogenen, auch wenn hier die Fallzahlen noch geringer sind. Auffallend ist vor allem, dass die positive Bewertung der Kitas nicht mehr so deutlich ausgeprägt ist. Während die Grundschulen we-



niger negativ bewertet werden, fällt die Einschätzung der weiterführenden Schulen genau so negativ aus wie bei den Zugezogenen (vgl. *Tabelle 25*). Bemerkenswert ist ferner, dass die Polizei in beiden Gebieten von den Weggezogenen deutlich besser bewertet wird als von den Zugezogenen. Drei von vier Weggezogenen, aber nur die Hälfte der Zugezogenen sind mit der Polizei zufrieden oder sehr zufrieden. Während bei den Weggezogenen kaum Personen zu finden sind, die sich als sehr unzufrieden bezeichnen, fällt bei den Zugezogenen sogar jeder Dritte in diese Kategorie.

### *Vorschläge zur Verbesserung des Angebots, der Erreichbarkeit und der Qualität öffentlicher Leistungen*

Während sich die Vorschläge der Zugezogenen zur Verbesserung öffentlicher Leistungen fast ausschließlich auf die Situation in der Verwaltung beziehen, finden sich bei den Weggezogenen auch eine Reihe von Anmerkungen zur Entwicklung des Quartiers, die entweder fatalistisch und resigniert wirken („Die restlichen verbliebenen deutschsprachigen Bürger [im Gebiet Kottbusser Tor] ziehen ohnehin weg. Die ‚Alten‘ sterben, dann ist sowieso alles islamisch. Türken sind keine Hugenotten, die sich integrieren“) oder mehr oder weniger konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen („größeres Engagement der Anwohner durch gesteigertes Verantwortungsgefühl“; „gesteigerte Kaufkraft schafft Nährboden für differenziertere Infrastruktur“; „Sauberkeit, Leute aufklären, Ausländer in die deutsche Gesellschaft integrieren, Sicherheit, Ordnung“; „Zuwanderung sozial stärkerer Bevölkerungsgruppen attraktiver machen“). In dem Fall (eines Zugezogenen) wird eine vermeintliche Ungleichbehandlung von Deutschen und Nichtdeutschen beklagt: „Obwohl die Kriminalität bei Ausländern gesunken ist, werden die Strafen immer härter für Ausländer, aber bei Deutschen nicht.“

Die überwiegende Mehrheit der Vorschläge von Zugezogenen bezieht sich auf die Situation in der Verwaltung („Der Staat sollte den öffentlichen Einrichtungen mehr Unterstützung geben“). Hierzu gehören Forderungen nach mehr Personal, eine Dezentralisierung von Verwaltungseinheiten, ein Abbau von Bürokratie sowie eine größere Flexibilität von Behörden und Ämtern. Gewünscht werden vor allem freundlichere, geduldigere, motivierte und qualifizierte Mitarbeiter, flexiblere und längere Öffnungszeiten (z.B. Abendsprechstunden), eine Verkürzung der Wartezeiten, mehr Informationen über Rechte und Angebote, eine bessere Beratung sowie eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und Problemen. In einigen Stellungnahmen von Migranten wird beklagt, dass „viele Beamte Vorurteile gegenüber Ausländern haben“ und „nicht wirklich bei der Integration nichtdeutscher Staatsbürger helfen“. Gefordert werden in diesem Zusammenhang nicht nur mehrsprachige Mitarbeiter und mehr Dolmetscher, sondern auch „mehr Respekt gegenüber Ausländern“.

## *Jugendämter – Erwachsenenbildung – Gesundheitsförderung*

Von Erfahrungen mit dem Jugendamt wurde nur in sieben Haushalten (12,1 Prozent der Zugezogenen) berichtet. Die Kommentare sind durchweg positiv (z. B. „es wird viel Hilfe angeboten und geleistet“; „war gut; sie haben versucht, meinem Sohn zu helfen, aber das hat nichts genutzt. Das lag nicht am Jugendamt, sondern an meinem Sohn“). Gewünscht wurden von den Befragten eine „schnelle Bearbeitung und Bewilligung von Anträgen“, „mehr Betreuung und Begleitung“, „Familienhilfe“ und „Familienhelfer, die die Jugendlichen auch zu Haus betreuen“, „mehr Freizeit- und Sportangebote für Jugendliche“ sowie „Bildungsberatung“.

Auf die Frage nach ihren Erfahrungen mit Angeboten der Erwachsenenbildung haben die Befragten vor allem auf Sprachkurse sowie Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen verwiesen. Zu den Veränderungsvorschlägen gehören mehr Bildungsstätten mit motivierten Lehrern, kostenlose und flexiblere Angebote, mehr Angebote in verschiedenen Bereichen, mehr und bessere Sprachkurse, mehr Kurse am Abend, Weiterbildungsangebote und mehr Angebote für Frauen („Sprachkurse, kulturelle Angebote, Erziehungsberatung“). Gewünscht wurden in diesem Zusammenhang auch „mehr Ausbildungsplätze in verschiedenen Bereichen“ sowie eine Einrichtung, in der Migranten verschiedener Herkunft zusammen kommen und Interessen teilen können.

Im Hinblick auf die Frage nach Angeboten der Gesundheitsförderung, die sie kennen und nutzen, hat nur eine geringe Anzahl der Befragten über Erfahrungen berichtet. Am häufigsten genannt werden in diesem Zusammenhang Seminare der AOK. Gewünscht werden dementsprechend „mehr Informationen zur Gesundheit“, „mehr Beratung, Einweisung, Bekanntmachung“, lokale Angebote der Gesundheitsförderung („die Angebote der Gesundheitsförderung müssen in der Nähe sein“) und Suchtberatung. Einige Befragte wenden sich zudem gegen die Quartalszahlungen bei Ärzten, fordern eine niedrigere Selbstbeteiligung der Patienten und billigere Medikamente.

### *Kindertageseinrichtungen und Schulen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor*

In den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor lebten am 30. Juni 2004 insgesamt 4.930 Kinder und Jugendliche (Bülowstraße: 3.495; Kottbusser Tor: 1.435) (Stand: 30. Juni 2004). Das entspricht einem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil von 23,0 Prozent (Bülowstraße: 20,5%; Kottbusser Tor: 32,5%). Bei den Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis achtzehn Jahren reicht der Ausländeranteil von 49,8 Prozent (Bülowstraße) bis 62,1 Prozent (Kottbusser Tor). Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den beiden Gebieten dürfte angesichts hoher Einbürgerungszahlen in den neunziger Jahren und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts bei 70 bis 90 Prozent liegen. Diese Werte spiegeln sich auch in der Zusammensetzung der Schülerschaft in den Grund-

schulen der beiden Quartiere wider, wie die Anteile von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache an den Schülern aller Jahrgangsstufen in den Grundschulen der beiden Gebiete zeigen: Spreewald-Grundschule (78,5%), Neumark-Grundschule (90,0%), Jens-Nydahl-Grundschule (93,6%) (vgl. *Tabelle 26*).

**Tabelle 26: Die Grundschulen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor**

Schuljahr 2004/05, Stand: 27. August 2004

Name der Schule	Jahrgangsstufe	Schüler insg.	Schüler ndH	ndH in %
<b>Spreewald-Grundschule</b>	Jahrgangsstufe 01	74	52	70,3
Schöneberg	Jahrgangsstufe 02	65	44	67,7
	Jahrgangsstufe 03	64	55	85,9
	Jahrgangsstufe 04	59	50	84,7
	Jahrgangsstufe 05	46	39	84,8
	Jahrgangsstufe 06	60	49	81,7
	<b>Alle Jahrgangsstufen</b>	<b>368</b>	<b>289</b>	<b>78,5</b>
<b>Neumark-Grundschule</b>	Jahrgangsstufe 01	63	45	71,4
Schöneberg	Jahrgangsstufe 02	61	60	98,4
	Jahrgangsstufe 03	39	37	94,9
	Jahrgangsstufe 04	51	46	90,2
	Jahrgangsstufe 05	53	51	96,2
	Jahrgangsstufe 06	53	49	92,5
	<b>Alle Jahrgangsstufen</b>	<b>320</b>	<b>288</b>	<b>90,0</b>
<b>Jens-Nydahl-Grundschule</b>	Jahrgangsstufe 01	97	93	95,9
Kreuzberg	Jahrgangsstufe 02	102	101	99,0
	Jahrgangsstufe 03	85	84	98,8
	Jahrgangsstufe 04	84	67	79,8
	Jahrgangsstufe 05	69	68	98,6
	Jahrgangsstufe 06	94	84	89,4
	<b>Alle Jahrgangsstufen</b>	<b>531</b>	<b>497</b>	<b>93,6</b>

Quelle: SenBildJugSport

Kinder im Alter von unter sechs Jahren leben in 28 der 58 zugezogenen Haushalte (48,3%). Im Gebiet Bülowstraße liegt der Anteil von Familien mit noch nicht schulpflichtigen Kindern mit 53,1 Prozent etwas höher als im Gebiet Kottbusser Tor (42,3%). 39,3 Prozent der zugezogenen Familien in den beiden Gebieten haben zwei oder mehr Kinder (vgl. *Tabelle 27*).

In 16 dieser 28 Haushalte leben Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. Kinder von 13 Familien besuchen hierbei eine Kindertageseinrichtung. Angaben zu den Gründen des Nichtbesuchs liegen nur in zwei von drei Haushalten vor: Im ersten Fall wird hervorgehoben, dass „das Kind dauernd in der Kita weint und dort nicht bleiben will“; im zweiten Fall halten die arbeitslosen Eltern eines fünfjährigen Kindes den Besuch einer Kindertageseinrichtung für „unnötig“, da den Kindern dort „nichts beigebracht“ würde, wobei sie auf entsprechende Erfahrungen mit ihren beiden älteren Kindern verweisen. Im Fall eines Haushaltes

mit drei Kindern unter drei Jahren hebt die Mutter hervor, dass sie selber auf ihre Kinder achten möchte und den Kindergärten nicht unbedingt vertraut.

<b>Tabelle 27: Zugezogene Familien mit Kindern unter sechs Jahren</b>			
Anzahl der Kinder unter sechs Jahren	Bülowstraße	Kottbusser Tor	Gesamt
Keine	13	15	28
Ein Kind	10	7	17
Zwei Kinder	5	4	9
Drei und mehr Kinder	2	0	2
Ohne Angaben	2	0	2
Gesamt	32	26	58

Die überwiegende Mehrheit dieser Familien ist mit dem Angebot und der Qualität von Kindertageseinrichtungen im Quartier zufrieden. Kritische Anmerkungen zu den besuchten Kitas gibt es nur in zwei Fällen: In einem Fall wird bemängelt, dass es zu wenig Erzieher gebe und „dadurch die Betreuung nicht so gut“ sei; in einem zweiten Fall werden gleich mehrere Stichworte genannt: „nur ausländische Kinder; sehr heruntergekommen; Kinder werden nicht gefördert (kein Konzept)“. Die überwiegend positive Bewertung der Kindertageseinrichtungen hängt offenbar vor allem mit der intensiv erlebten Nähe zu den Erzieherinnen und Erziehern zusammen. Mehrfach wird die „gute Kommunikation“ zwischen Erziehern und Eltern hervorgehoben, der offenbar eine Schlüsselbedeutung für die Bildung von Vertrauen zukommt. Die Anmerkungen der Eltern zu den Kindertageseinrichtungen veranschaulichen diesen Zusammenhang:

### **Gründe für Zufriedenheit mit der Situation in den Kindertageseinrichtungen**

#### **Gebiet Bülowstraße**

- *weil ich die Leute da sehr gut kenne;*
- *gute Betreuung / Ausflüge;*
- *freundlicher Umgang; Kinder kriegen Aufmerksamkeit;*
- *multikulturell;*
- *weil ich die schon lange kenne;*
- *die Kinder sind sehr gut betreut.*

#### **Gebiet Kottbusser Tor**

- *private Einrichtung, gehen mehr auf die Bedürfnisse der Kinder ein; kontaktieren regelmäßig Eltern;*
- *die Kinder werden gefördert; sehr gute Erzieher; gute Kommunikation zwischen Eltern und Erzieher; Essen wird frisch zubereitet;*
- *die Erzieherinnen kenne ich gut, die benachrichtigen uns schnell, wenn es was gibt, und die kümmern sich richtig gut um die Kinder;*
- *keine Ausländerfeindlichkeit; Erzieher sind vorbildlich;*
- *Einrichtung für kranke Kinder; kümmern sich liebevoll um Kinder.*

Wünsche und Veränderungsvorschläge der Eltern in Bezug auf Kindertagesstätten beziehen sich vor allem auf die Einstellung von mehr Personal, um die Kinder stärker zu fördern („mehr Bildung schon im jungen Alter“; „Sprachförderung und Förderung für schwache Kinder“; „mehr Therapien“; „mehr Spiele“). Gefordert werden zudem „mehr Kitas und viele Spielplätze für die Kinder, da im Quartier (Kottbusser Tor) viele Familien mit zahlreichen Kindern leben“, und ein „kontrollierter Anteil von Nichtdeutschen“. In einem Fall werden Drogentests bei Erzieher/innen gefordert: „Da meine Freundin Erzieherin im Kindergarten ist und mir erzählt hat, dass die anderen Erzieher/innen Drogen nehmen, wünsche ich mir, dass in Kindergärten Drogentests vorgenommen werden, bevor die Arbeitsplätze vergeben werden.“

Kinder, die gegenwärtig eine Grundschule besuchen, leben in 19 der 58 Haushalte (32,8%) (vgl. *Tabelle 26*). Zu den genannten Grundschulen gehören in Kreuzberg die Jens-Nydahl-Grundschule, die Hunsrück-Grundschule und die Islamische Grundschule, in Schöneberg die Spreewald-Grundschule, die Schwielowsee-Grundschule, die Löcknitz-Grundschule sowie die Jean-Miro-Grundschule in Charlottenburg. Es zeigt sich, dass die Befragten mit der Situation in der Grundschule, die ihre Kinder besuchen, zufriedener sind als mit der Situation in den Grundschulen im Quartier insgesamt; dies verweist auch auf die prägende Wirkung negativer Bilder, die in der Öffentlichkeit über die Situation in den Grundschulen kursieren. Bemängelt wird an der Situation in den Grundschulen der ungepflegte Zustand von Schulen, die hohe Anzahl von Kindern in einer Klasse („über 30 Kinder in einer Klasse“), ein „zu hoher Ausländeranteil“, die mangelnde Disziplin bei Kindern und Lehrern und eine ungenügende Bildung der Kinder durch die Lehrer.

<b>Tabelle 28: Zugezogene Familien mit Kindern in der Grundschule</b>			
Leben Kinder im Haushalt, die gegenwärtig eine Grundschule besuchen?	Bülowstraße	Kottbusser Tor	Gesamt
Nein	21	17	38
Ja	10	9	19
Ohne Angaben	1	0	1
Gesamt	32	26	58

Die Zufriedenheit mit der Situation in den Grundschulen wird vor allem mit der Motivation und der Ansprechbarkeit der Lehrer, den Leistungen und der Zufriedenheit der Kinder sowie mit der Qualität des Essens begründet:

## **Gründe für Zufriedenheit mit der Situation in den Grundschulen**

### **Gebiet Bülowstraße**

- *die Qualität der Grundschule ist gut und entspricht meinen Vorstellungen über eine Grundschule;*
- *die Kinder sind sehr zufrieden in der Schule und sie haben sich noch nie beschwert. Die Lehrerin ist sehr nett, und das Essen ist gut;*
- *Deutsch-spanische Schule (in Charlottenburg), es gibt verschiedene Nationalitäten, es ist nicht so wie hier, wo ein großer Teil der Schüler (bis zu 90%) Türken oder Araber sind; das ist falsch, die Kinder haben keine Chance, richtig Deutsch zu lernen;*
- *die Kinder sind gut in der Schule;*
- *die Kinder sind zufrieden in der Schule und sie haben keine Schwierigkeiten;*
- *unser Sohn ist dort zufrieden.*

### **Gebiet Kottbusser Tor**

- *kulturelle Angebote sind gut; Lehrer sind motiviert; Religionsunterricht vorhanden [Islamische Grundschule];*
- *soweit zufrieden, Lehrer zeigen Motivation;*
- *gute Erfahrungen;*
- *Lehrer sind sehr nett; Schulen sind in der Nähe;*
- *Die Qualität des Essens in der Schule ist gut;*
- *Zufrieden stellend, aber nicht besonders.*

Wünsche und Veränderungsvorschläge der Eltern in Bezug auf Grundschulen beziehen sich vor allem auf Kinder („Kinder sollten diszipliniert sein, diszipliniertes Essen und Trinken, Respekt vor Lehrern“), Lehrer („Lehrer mit mehr Motivation“; „gute, disziplinierte Lehrer, die jederzeit ansprechbar sind“) und die Situation in der Schule („kleinere Klassen: max. 18 Schüler wären gut“; „Kontrolle des Ausländeranteils“; „Bildungsniveau sollte steigen, Kinder werden nicht motiviert“; „mehr Angebote für Kinder“; „bessere Aufklärung über den Islam, da viele Ausländer hier leben“).

### *Wanderungsentscheidungen und öffentliche Dienstleistungen im Quartier*

Mehr als die Hälfte der Befragten bewertet die gute Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen als Ressource des Quartiers (Bülowstraße: 50,9%; Kottbusser Tor: 66,7%), auch wenn ausgeprägte Differenzen zwischen Zugezogenen (67,2%) und Weggezogenen (41,2%) nicht zu übersehen sind. Kindertageseinrichtungen und Schulen gehören nur für eine relativ geringe Zahl der befragten Haushalte zu den Vorteilen der Gebiete (Bülowstraße: 17,0%; Kottbusser Tor: 23,1%), wobei die Anteile bei den Weggezogenen (14,7%) deutlich geringer sind als bei den Zugezogenen (22,4%). Mehr als ein Drittel der Befragten im Gebiet Bülowstraße (34,0%) und mehr als die Hälfte der Befragten im Gebiet Kottbusser Tor (56,4%) sieht demgegenüber in der mangelnden Qualität der Schulen ein zentrales Problem des Quartiers.

(Sehr) großen Einfluss auf die Umzugsentscheidung der Weggezogenen haben Angebot und Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen im Quartier bzw. im Einzugsbereich des Gebiets aber nur für 20,6 Prozent der Befragten gehabt (Bülowstraße: 14,3%; Kottbusser Tor: 30,8%) (vgl. *Tabelle 27*). Der niedrigere Wert in Schöneberg kann vor allem mit dem geringen Anteil von Haushalten mit Kindern unter den Weggezogenen in unserer Befragung erklärt werden kann. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit den übrigen Ergebnissen unserer Befragung, die zeigen, dass biografische und familiäre Veränderungen, wohnungs- und nachbarschaftsbezogene Gründe sowie eine allgemeine negative Einschätzung der Lebensbedingungen im Quartier die Umzugsentscheidung von Haushalten im Allgemeinen mehr beeinflussen als Angebote und Leistungen staatlicher Einrichtungen.

Für Familien mit Kindern unter 18 Jahren hat diese Frage allerdings eine wesentlich größere Bedeutung. Vier von zehn weggezogenen Familien geben an, dass Angebot und Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen im Quartier bzw. im Einzugsbereich des Gebiets einen sehr großen oder großen Einfluss auf ihre Umzugsentscheidung hatten. Hierbei zeigen die Ergebnisse unserer Befragung, dass die Kindertageseinrichtungen in beiden Gebieten sehr viel positiver als die Grundschulen oder weiterführenden Schulen bewertet werden. Während sich hierbei die Bewertung der Kindertageseinrichtungen häufig auf eigene Erfahrungen und den intensiven Kontakt zu den Erziehern stützt, scheint die eher negative Einschätzung der Schulen vor allem einer allgemeinen Problemwahrnehmung geschuldet zu sein, die nicht zuletzt auch die öffentliche Thematisierung einer als problematisch empfundenen Schulsituation und Zusammensetzung der Schülerschaft widerspiegelt.<sup>12</sup>

Angebote und Leistungen anderer öffentlicher Einrichtungen im Quartier bzw. im Einzugsbereich des Gebiets (wie z.B. Jugendamt, Gesundheitsförderung etc.) haben unseren Befragungsergebnissen zufolge keinen Einfluss auf die Umzugsentscheidung von Haushalten. Von den Weggezogenen hat die überwiegende Mehrheit der Befragten eine entsprechende Frage verneint (85,3% der Befragten haben mit „nein“ geantwortet; 14,7% der Befragten haben keine Angaben gemacht); kein einziger der Befragten hat angegeben, dass die Angebote und Leistungen dieser öffentlichen Einrichtungen seine Umzugsentscheidung beeinflusst haben (vgl. *Tabelle 29*).

---

12 Es erscheint sinnvoll, die Wanderungsentscheidungen von Familien mit schulpflichtigen Kindern zum Gegenstand vertiefender Befragungen zu machen, da es sich um eine Bevölkerungsgruppe handelt, die für den sozialen Zusammenhalt von Quartieren von besonderer Bedeutung ist.

<b>Tabelle 29: Öffentliche Dienstleistungen und Wanderungsprozesse</b>			
Welchen Einfluss hatten Angebot und Qualität von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen im Quartier / im Einzugsbereich des Gebiets auf Ihre Umzugsentscheidung?	Bülowstraße	Kottbusser Tor	Gesamt
Sehr großen Einfluss	0	1	1
Großen Einfluss	3	3	6
Geringen Einfluss	0	3	3
Keinen Einfluss	9	4	13
Keine Angaben	9	2	11
<b>Gesamt</b>	<b>21</b>	<b>13</b>	<b>34</b>
Haben Erfahrungen mit Angebot und Leistungen anderer öffentlicher Einrichtungen im Quartier / im Einzugsbereich des Gebiets Ihre Umzugsentscheidung beeinflusst?	Bülowstraße	Kottbusser Tor	Gesamt
Ja	0	0	0
Nein	16	13	29
Keine Angaben	5	0	5
<b>Gesamt</b>	<b>21</b>	<b>13</b>	<b>34</b>

## 7.2 Ergebnisse der Werkstattgespräche

Die Entwicklung von Handlungskonzepten zur Verbesserung des Zugangs zum Dienstleistungsangebot sollte in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort erfolgen. In diesem Rahmen wurden vier Informationsveranstaltungen und Werkstattgespräche durchgeführt, in denen Bürger und Experten ihre Erfahrungen einbrachten und Vorschläge für Maßnahmen entwickelten. Die Bewohner wurden im Rahmen des Quartiersforums im Gebiet Kottbusser Tor (22. April 2005) und des Präventionsratsplenums im Gebiet Bülowstraße (27. April 2005) über erste Untersuchungsergebnisse informiert. In beiden Untersuchungsgebieten wurde zudem ein Werkstattgespräch durchgeführt, das sich an Experten aus den Bereichen Kita, Grundschule, Jugendamt, Jugendarbeit und berufsbezogene Qualifizierung wendete (Bülowstraße: 2. Mai 2005; Kottbusser Tor: 12. Mai 2005).

In beiden Werkstattgesprächen ergab sich übereinstimmend, dass sich die Ergebnisse der Untersuchung weitgehend mit den Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag der eingeladenen Experten decken. Viele Angebote, insbesondere öffentliche Dienstleistungen, sind nicht bekannt. Das zeigt nicht nur die geringe Zahl der Antworten in der Befragung bei der Bewertung einzelner Dienstleistungen, sondern dies bestätigt sich auch im Arbeitsalltag der Experten. In vielen Bereichen ist es nicht gelungen, die getroffenen Maßnahmen öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen. Eine mögliche Konsequenz wäre, dass Schule und weitere öffentliche Dienstleistungen sich stärker als bisher an die Bedürfnisse der Bewohner anpassen sollten. Diese Konsequenz war allerdings im Teilnehmerkreis umstritten.



In beiden Werkstattgesprächen wurde von den Expertinnen und Experten hervorgehoben, dass das zentrale Problem in den Quartieren nicht der (hohe) Anteil der Nichtdeutschen, sondern die hiermit verbundene soziale Schichtung der Bevölkerung ist. Der Prozess der sozialen und ethnischen Segregation ist im Gebiet Kottbusser Tor demzufolge sehr viel weiter fortgeschritten als im Gebiet Bülowstraße. In das Gebiet ziehen immer weniger Deutsche, sondern fast nur noch Personen nichtdeutscher Herkunft („die Deutschen, die dort wohnen, stören nicht“). Während viele Angehörige der türkischen Mittelschicht das Gebiet verlassen, ziehen Empfänger staatlicher Transferleistungen nach. Nach Angaben der Leiterin der *Jens-Nydahl-Grundschule* in Kreuzberg leben 80 Prozent der Familien, deren Kinder die Schule besuchen, von Sozialleistungen; Kinder deutscher Herkunftssprache gibt es auf der Schule kaum noch. Im Schöneberger Norden suchen offenbar viele „bildungsnahe Eltern“ deutscher und nichtdeutscher Herkunft nach Schulen für ihre Kinder, die nicht über so hohe Migrantenanteile verfügen wie die Schulen im Quartier. Das Anliegen müsse daher sein, die bildungsoffenen deutschen und nichtdeutschen Familien zu halten.

Zu den paradoxen Wirkungen selektiver Wanderungsprozesse gehört nach Ansicht einiger Experten (insbesondere aus Kreuzberg), dass auf der einen Seite die Zuziehenden zwar die Vorteile der ethnischen Konzentration wie gute Nachbarschaft, Nähe zu Freunden und Verwandten (Großfamilien), religiöse Angebote im Gebiet schätzen, andererseits aber die im Wohnumfeld liegenden Schulen häufig ablehnen, wenn sie erfahren, wie hoch der „Ausländeranteil“ ist.

In diesem Zusammenhang wurde von der Leiterin der *Jens-Nydahl-Grundschule* in Kreuzberg (selbst)kritisch angemerkt, „dass ‚wir‘ (die Schulen, Behörden, etc.) an der Ausprägung dieses Images durch Verallgemeinerung des prozentualen Anteils von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache ohne Berücksichtigung sozialer Komponenten und fast ausschließliche Fokussierung auf die vorhandenen Probleme mitgewirkt haben“: Jahrelang wurde diskutiert, dass eine Schule „bei einem zu hohen Ausländeranteil / bei der ‚falschen‘ ethnischen Zusammensetzung keine gute Arbeit leisten und die Kinder nicht ausreichend auf den weiteren Bildungsgang vorbereiten könne“. Dieses auf die ethnische Zusammensetzung reduzierte Bild hat inzwischen auch die Angehörigen der türkischen community erreicht, von denen viele auf andere Bezirke ausweichen, denn Eltern aus der Mittelschicht wollen ihr Kind nicht auf eine „Ausländerschule“ mit vermeidlich geringeren Bildungschancen schicken.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, wie die Konzentration ethnischer Minderheiten in den Gebieten als Ressource genutzt werden kann. Dies trifft insbesondere auf den Vorschlag zu, deutsche Erzieher und Lehrer durch Personen zu ersetzen, die aus den jeweiligen ethnischen Gruppen stammen, um mit geeigneten Rollenvorbildern den Sozialisationsprozess von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Alternativ zur stärkeren Beschäftigung von Mitarbeitern nichtdeutscher Herkunft wurde die Einstellung von mehr Erziehern und Lehrern gefordert, um die Gruppen- und Klassenfrequenzen in Kitas und Schulen deutlich

senken zu können. Hervorgehoben wurde auch, dass es in der Schule nicht nur ein Sprachproblem gibt, sondern dass „das grundlegend andere Verständnis von Schule, Lernen, Kommunikation, Respekt, Geschlechterverhältnis“ in verschiedenen Kulturkreisen ein Problem darstellt („Da liegen Welten dazwischen!“).

Häufig wird eine ethnische Homogenität in den Gebieten suggeriert, die so jedoch nicht vorhanden ist. Die übergreifende Gemeinsamkeit der unterschiedlichen ethnischen Gruppen besteht vielmehr in der Ferne zur deutschen Sprache und zur deutschen Kultur. Konzepte, die hier ansetzen, sollten die Unterschiede sehen, aber auch die verbindenden Elemente. So geht beispielsweise das in einigen Kitas umgesetzte Anti-Bias-Konzept von Vielfalt aus – die es positiv zu werten gilt – und arbeitet an den Gemeinsamkeiten. Ein weiterer interessanter Ansatz ist die Verknüpfung von Diversity (im Sinne von Verschiedenheit, die akzeptiert und geschätzt werden sollte) mit dem Thema Grund- und Menschenrechte, die es zu achten gilt und die den Rahmen vorgeben, innerhalb dessen Vielfalt gelebt werden kann.

### *Handlungsempfehlungen in den Werkstattgesprächen*

#### ❖ *Empfehlungen für die Kita:*

Frühzeitig ansetzen, denn frühzeitige Förderung ist im Vergleich zu später einsetzenden Programmen deutlich erfolgreicher.

- Kitapflicht ab 3 Jahren;
- Verstärkte Sprachförderung in der Kita;
- Umsetzung von Konzepten wie Anti-Bias in der Kita.

Der Zugang zu Eltern ist in der Kita leichter als in der Schule. Die Erzieherinnen haben häufiger Kontakt zu den Eltern und können sie leichter ansprechen. Diese Nähe fördert Vertrauen in die Institution und ermöglicht eine zeitnahe Bearbeitung von Problemen.

#### ❖ *Empfehlungen für die Grundschule:*

- Mehr Ressourcen für Schulen, wenn diese in größerem Rahmen als bisher aktiv und ansprechbar sein sollen;
- Sozialarbeiter an die Schule;
- Soziale Gruppenarbeit an die Schule, auch mit Pädagoginnen und Pädagogen unterschiedlicher ethnischer Herkunft;
- Senkung der Klassenfrequenzen; damit wurden gute Erfahrungen gemacht, auch im Hinblick auf Sprachförderung;
- Bessere Zusammenarbeit mit dem Jugendamt;
- Verstärkte Einbeziehung von Eltern mit Migrationshintergrund;
- Einsatz von Sprach- und Kulturmittler/innen; diese werden bereits im Kiez eingesetzt und sollten auch von den Schulen genutzt werden.

Elternarbeit ist ein zentraler Ansatz, um die Bildungschancen von Kindern nichtdeutscher Familiensprache zu erhöhen. Die *Jens-Nydahl-Grundschule* beteiligt sich zum Beispiel mit einem Projekt an dem BLK-Programm zur „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“. Schwerpunkt ist die Erarbeitung von Erziehungsverträgen, die bereits vor dem Eintritt der Kinder in die Schule abgeschlossen werden und verbindliche konkrete (auf die Elternschaft zugeschnittene) Regelungen über Aufgabe der Schule und der Eltern enthalten. Gleichzeitig finden Fortbildungsmaßnahmen für Eltern statt, um diese gut in das Schulleben zu integrieren (z.B. Veranstaltungen über Elternrechte, Müttertreffs zur Fortbildung interessierter Mütter und zur Vermittlung von Informationen, die weit über den Rahmen der Schule hinausgehen, Volkshochschulkurse zum Erlernen der deutschen Sprache für Mütter der Schule).

### 7.3 Ergebnisse der Experteninterviews

Im Juni 2005 wurden – nach Auswertung der Haushaltsbefragung und der Werkstattgespräche – zusätzlich noch Interviews mit den Leiterinnen der *Kita Bülowstraße*, der *Kita Dresdner Straße* und der *Jens-Nydahl-Grundschule* in Kreuzberg geführt. Ein Interview mit dem Leiter der *Spreewald-Grundschule* kam leider auf Grund terminlicher Schwierigkeiten nicht zustande. Ziel der Interviews war eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Situation in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen.

#### *Allgemeine Beschreibung der Situation in Kita und Grundschule*

Die befragten Experten zeigten sich im Grunde genommen – trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit – als recht zufrieden mit der Situation in ihren Einrichtungen („Ich arbeite hier sehr gerne. Es ist schon ein anderes Bildungsniveau, aber das ist eben so“). Schwierigkeiten werden vor allem mit dem Umfeld der Einrichtungen und der sozialen Herkunft der Kinder in Verbindung gebracht:

- Das Milieu in den Straßenzügen rund um die Bülowstraße wird als schmutzig und bedrohlich empfunden („Bandenkriege“, Bedrohung, Gewalt, insbesondere durch Konflikte zwischen arabischen und türkischen Bewohnern). Die Kneipen des Kiezes werden überwiegend von Männern besucht. Es gibt ein Bordell in der Nähe. Müll und Dreck auf der Straße führen dazu, dass das Umfeld als sehr unattraktiv wahrgenommen wird.
- Die Kinder haben große Probleme mit der Zweitsprache Deutsch, da ihre Eltern kaum Sprachkenntnisse vermitteln. Viele Kinder verlassen das Quartier nur selten und verbringen viel Zeit vor dem Fernseher (wenig Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten). In der türkischen Kultur fängt die Erziehung der Kinder häufig erst mit dem Schuleintritt an, so dass die Kita vieles von dem übernimmt, was in den Familien nicht geleistet wird.
- Der Anteil der Kinder von Sozialhilfeempfängern ist sehr hoch. Die Kinder haben häufig nur geringe Zukunftsaussichten. Viele Kinder kommen auf

Sonderschulen. Die Eltern haben zudem meist nicht genug Geld, um Ausflüge zu bezahlen, so dass die Kita hierfür Zuschüsse beim Bezirksamt beantragt.

- In der Grundschule werden die Umgangsformen als „eher schwierig“ beschrieben, sodass in diesem Bereich viel Sozialarbeit geleistet werden muss. Die hierfür anfallenden Arbeitsstunden werden zu einem großen Teil von Lehrern zusätzlich zu ihrem Unterricht geleistet (hohes Engagement und viel ehrenamtliche Arbeit).

Eine besondere Situation besteht in der Kita Dresdner Straße. Es gibt eine Warteliste, so dass die Kita-Leitung Einfluss auf die soziale und ethnische Zusammensetzung der Kinder nehmen kann.

### *Konzepte in Kitas und Grundschulen – Ziele und Erfahrungen*

In den Kitas Bülowstraße und Dresdner Straße wird seit dem Jahr 2004 das INA-Konzept<sup>13</sup> umgesetzt. Grundlage der Arbeit sind der Situationsansatz<sup>14</sup> und das Berliner Bildungsprogramm (das seit letztem Jahr verbindlich ist für alle Kinderbetreuungseinrichtungen und von INA entwickelt wurde; umfassendes Arbeitsbuch für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen).<sup>15</sup>

Zentrale Elemente der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen:

#### *Sprachförderung (Kita Bülowstraße):*

- „Das A und O ist die Sprachförderung, d.h. die Förderung deutscher Sprachkenntnisse und die Förderung der Muttersprache (türkisch) durch eine türkische Erzieherin; letzteres allerdings nur in der Krippe“.
- „Die Zweisprachigkeit in der Krippe funktioniert sehr gut. Die Eltern sind froh, dass sie die Aufgabe des Spracherwerbs (deutsch) an die Kita abgeben können“.

---

13 Die Internationale Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH (INA) an der Freien Universität Berlin ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die Praxis- und Forschungsprojekte sowie Fort- und Weiterbildungen durchführt (<http://www.ina-fu.org>).

14 „Der Situationsansatz verfolgt das Ziel, Kinder unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft darin zu unterstützen, ihre Lebenswelt zu verstehen und selbstbestimmt, kompetent und verantwortungsvoll zu gestalten“ (<http://www.ina-fu-org/ista/content/situationsansatz.html>).

15 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.), Das Berliner Bildungsprogramm für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen bis zu ihrem Schuleintritt. Berlin 2004: verlag das netz.

*Sprachförderung / Integration / Multikulturelle Arbeit*  
(Kita Dresdner Straße):

- „Dieser Bereich ist der rote Faden, der sich durch die Arbeit aller Gruppen in der Kita zieht. In jeder Gruppe gibt es eine türkischsprachige Erzieherin, was vor allem bei der Eingewöhnung türkischsprachiger Kinder wichtig ist. Anderen Sprachen wird Raum z. B. durch den „Morgenkreis“-Raum gegeben („Guten Morgen“ wird in allen Sprachen der Kinder gesagt). Zudem werden Feste verschiedener Kulturen gefeiert, je nachdem welche Nationalitäten in einer Gruppe vorhanden sind.
- Insgesamt funktioniert der Ansatz der multikulturellen Arbeit sehr gut. Die Kinder können oft in fünf verschiedenen Sprachen bis 25 zählen, wenn sie zur Schule gehen. Eine Grenze von multikultureller Arbeit in der Kita Dresdner Straße besteht bei der Vermittlung religiöser Normen und Werte, da die Kinder in der Kita alle Möglichkeiten haben sollen, die in der deutschen Gesellschaft üblich sind, ohne Einschränkungen. Hiervon abweichende Wünsche muslimischer Eltern werden von der Kita abgelehnt. Probleme kann es zum Beispiel auch geben, wenn eine türkische Praktikantin aufgrund ihrer Religion nicht mit den Kindern ins Schwimmbad gehen kann. Dann wird sie von der Kita nicht beschäftigt, weil es keine Einschränkungen für die Kinder geben soll. Am Anfang wurden zudem die türkischen Erzieherinnen nicht gut angenommen. Die Eltern wollten nicht, dass in der Kita Türkisch gesprochen wird. Heute wird die Zweisprachigkeit eher angenommen. Manchmal ist es wichtig, diesbezüglich Beratungsgespräche zu führen. Meistens sind die Eltern zwar kritisch, aber zur Auseinandersetzung bereit.

*Die Welt kennen lernen, Kunst und Kultur* (Kita Bülowstraße):

- Es werden Ausflüge organisiert, damit die Kinder die Möglichkeit haben, aus ihrem Viertel herauszukommen und andere Dinge kennen zu lernen. Zudem werden in der Kita Angebote gemacht, wie z.B. Theater spielen, damit die Kinder spielerisch an den Bereich „Kultur“ herangeführt werden können.
- Das Theater-Spielen wird von den Kindern sehr gut angenommen. Viele Kinder blühen dabei auf und entwickeln mehr Selbstbewusstsein. Probleme gibt es mit den Kosten für die Ausflüge, da die Eltern kaum Geld haben.

*Gesunde Ernährung und Bewegung*

- Die Kinder, die in die *Kita Bülowstraße* kommen, essen oft viele Süßigkeiten, Weißbrot etc. und haben gleichzeitig wenig Bewegung. Die Kita versucht, hier einen „Ausgleich“ zu schaffen. Frühstück und Mittagessen bekommen die Kinder in der Kita. Es werden viele Bewegungsspiele und Sport angeboten (im Sportbereich hat die Kita auf eine gute Ausstattung geachtet). Auch bei den Mahlzeiten in der *Kita Dresdner Straße* wird auf gesunde Ernährung geachtet. Es gibt ein gemeinsames Frühstück, das auch die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Kinder fördert (sie können sich Essen selbst zusammenstellen). Damit wird den Eltern der Druck genommen, sich

um das Essen kümmern zu müssen, und bei den Kindern entsteht kein Neid über ungleiche Frühstücks-Tüten.

- Die Umsetzung dieser Konzepte funktioniert sehr gut. Das vollwertige Essen nehmen die Kinder gut an, „man muss es ihnen nur richtig verkaufen“.

#### *Kontinuität (Kita Dresdner Straße)*

- Die Gruppe bleibt in ihrer Zusammensetzung mit ihren Erzieherinnen während der gesamten Kita-Zeit gleich.
- Mit dem Konzept der Kontinuität wurden gute Erfahrungen gemacht. Auch Kinder aus schwachen Familien kommen in der Kita gut zurecht, weil sie eine gute, kontinuierliche Begleitung haben.

#### *Elternarbeit (Kita Bülowstraße)*

- Es wird regelmäßig eine Familienberaterin eingeladen, die die Eltern berät. Bei diesen Elterntreffen werden verschiedene Themen besprochen (z.B. gesunde Ernährung, Konsequenz in der Erziehung, was brauchen Kinder? – Kinderzimmer, Materialien wie Stifte, Knete etc.).
- Die Beratung wurde sehr schleppend angenommen. Eltern müssen direkt angesprochen werden, weil sie oft nicht lesen können, das ist aufwendiger als einfach nur einen Aushang zu machen.

#### *Zentrale Elemente in der Arbeit der Jens-Nydahl-Grundschule*

##### *Sprachförderung*

- DAF-Programm (Deutsch als Fremdsprache)
- Zweisprachigkeit: Jeweils eine Klasse pro Jahrgang wird zweisprachig *unterrichtet (türkisch-deutsch)*

##### *Computer als Lernmedium*

- Computer werden als wichtiges Lernmedium in die Unterrichtskonzepte eingebaut. Es wurde ein Extra-Raum für Computer eingerichtet. In fast allen Klassenräumen gibt es zudem einen Computer.

##### *Förderprojekte / Hausaufgabenhilfe / Arbeitsgemeinschaften*

- Förderprojekte mit Kindern, die leistungsstärker sind (z.B. Sprachförderung für Schüler, die auf das Gymnasium gehen wollen).
- Hausaufgabenhilfe: Die Kinder aller Klassenstufen können an der Schule bis 15 Uhr ihre Hausaufgaben machen und werden dabei betreut. Die Schule organisiert die Betreuung über Honorarkräfte und MAE-Kräfte.
- Arbeitsgemeinschaften: Die Schule bietet nachmittags zahlreiche Arbeitsgemeinschaften an: Fußball, Schülerzeitung, Schulbücherei, Spiele-Werkstatt, Leichtathletik, Naturwissenschaft, Theater, Fahrradwerkstatt.

### *Gewaltprävention*

- Konfliktlotsen: Kinder werden von Lehrern in Mediation ausgebildet und arbeiten dann selbständig als Konfliktlotsen
- Schulstation zu Konfliktbewältigung: Die Schulstation ist immer von Lehrern oder Erziehern besetzt. Hier können Probleme und Konflikte aufgegriffen werden, die im Unterricht zu kurz kommen.
- Klassensprecherrat (3.-6. Klasse)
- Kontinuierliches Arbeiten an Umgangsformen im Unterricht
- In Entwicklung: Konzept der Konfrontativen Pädagogik („Täter“ werden mit den Folgen ihres Handelns konfrontiert)

### *Kooperation mit dem Jugendamt*

- Durchführung von sozialer Gruppenarbeit in Zusammenhang mit Sprachförderung: Es werden freizeitpädagogisch orientierte Angebote gemacht, die der Sprachförderung dienen (z.B. Ausflüge in Museen, Tierpark, Schaufensterbummel, Themenbearbeitung wie Berufsgruppen, Kunstwerke besprechen etc.)
- Gemeinsame Familienarbeit
- Soziale Gruppenarbeit für arabisch-sprachige Kinder: Hierbei werden unterschiedliche Kulturen verglichen, Themen besprochen etc., um Toleranz zu fördern
- Kinderbüro: Das Kinderbüro ist schulbezogene Jugendsozialarbeit, das täglich Angebote an die Schüler macht (soziale Gruppenarbeit, Jungen- Mädchen-Arbeit, Projekte mit einzelnen Klassen, soziales Lernen etc.)

### *Kooperationen mit anderen Trägern im Kiez*

- In Kooperation mit der Bibliothek am Kottbusser Tor werden regelmäßig klassenweise Besuche gemacht oder Veranstaltungen besucht (Sprachförderung, Lesungen etc.).
- Projekt der Bund-Länder-Kommision (BLK) mit Migranten, das auf Einbezug von Eltern, Vereinen und anderen freien Trägern zielt.

### *Schulentwicklung*

- Es wurde eine Steuergruppe eingeführt, die sich mit dem Schulprogramm beschäftigt. Hierzu wurde ein Fragebogen konzipiert, der von Schülern, Lehrern und Eltern ausgefüllt werden soll. Die Auswertung dient als Basis für neue Ideen, Konzeptionen etc.
- Das Konzept für die Entwicklung zur Ganztagschule kann sich langsam entwickeln, da nicht die gesamte Schule auf einmal umgestellt wurde, sondern die Umstellung stufenweise erfolgt. Erzieher und Lehrer arbeiten zusammen.

## *Einschätzungen zur sozialen / ethnischen Zusammensetzung der Kinder bzw. ihrer Familien in Kita und Grundschule*

In der Kita Bülowstraße sind nach Aussage der Kita-Leiterin fast alle Eltern Sozialhilfeempfänger. Der überwiegende Teil besteht aus Migranten. Die wenigen deutschen Eltern haben häufig einen sehr niedrigen Bildungsgrad („auch Kinder deutscher Eltern brauchen häufig Sprachförderung“).

In der Kita Dresdner Straße wird die sehr heterogene Zusammensetzung der Kinder positiv bewertet. Es gibt alle sozialen Schichten und unterschiedliche Nationalitäten. Von den Kindern sind etwa 60% deutscher, 20% türkischer und 20% anderer Herkunft. Es gibt außerdem eine große Palette an Berufsgruppen und Bildungshintergründen. Es besteht eine Warteliste, so dass die Kita-Leitung Einfluss auf die Zusammensetzung der Kinder hat.

Die *Jens-Nydahl-Grundschule* in Kreuzberg wird überwiegend von nichtdeutschen Kindern besucht. Der Anteil der Kinder, deren Eltern Sozialhilfe empfangen, ist extrem hoch.

### *Veränderung der sozialen und / oder ethnischen Zusammensetzung durch Weg- oder Zuzüge?*

In der Kita Bülowstraße hat sich das Bildungsniveau der Eltern in den vergangenen Jahren extrem verändert. Vorher gab es mehr Eltern mit höherer Bildung. Der Anteil deutscher Eltern war deutlich höher.

In der Kita Dresdner Straße hat sich die Zusammensetzung der Kinder sehr verändert. Bei der Eröffnung der Kita gab es vor allem deutsche und türkische Kinder, heute gibt es eine größere Bandbreite an Kulturen („Kreuzberg wird als Wohnort von verschiedenen Kulturen sehr nachgefragt, gerade binationale Paare ziehen gerne in den Kiez“). Da die Kita von Anfang an Wert auf eine Quotierung gelegt hat, spiegelt die Zusammensetzung der Kinder nicht unbedingt die Zusammensetzung der Bevölkerung im Kiez wider.

In der *Jens-Nydahl-Grundschule* hat sich die Zusammensetzung der Schüler in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stark verändert, insbesondere der Anteil deutscher Kinder (zumeist aus der Mittelschicht) sank und stagniert seit fünf Jahren bei ca. fünf Prozent. Das mittelfristige Ziel einer Veränderung in der Zusammensetzung der Schüler ist daher weniger von Nationalitäten als von Schichten abhängig: „Deutsche Schülerinnen und Schüler der Mittelschicht erreichen wir derzeit kaum. Aber bildungsinteressierte nichtdeutsche Schüler (zumeist türkisch- oder arabischsprachige) schon. Deshalb können deutsche Kinder derzeit nicht unsere vorrangige Zielgruppe sein, sondern alle Schüler aus der bildungsinteressierten Mittelschicht, welcher Nationalität auch immer.“



### *Situation in der Kita / in der Grundschule als Motiv für Umzüge von Familien?*

Im Gebiet Bülowstraße ziehen – nach Einschätzung der Leiterin der Kita Bülowstraße – Personen höherer Bildungsschichten (Deutsche und Migranten) vor allem wegen des als schmutzig und kriminell empfundenen Milieus weg. Kitas und Schulen beeinflussen die Zu- und Wegzüge von Eltern, weil der Migrantenanteil hoch ist und die Eltern befürchten, dass ihre Kinder in den Einrichtungen nicht gut genug deutsch lernen. Das ist insbesondere für deutsche Eltern und nicht-deutsche Eltern aus der Mittelschicht ein Grund wegzuziehen. Einige „modern orientierte“ türkische Eltern haben zudem Bedenken, dass ihre Kinder in der Kita durch türkische Erzieherinnen mit traditionell türkischen Werten erzogen werden, mit denen sie nicht übereinstimmen. Zudem befürchten sie, dass eine türkische Erzieherin nicht so gut deutsche Sprachkenntnisse vermitteln kann. Manche Eltern können in Beratungsgesprächen von dem Konzept der Kita überzeugt werden, für andere ist es ein Grund wegzuziehen.

Im Gebiet Kottbusser Tor ist die Situation in der Kindertageseinrichtung – nach Auffassung der Kita-Leitung Dresdner Straße – ein Grund unter anderen (z.B. Lebensgefühl in Kreuzberg) für einen Zuzug in den Bezirk. Viele deutsche Eltern sind geschockt auf Grund des Umfeldes (Nähe Kottbusser Tor), aber es wird auch viel Mundpropaganda gemacht: Das Umfeld hat ein negatives Image, aber von der Kita wird ein positives Bild vermittelt. Unter den Wegziehenden finden sich mehr gebildete türkische Eltern als Eltern niedrigerer sozialer Schichten.

Der Wegzug von Familien im Gebiet Kottbusser Tor wird der Leiterin der *Jens-Nydahl-Grundschule* zufolge vor allem durch die Klassenzusammensetzung (hoher Migrantenanteil) und das Umfeld der Schule beeinflusst, weniger durch die Schule selbst. Es gibt Fälle, bei denen die Eltern klar sagen, dass sie ihr Kind abmelden, obwohl sie mit der Schule zufrieden sind. Als Grund für die Abmeldung geben sie den Umgang der Schülerinnen und Schüler untereinander sowie das als unattraktiv empfundene Umfeld an. Vor allem Angehörige der türkischen Mittelschicht ziehen weg, weil sie sich mehr Deutsche in der Schule als Sprachmittler wünschen. Zuzüge sind demnach vor allem „clanbedingt“, d.h. die Leute ziehen in den Kiez, weil sie hier familiären Anschluss finden. Manche Leute setzen sich aber auch sehr dafür ein, in die Schule zu kommen. Sie melden sich aber vermutlich eher um, damit sie in das Einzugsgebiet der Schule fallen, als dass sie tatsächlich einen Umzug in Kauf nehmen.

### *Welche Wirkungen hat die öffentliche Problematisierung von Schulen mit hohem Ausländeranteil?*

Die Gesprächspartnerinnen hoben übereinstimmend hervor, dass es weniger um die Nationalität als um den sozialen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler geht („Diese einseitige Bewertung muss durchbrochen werden“). Ein „ausgewogenes Verhältnis“ zwischen Kindern deutscher und nichtdeutscher Herkunft könne man positiv nutzen. Der Ausländeranteil würde zu Unrecht mit einer niedri-

gen sozialer Schichtzugehörigkeit gleichgesetzt; es sei wichtig anzuerkennen, dass es eine türkische Bildungsschicht gibt. Die Häufung (türkischer) „Unterschichtskinder“ stelle ein Problem dar, aber die Nationalität sei dabei unwichtig. Im Vordergrund der öffentlichen Debatte sollte der Umgang an den Schulen und die Situation in den Familien stehen und nicht die nationale Zugehörigkeit der Kinder.

### *Unterstützungsbedarf in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen*

Praxis und Wissenschaft sind sich mittlerweile einig, dass eine frühzeitige Förderung der Kinder von großer Bedeutung für ihre weiteren Bildungslaufbahnen ist. Kindertageseinrichtungen müssen daher den Bildungsauftrag stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Insbesondere in Gebieten mit hohen Migrantenanteilen ist es wichtig, der Sprachproblematik besondere Aufmerksamkeit zu widmen und spezielle Programme umzusetzen, die die sprachlichen Fähigkeiten derjenigen Kinder fördern, die zu Hause wenig Möglichkeiten haben, Deutsch zu lernen und zu praktizieren. Über die Sprachförderung hinaus gilt es bei den Kindern die Anlagen und Kompetenzen zu fördern, die sie in einer multikulturellen Gesellschaft benötigen, also beispielsweise Kommunikations- und Konfliktfähigkeit ebenso wie der vorurteilsfreie Umgang mit anderen.

In diesem Bereich sind unterschiedliche Konzepte für Kitas entwickelt worden, z.B. das Modell der „Vorurteilsbewussten Bildung in Kindertageseinrichtungen“. Im Rahmen dieses Konzeptes engagieren sich die Kitas für eine „Kultur des Aufwachsens“. Kennzeichen dieser Kultur ist Respekt für die Vielfalt an Familienkulturen und das entschiedene Nichtakzeptieren von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Strukturierung des auf dieser Grundlage aufbauenden Qualifizierungs- und Veränderungsprozesses geschieht in vier Projektphasen, in denen die vier Anti-Bias-Ziele nacheinander mit Situationsanalysen auf den besonderen Kontext vor Ort bezogen werden. Auf dieser Grundlage werden jeweils praktische Schritte entwickelt und erprobt, die sich an den Zielen vorurteilsbewusster Arbeit orientieren:

- Bestärken der Ich-Identität und Bezugsgruppenidentität jedes einzelnen Kindes;
- Kennen lernen der Vielfalt an Familienkulturen in der Kita und darüber hinaus;
- kritisch werden gegenüber Vorurteilen und Diskriminierung;
- aktiv werden gegen Einseitigkeiten, Vorurteile und Diskriminierung.

### *Unterstützungsbedarf in Kindertageseinrichtungen aus Sicht der Expertinnen*

- Es wären mehr Gelder nötig, um Ausflüge machen zu können, damit die Kinder mal etwas anderes kennen lernen (z.B. Kindertheater, Eintrittsgelder für Museen etc.).

- Es müsste mehr Personal für Kitas geben, in denen viele Kinder sind, deren Eltern sie kaum fördern und nur wenige Entwicklungsmöglichkeiten bieten können. Die praktizierte Staffellung für Zuschüsse, bei der nur die Unterscheidung zwischen einem Migrantenanteil unter oder über 40 Prozent gibt, ist zu grob. Das Bildungsniveau ist entscheidender als die Nationalität. Viele Problembereiche betreffen deutsche wie nicht-deutsche Eltern der „unteren sozialen Schichten“.
- Wünschenswert wäre eine geringere Abhängigkeit von der Stundenbewilligung der Kinder, da Kinder, die weniger Stunden bewilligt bekommen oft mehr Probleme bei der Suche nach einer guten Kita haben. In den Kitas werden lieber solche Kinder genommen, deren bewilligter Stundenanteil höher liegt, da dadurch mehr Stunden für das Personal zu Verfügung stehen. Kinder von Arbeitslosen bekommen beispielsweise schwieriger einen Kita-Platz, da ihnen in der Regel nur wenige oder keine Stunden bewilligt werden.
- Zudem wird Unterstützung für das Berliner Bildungsprogramm (v. a. Personal, aber auch Sachmittel) gewünscht. Sprachförderung als ein sehr zentrales Thema müsste personell mehr unterstützt werden.

Die Situation in den Schulen ist ein wichtiger Grund für Eltern, problembelastete Gebiete bzw. Gebiete mit hohen Migrantenanteilen zu verlassen. Vor diesem Hintergrund gilt es sowohl die Qualität der Schulen zu steigern, um entsprechende Abwanderungen zu verhindern, als auch Schulen zu unterstützen, die sich mitten in diesem Prozess befinden bzw. schon an dessen Ende angelangt sind, d.h. über eine Schülerschaft verfügen, die fast ausschließlich aus Schülern nichtdeutscher Herkunft besteht. Gerade letztere sollten besonders gefördert werden, da sie mit besonderen Problemen konfrontiert sind, aber gleichzeitig die Institution sind, die am meisten Möglichkeiten hat, auf Kinder und Jugendliche einzuwirken und sie in ihren Kompetenzen zu fördern.

Schule ist diejenige Instanz, die (fast) alle Jugendlichen erreicht und somit die Chance hat, sie zu unterstützen. Diese besondere Bedeutung von Schule, die sie von Kindertages- und Jugendeinrichtungen unterscheidet, sollte genutzt werden. Zudem hat Schule die Möglichkeit, alle Eltern zu erreichen und in ihnen das Bewusstsein zu wecken, dass und wie sie ihre Kinder fördern können. Elternarbeit ist vor diesem Hintergrund eine zentrale Aufgabe von Schule, die ausgebaut werden sollte.

Da Schule die sie betreffenden Aufgaben nicht immer alleine bewältigen kann, spielt die Kooperation mit dem Jugendamt und mit Einrichtungen der Jugendhilfe eine wichtige Rolle. Auch hier können mittlerweile unterschiedliche Beispiele benannt werden, die „Schule machen“ sollten. So wird beispielsweise an einer Schule, deren Schüler zu einem Drittel arabischer Herkunft sind und die ein „Leben zwischen zwei Kulturen“ führen, das Projekt „Die arabische Reise“ umgesetzt. Durchgeführt von einem freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe und

finanziert über Soziale Gruppenarbeit im Rahmen des § 29 SGB VIII, setzt sich das Projekt folgende Ziele:

- die Kinder in der Orientierung und ihrem Weg zwischen den Kulturen zu stärken und zu unterstützen,
- die Eltern zu aktivieren und am Leben ihrer Kinder in der Schule zu beteiligen,
- das Wissen und das Verständnis der Lehrer für und über arabische Kultur zu fördern und
- die Kommunikation zwischen Eltern und Schule zu ermöglichen und zu verbessern.

#### *Unterstützungsbedarf in der Grundschule aus Sicht der Expertinnen*

- Am wichtigsten wäre eine Stelle, die klar als Sozialarbeit definiert ist, um die Sozialarbeit an der Schule zu koordinieren und durchzuführen (das wird bisher zu großen Teilen von den Lehrerinnen und Lehrern in ehrenamtlicher Arbeit durchgeführt).
- Bei 80 Prozent Sozialleistungsempfängern leistet die Schule einen hohen Anteil Sozialarbeit. Das Problem ist nicht, dass die Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund haben, sondern einen schwierigen sozialen Hintergrund. Es müsste daher möglich sein, kleinere Klassen zu bilden. Die bisherige Klassenfrequenz-Staffelung reicht hierfür nicht aus. Je mehr nicht-deutsche Kinder in einer Schule sind, desto kleiner sollte die Klassenfrequenz sein. Es wäre zudem nötig, stärker zwischen den Schulen zu differenzieren, nicht nur nach dem Anteil nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler, sondern auch nach sozialer Schicht (Anteil der Sozialhilfeempfänger).
- Für Teilungsunterricht wäre eine größere Raumausstattung wichtig.
- Eine Kita-Pflicht ab drei Jahren wäre sehr wünschenswert.
- Es sollten Mittel und Zuschüsse für Ausflüge zu Verfügung gestellt werden, da die Eltern häufig kein Geld haben, um Eintrittsgelder zu bezahlen. Die Zuwendungen sind zwar schon gestaffelt, aber eine gerechtere Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren Schulen wäre gut.
- Wünschenswert wäre außerdem eine stärkere Abstimmung zwischen Jugendamt und Schule. Schulbezogene Sozialarbeit bringt nach Ansicht der Schulleiterin mehr als „hausnummerbezogene“ Sozialarbeit (z.B. regelmäßiger Besuch durch Mitarbeiter des Jugendamtes zur Besprechung von Fällen, Beratung von Förderungsmöglichkeiten für einzelne Kinder etc.).
- Mehr Honorarmittel für Arbeitsgemeinschaften, die bisher vor allem über Eigeninitiative durchgeführt werden.

## **Empfehlungen der befragten Expertinnen für Kindertageseinrichtungen und Schulen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden**

### *Kindertageseinrichtungen*

- Eine Kita mit schwierigem Umfeld muss gute Arbeit leisten und gute Öffentlichkeitsarbeit machen. Die beste Arbeit nutzt nichts, wenn die Leute nichts davon wissen.
- Die Kita sollte sich so verhalten, dass sich alle angenommen fühlen.
- Eine Kita wird attraktiver durch eine spezielle Ausrichtung (Schwerpunkte setzen)
- Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit ist die Vermittlung des Konzeptes an die Eltern (Aufnahmegespräche sind sehr wichtig, genaues Zuhören bei den Sorgen und Ängsten etc.).
- Eine Vernetzung der Eltern fördert die gegenseitige Unterstützung der Eltern und ein Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Kita.

### *Grundschule*

- Auf keinen Fall sollte die Schule in Anbetracht einer schwierigen Zusammensetzung der Schülerschaft in Lethargie verfallen.
- Kleine Projekte durchführen und umsetzbare Ziele stecken.
- Es ist gut, sich Hilfe von außen zu holen (z.B. LISUM, Jugendamt etc.).
- Bei all dem Reden über die Probleme sollte man die Kinder vor allem mögen und sie nicht nur als Problemfälle ansehen.
- Fortbildungen und Tagungen geben neue Anregungen und motivieren für die eigene Arbeit.
- Sich immer wieder selbst und gegenseitig loben ist wichtig, um nicht zu vergessen, wie viel man schon geschafft hat.
- Die Schule sollte sich anderen freien Trägern und Institutionen zuwenden (Öffnung statt Abkapselung). Dadurch gibt es eine stärkere Einbindung im Kiez.



## 8. Handlungsempfehlungen<sup>16</sup>

### *Soziale Mischung der Bevölkerung in problembelasteten Gebieten fördern*

Das ungepflegte Wohnumfeld, Arbeitslosigkeit und Armut, fehlende Arbeitsplätze und Beschäftigungsangebote, hohe Kriminalitäts- und Umweltbelastungen sowie das schlechte Image des Quartiers sind aus Sicht der Befragten die zentralen Probleme in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor. Die Umzugsentscheidung von Wegziehenden wird einerseits beeinflusst durch das mangelnde Angebot an Geschäften und Restaurants, das geringe Angebot kultureller Einrichtungen und durch Konflikte im Zusammenleben der Bewohner sowie zwischen Deutschen und Zuwanderern, andererseits durch die erfolgreiche Suche nach einem besseren Wohnumfeld, besseren Einrichtungen und Angeboten für Kinder sowie nach besseren Schulen. Während ärmere, kinderreiche und nichtdeutsche Familien eher zuziehen, verlassen besser gestellte Bewohner – Erwerbstätige und Familien, Deutsche und Nichtdeutsche – die Gebiete häufig wegen der geringen Qualität des Wohnumfeldes, der Zunahme sozialer Probleme und der befürchteten schlechteren Bildungschancen der Kinder.

Die Zunahme von sozialer Ungleichheit und selektive Wanderungsprozesse verschärfen die Abwärtsentwicklung in Gebieten, die durch eine hohe Konzentration von Problemlagen gekennzeichnet sind. Es besteht die Gefahr, dass Gebiete, in denen viele Haushalte mit materiellen und / oder sozialen Problemen leben, selbst zu einem Faktor sozialer Benachteiligung werden. *Häußermann* (2001: 80) unterscheidet in diesem Zusammenhang drei Dimensionen von Effekten eines Quartiers: (1) eine Verbreitung subkultureller Normen und Verhaltensweisen, die mit geringen Erfolgen im Bildungsbereich und mangelnden Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt einhergehen, (2) eine Erschwerung von persönlicher Lebensführung und / oder Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten der Bewohner, die mit den physisch-materiellen Merkmalen eines Quartiers und seiner Ausstattung mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen zusammenhängen, sowie (3) Wirkungen, die ein negatives Image des Gebietes nach innen und außen entfalten (z.B. Stigmatisierung der Bewohner).

### *Handlungsempfehlungen:*

- Lokale Verwaltung, Quartiersmanagementteams und Wohnungsunternehmen sollten mit Kooperations- und Belegungsverträgen eine soziale Mischung der Bewohnerschaft fördern und erhalten, um der Entstehung von „stigmatisierten Armutsinseln“ wirkungsvoll entgegenzuwirken (z.B. durch eine gezielte Förderung des Zuzugs von Bevölkerungsgruppen mit „höherem Bildungsniveau“ wie Studenten und Künstlern).

---

16 Siehe ergänzend auch die Ausführungen zu den zentralen Handlungsfeldern aus Sicht der Befragten (S. 35ff.) sowie die Ergebnisse von Werkstattgesprächen (S. 58f.) und Experteninterviews (S. 65ff.) in den Quartieren Bülowstraße und Kottbusser Tor.

- Beruflich erfolgreichere Familien aus der Mittelschicht können nur dann in den Gebieten gehalten werden, wenn es gelingt, die Lebensbedingungen im Quartier nachhaltig zu verbessern und die Qualität der Bildungseinrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Schulen) deutlich zu steigern.
- Existenzgründer sowie Gewerbetreibende, die die Arbeitsplatz- und Nahversorgungssituation in den Quartieren verbessern und / oder innovative Geschäftsideen umsetzen, sollten nachhaltig unterstützt werden.
- Soziale und kulturelle Projekte, die sich auf die historische und / oder kulturelle Besonderheit des Gebiets gründen und eine nach innen und außen wirkende Ausstrahlungskraft entfalten, sollten gefördert werden, um die Identifizierung mit und das Vertrauen in die Potenziale dieser Gebiete zu stärken.

### *Ethnische Kolonien: Chancen nutzen und Risiken minimieren*

Die vorliegenden Daten zu Wanderungen in Berlin zeigen, dass in den westlichen Innenstadtbereichen seit Anfang der neunziger Jahre Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit häufiger fort- als zuziehen. Die soziale Selektivität von Wanderungsprozessen hat sich zwar in den ersten Jahren des neuen Jahrzehnts deutlich abgeschwächt, aber der Trend einer zunehmenden ethnischen Entmischung dieser Gebiete scheint nach wie vor ungebrochen zu sein. Unsere Untersuchungsergebnisse zeigen, dass ärmere und kinderreiche Familien nichtdeutscher Herkunft in diese Gebiete häufiger zuziehen, während einkommensstärkere und bildungsorientierte Familien aus der Mittelschicht stärker unter den Wegziehenden zu finden sind.

Die Dynamik und Richtung von Wanderungsbewegungen werden auch durch die unterschiedlichen sozialen Möglichkeiten und Bedürfnisse der Bewohner geprägt. Während Weggezogene häufiger die Suche nach einem angenehmeren Wohnumfeld (insbesondere für die Kinder), einem besseren Zusammenleben der Bewohner sowie besseren Einrichtungen und Angeboten für Kinder als Gründe für die Umzugsentscheidung angeben, stehen für die Zugezogenen bessere Einkaufsmöglichkeiten, die verkehrsgünstigere Lage der Wohnung, in der Nähe lebende Eltern, Verwandte und Freunde sowie bessere religiöse Angebote sehr viel stärker im Vordergrund. Die Ergebnisse der Befragung verdeutlichen, dass ärmere, kinderreiche Familien nichtdeutscher Herkunft in die Gebiete Bülowstraße und Kottbusser Tor zuziehen, weil sie in besonderer Weise auch auf familiäre, verwandtschaftliche und ethnische Netzwerke angewiesen sind.

Selektive Wanderungsprozesse verstärken die sozialräumliche Konzentration von Zuwanderern in der Stadt, die in der öffentlichen Diskussion häufig als Zeichen einer gescheiterten Integration wahrgenommen und als Gettoisierung stigmatisiert wird. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Einwanderungsgesellschaften werden in der wissenschaftlichen Diskussion aber auch die Chancen einer ethnischen Koloniebildung hervorgehoben. Ethnische Kolonien bieten Zuwanderern einen Zugang zu vielfältigen Informationen und praktischen Hilfen, dienen der Persönlichkeitsstabilisierung in Wanderungsprozessen, ermögli-



chen eine wechselseitige Unterstützung im Rahmen von Verwandtschaftsbeziehungen, fördern die allgemeine und kulturspezifische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, bieten Beschäftigungs-, Einkommens-, Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in der ethnischen Ökonomie und erleichtern die Artikulation und Vertretung von Interessen ethnischer Minderheiten.

Ethnische Kolonien können daher – auch unter den Bedingungen räumlicher Segregation – ein Merkmal der kulturellen Produktivität von Großstädten sein, sofern es einen intensiven „Austausch zwischen den ethnischen Kulturen“ und eine ausreichende Zahl von „Brücken zwischen den verschiedenen segregierten Räumen“ gibt (vgl. *Häußermann* 2005). Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und relativer Armut in Berlin seit Anfang der neunziger Jahre verstärkt allerdings die Gefahr, „dass die ethnischen Kolonien ihre Brückenfunktion verlieren und sich aus den Gebieten der Ausländerkonzentration Räume der Isolation und Benachteiligung entwickeln“ (*Kapphan* 2001: 106).

Die „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“, die von einem Expertenforum aus Wissenschaftlern und Praktikern erarbeitet wurden, gehen von der Grundannahme aus, dass eine räumliche Konzentration von Zuwanderern in den Städten nicht zu verhindern ist: „Zu einem gewissen Teil sollte sie auch nicht verhindert oder behindert werden. ... Freiwillige ethnische Segregation ist weder zu vermeiden noch ist sie von vornherein schädlich für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern“. Hervorgehoben wird aber auch, dass die Städte darauf hinarbeiten müssen, „dass die räumliche Segregation von Zuwanderern – gleich welcher Ursache – nicht zu deren Ausschluss aus der Gesellschaft führt. ... Räumliche Segregation in benachteiligten oder benachteiligenden Quartieren darf nicht zum Integrationshemmnis werden. Sie zu akzeptieren darf nicht heißen, Abschottungstendenzen einzelner Zuwanderergruppen zu dulden“ (*Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“* 2005: 19ff.).

Ethnische Kolonien können zur Entstehung von parallelgesellschaftlichen Strukturen<sup>17</sup> führen, wenn es der Aufnahmegesellschaft nicht gelingt, tragfähige Brücken zwischen den verschiedenen sozialen Räumen zu errichten und wirkungsvolle Möglichkeiten zur sozialen Integration von Zuwanderern zu entwickeln. Sie können entstehen, wenn (1) die Segregation von Zuwanderern sozial erzwungen ist, (2) in mehreren Formen auftritt (ethnisch-kulturelle, sozioökonomische, sozialräumliche und politisch-kulturelle Segregation), (3) die Angebote und Strategien von ethnischen und religiösen Organisationen zur Verschärfung

---

17 Merkmale parallelgesellschaftlicher Strukturen sind folgende Elemente: (1) ein geringer Stellenwert interethnischer Beziehungen, (2) eine räumliche Segregation, die mit Zugangsbarrieren auf dem Wohnungsmarkt zusammenhängt, (3) eine ethnische Ökonomie, die Übergänge zum etablierten Arbeitsmarkt und Chancen sozialer Mobilität behindert, (4) eine überwiegende Nutzung ethnischer Medien und Freizeitangebote, (5) eine exklusive Nutzung ethnischer Eigenorganisationen, (6) eine Ablehnung der politischen Basiskultur und (7) eine Orientierung an Normen und Verfahren der Konfliktregelung, die im Widerspruch zum demokratischen Rechtsstaat stehen (vgl. *Gesemann* 2005).

von Differenzen und Konflikten zwischen Zuwanderern und Einheimischen beitragen und (4) es der staatlichen Politik in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen (Arbeitsmarktchancen, Bildungserfolge, Einbürgerungspolitik, Gleichstellungspolitik, Identifikationsangebote etc.) nicht gelingt, die soziale Integration von Einwanderern nachhaltig zu fördern (vgl. *Gesemann 2005*).

### *Handlungsempfehlungen*

- Zu den zentralen Herausforderungen moderner Gesellschaften gehört die Entwicklung einer zielgerichteten, effektiven und nachhaltigen Migrations- und Integrationspolitik. Integrationspolitik muss als gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Querschnittsaufgabe der Verwaltung begriffen und ausgestaltet werden. Die Integration von Zuwanderern ist als ein langfristig angelegter, mehrere Generationen übergreifender und mit Konflikten verbundener Prozess zu verstehen.
- Einwanderungsquartiere sollten als dauerhafte Einrichtungen in der Stadtstruktur akzeptiert werden. Die Konzentration ethnischer Minderheiten in bestimmten Stadtteilen und die Entstehung ethnischer Kolonien kann die soziale Integration von Einwanderern erleichtern, sofern diese Gebiete nicht zu Inseln von Armut und Ausgrenzung werden, es der Bildungspolitik gelingt, die intergenerative Mobilität von Zuwanderern nachhaltig zu fördern und die Integrationspolitik in die Lage versetzt wird, einen intensiven Austausch zwischen ethnischen Gruppen und Kulturen wirksam zu unterstützen.
- Die Konzentration von Arbeitslosigkeit und Armut in den segregierten Stadtteilen erfordert nachhaltige Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Gebiete, die mit einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen verbunden sind. Das Quartiersmanagement in Berlin ist ein Schritt in die richtige Richtung, um vorhandene Ressourcen unter maßgeblicher Beteiligung der lokalen Bevölkerung zu mobilisieren. Neue Zukunftsperspektiven können aber nur durch umfangreichere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur erschlossen werden.
- Die Übergänge in die Kernbereiche der Gesellschaft sollten durch eine aktive Bildungspolitik und einen verbesserten Zugang zum formellen Arbeitsmarkt gefördert werden. Dies sind die Schlüsselbereiche, um die soziale Integration von Einwanderern zu ermöglichen und eine konflikträchtige ethnische Unterschichtung der Gesellschaft zu verhindern.
- Die Reform des Bildungssystems zur erfolgreichen Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache erfordert insbesondere eine nachhaltige Förderung von Kompetenzen in der deutschen Sprache in Kindertageseinrichtungen und Schule sowie eine Ausweitung von Schulen mit Ganztagsangeboten in problembelasteten Gebieten. .
- Die Förderung interkultureller Kontakte, Netzwerke und Projekte sollte in das Zentrum der Integrations- und Förderpolitik gestellt werden, um den

Austausch zwischen den verschiedenen ethnischen Kulturen und die Entwicklung von Interkulturalität in allen Bevölkerungsgruppen zu fördern.

- Um der Entstehung parallelgesellschaftlicher Strukturen und ethnischer, sozialer und / oder religiöser Konflikte entgegenzuwirken, sollte die Einrichtung von „Frühwarnsystemen“ – auf der Grundlage aussagekräftiger statistischer Daten, Indikatoren und Analysen – gefördert sowie wirksame Mechanismen einer informellen Konfliktvermittlung (insbesondere durch die Ausbildung von Mediatoren aus unterschiedlichen Kulturen und Herkunftsländern) entwickelt werden.

### *Die Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen in problembelasteten Stadtteilen nachhaltig verbessern*

Die Konzentration von Arbeitslosen, Armen und Ausländern, die Zunahme sozialer Probleme und Konflikte, die mangelnde Lebensqualität, Beeinträchtigungen des Sicherheitsgefühls und die Situation in den Grundschulen gehören zu den zentralen Faktoren, die die Umzugsentscheidung von Wegziehenden beeinflussen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Bewertung von Kindertageseinrichtungen und Schulen wider. Diese werden von den Befragten sehr viel häufiger zu den Problemen als zu den Ressourcen des Quartiers gerechnet. Zumindest in jedem zweiten Fall haben Angebot und Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen die Umzugsentscheidung von Familien beeinflusst, die das Quartier verlassen haben. Eine Stabilisierung und Verbesserung der sozialen Mischung der Bevölkerung in den problembelasteten Gebieten kann daher nur erreicht werden, wenn es gelingt, die Qualität und das öffentliche Ansehen der Bildungseinrichtungen nachhaltig zu verbessern.

Bildung und Ausbildung sind die Schlüsselressourcen im intergenerativen Prozess der sozialen Integration von Migranten. Die Bilanz der Berliner Bildungspolitik ist allerdings durch erhebliche Defizite gekennzeichnet. Viele in Berlin geborene Kinder nichtdeutscher Herkunft kommen in ihren ersten Lebensjahren kaum mit der deutschen Sprache in Berührung, so dass Sprachstandserhebungen vor der Einschulung einen intensiven Förderbedarf festgestellt haben. Eine mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache ist zudem die Ursache vielfältiger Benachteiligungen, die sich von der Schulzeit bis ins Berufsleben fortsetzen.<sup>18</sup> Jeder vierte Schulabgänger nichtdeutscher Staatsangehörigkeit verlässt die Schule ohne einen Abschluss. Ein weiteres Viertel erwirbt nur den Hauptschulabschluss, so dass etwa die Hälfte der nichtdeutschen Jugendlichen die Schule mit Qualifikationen verlassen, die ihnen nur geringe Chancen auf dem Berliner Arbeits- und Ausbildungsmarkt eröffnen (vgl. *Gesemann* 2004: 58).

---

18 Die *Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg* (2003: 143) hat zu Recht unterstrichen, dass die Beherrschung der deutschen Sprache „der Schlüssel zu einer gleichberechtigten Bildungsbeteiligung“ ist.

Neuere Untersuchungen verdeutlichen den Einfluss von sozialen Räumen auf den Spracherwerb. Nach den Erkenntnissen der Sprachforschung entwickelt sich Sprache beim Kind ganz spontan „ohne bewusste Anstrengung oder formale Unterweisung“, wenn zumindest zwei Bedingungen erfüllt sind: „Das Kind muss *systematischen und reichhaltigen Kontakt* mit der Umgebungssprache haben, und es muss durch *soziale Bezüge* ein nachhaltiges *soziales Interesse* an diesem Kontakt bestehen“ (SenGesSozV 2003: 21). Diese beiden Bedingungen sind in Quartieren mit einer sehr hohen Konzentration ethnischer Minderheiten schwieriger zu erfüllen. Einerseits gibt es sehr viel weniger Gelegenheiten für die Entstehung intensiver Kontakte zu deutschsprachigen Kindern und Familien, andererseits kann sich ein nachhaltiges Interesse an der Aufnahme und Pflege interkultureller Kontakte nur schwer herausbilden, wenn weder Notwendigkeit noch unmittelbarer Nutzen vorhanden oder erkennbar sind.

Eine Auswertung von Ergebnissen der Berliner Einschuluntersuchungen zeigt, dass der Wohnort von in Deutschland geborenen Kindern türkischer Herkunft erhebliche Auswirkungen auf ihren Spracherwerb hat. In sozialen Räumen mit einem hohen Anteil türkischer Kinder ist der Anteil derjenigen, die kaum oder gar nicht Deutsch sprechen, mehr als dreimal so hoch wie in Gebieten mit einem geringen Anteil türkischer Kinder, auch wenn Unterschiede in der sozialen Verteilung der Familien berücksichtigt werden (vgl. SenGesSozV 2003: 41). Eine so früh wie möglich einsetzende Sprachförderung ist daher insbesondere in Gebieten mit einer hohen Konzentration von Kindern nichtdeutscher Familiensprache von zentraler Bedeutung.

Befunde der Forschung zum Schulerfolg von Kindern nichtdeutscher Familiensprache zeigen aber, dass es „eine verkürzte Sichtweise“ wäre, „die schulischen Probleme dieser Kinder „allein auf deren Sprachdefizite im Deutschen zurückzuführen“. Kinder mit Migrationshintergrund sind oft von „kumulativen Beeinträchtigungen“ betroffen, zu denen „ein geringerer sozio-ökonomischer Status, eine höhere Betroffenheit von Arbeits- und Perspektivlosigkeit, eine geringere Bildungsorientierung und damit verbunden eine verminderte kognitive Förderung der Kinder“ gehören (Tiedemann / Billmann-Mahecha 2004). Zur nachhaltigen Erhöhung der Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund bedarf es daher nicht nur einer intensiven Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, sondern auch der Entwicklung von Konzepten zur allgemeinen kognitiven Förderung.

#### *Handlungsempfehlungen:*

- Die Qualität von Kindertageseinrichtungen und Schulen in benachteiligten Stadtquartieren muss umfassend und nachhaltig verbessert werden, um die Bildungschancen der in diesen Gebieten lebenden Kinder zu erhöhen und selektiven Wanderungsprozessen entgegenzuwirken. Zur Erreichung dieses Ziels sind eine deutliche Erhöhung der Investitionen im Bildungsbereich und ein Ausbau von Strukturausgleichsmaßnahmen zugunsten von Kindertages-

einrichtungen und Schulen in unterprivilegierten Stadtquartieren unverzichtbar.

- Das Zusammenwirken und die Abstimmung von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten für Kinder und Jugendliche sollte strukturell verbessert und sozialräumlich ausgestaltet werden. Vernetzte Angebote für Kinder und Eltern aus einer Hand (z.B. Eltern-Kind-Zentren als Bestandteil von Ganztagsangeboten in Kindertageseinrichtungen und Schulen) können einen zentralen Beitrag zur Stärkung der Erziehungs- und Bildungskompetenz von Eltern und zur Förderung der Bildungserfolge insbesondere von Kindern aus bildungsfernen Schichten und aus Migrationsfamilien zu leisten.<sup>19</sup>
- Kindertageseinrichtungen müssen Bildung und Erziehung zu ihrer Kernaufgabe machen und dürfen nicht auf den Aspekt der Betreuung und Versorgung reduziert werden. Diese Angebote sollten, angesichts der Chancen und Perspektiven, die sie insbesondere Kindern aus bildungsfernen und problembelasteten Milieus sowie aus Migrantenfamilien bieten, allen Kindern unabhängig von der Lebenssituation oder der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern zur Verfügung stehen. Die zunehmende Bildungsorientierung der Kindertagesbetreuung und die gebotene Gleichbehandlung von Bildungsangeboten erfordern zudem eine grundsätzliche Beitragsfreiheit für die Eltern.<sup>20</sup>
- Eine gezielte Sprachförderung ist von zentraler Bedeutung für frühe Bildungsprozesse. Sprachliche Kompetenzen bilden das Fundament für Bildungslaufbahnen und prägen die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Um insbesondere die Bildungschancen von Kindern in problembelasteten Quartieren zu erhöhen, sollten die Kindertageseinrichtungen vor allem Sprachförderkonzepte einsetzen, deren Konzepte gezielt bei den Dreijährigen ansetzen und sich nicht nur auf das Jahr vor der Einschulung konzentrieren. Sprachförderung ist als elementarpädagogische Bildungsaufgabe zu verstehen und auszugestalten sowie als kontinuierliches Angebot von Schulen auszubauen und weiterzuentwickeln.<sup>21</sup>
- In den Quartieren Bülowstraße und Kottbusser Tor gehören eine Politik zur Armutsbekämpfung und Nachbarschaftsentwicklung, eine vermehrte und ge-

---

19 „Eine wechselseitige Anbindung von Kindergarten und Schule sowie aufeinander abgestimmte schulische und nicht-schulische Angebote können dazu beitragen, dass die unterschiedlichen Lebens- und Lernwelten der Kinder enger verzahnt werden“ (BMFSFJ 2005: 42).

20 Siehe hierzu auch die Empfehlung des Zwölften Kinder- und Jugendberichts: „Öffentlich verantwortete Kindertagesbetreuung muss kostenfrei werden. Beiträge der Eltern sind mit Blick auf den Bildungsauftrag abzulehnen“ (BMFSFJ 2005: 41).

21 Siehe z.B. die Projekte „Frühstart – Deutsch und interkulturelle Erziehung im Kindergarten in Hessen“ und „Sprachliche Frühförderung von Migrantenkindern“ der Universität Mannheim (vgl. *Karin Jampert et al.*: Schlüsselkompetenz Sprache. Sprachliche Bildung und Förderung im Kindergarten. Konzepte – Projekte – Maßnahmen. Berlin: verlag das netz).

zielte Sprach- und Bildungsförderung in Kindertagesstätten und Schulen, eine deutliche Senkung der Klassenfrequenzen in den Grundschulen, eine stärkere Differenzierung zwischen Schulen, die nicht nur den Anteil von Kindern nichtdeutscher Familiensprache, sondern auch von Kindern aus einkommensschwachen Familien (z.B. Sozialhilfeempfänger) berücksichtigt, zu den vorrangigen Maßnahmen zur Aufwertung der Bildungseinrichtungen.

- Von besonderer Bedeutung erscheinen uns zudem – vor dem Hintergrund der Ergebnisse unserer Untersuchung – die Entwicklung tragfähiger Konzepte für einen systematisch begleiteten Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule,<sup>22</sup> eine stärkere Kooperation und Vernetzung von Bildungseinrichtungen im Quartier, die Entwicklung von Konzepten zur allgemeinen kognitiven Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund,<sup>23</sup> eine in das pädagogische Konzept der Schule integrierte Schulsozialarbeit, eine stärkere Teilhabe von Eltern an den Bildungsangeboten von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen (z.B. Erziehungsberatung, Gesundheitserziehung, Gewaltprävention, Sprachkurse) sowie grundlegende Verbesserungen in der Aus- und Fortbildung von Erzieher/innen und Lehrer/innen.

### *Interkulturelle Öffnung als neues Leitbild der städtischen Integrationspolitik und der Stadtteilpolitik weiter entwickeln und etablieren*

In den Soziale-Stadt-Gebieten wird eine große Vielfalt sozialer Dienstleistungen angeboten, die aber häufig ihre Zielgruppe nur selten oder gar nicht erreichen. Unsere Haushaltsbefragung hat gezeigt, dass ein erheblicher Teil der Befragten in den Quartieren mit dem Angebot und den Leistungen öffentlicher Einrichtungen nicht zufrieden ist. Hinzu kommt, dass die Erfahrungen mit dem sozialen Dienstleistungsangebot im Quartier sehr begrenzt sind. Viele Angebote sind den Befragten entweder nicht bekannt oder die Zugangsbarrieren sind zu hoch, um die Zielgruppe erfolgreich anzusprechen. Zu den Handlungsempfehlungen gehören vor diesem Hintergrund die Verankerung der interkulturellen Öffnung als Leitbild der Stadt(teil)politik, die Einbindung von Migrant\*innenorganisationen in Integrationsnetzwerke und die nachhaltige Integration von Familien mit Migrationshintergrund im sozialen Nahraum.

Der Begriff der „Interkulturellen Öffnung“ beschreibt ein neues programmatisches Leitbild in der städtischen Integrationspolitik, das darauf abzielt, allen Zu-

---

22 Siehe z.B. das Projekt „Frühes Lernen – Kindergarten und Schule kooperieren“, das seit Mai 2003 an der Universität Bremen läuft (vgl. BMFSFJ 2005: 346).

23 Die Bedeutung einer systematischen kognitiven Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen wird im Programm „Integration durch Bildung“ des Senats überhaupt nicht thematisiert. Als Kernaufgaben von Bildungseinrichtungen werden nur „die Sprachvermittlung und -förderung, die Vermittlung von Kenntnissen über grundlegende Strukturen und Normen der Aufnahmegesellschaft und deren Akzeptanz sowie die Erweiterung des Repertoires des sozialen Verhaltens“ genannt (vgl. Abgeordnetenhaus 2005: 3).

gewanderten und ihren Kindern eine umfassende Teilhabe an und den ungehinderten Zugang zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft zu ermöglichen, sofern sie sich auf Dauer in der Einwanderungsgesellschaft niedergelassen haben bzw. niederlassen (können). Hierzu gehört der Zugang zu Bildung, zur Erwerbsarbeit, zu den sozialen Sicherungssystemen, zu den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen und zur sozialen Infrastruktur. Im Kern folgt die Programmatik der „Interkulturellen Öffnung“ dem Gleichstellungspostulat.

Interkulturelle Öffnung – in einem weiter gefassten Verständnis – meint nicht nur die vermehrte Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund als mehrsprachige und kultursensible Experten, eine Fort- und Weiterbildung des vorhandenen Personals („Entwicklung interkultureller Kompetenzen“) und eine entsprechende Personal- und Organisationsentwicklung („institutionelles Lernen“), sondern auch die Einführung eines sozialräumlichen Gestaltungsprinzips („interkulturelles Stadtteilmanagement“) und die Weiterentwicklung zu einer allgemeinen städtischen Integrationsstrategie („interkulturelle Stadtentwicklung“) (vgl. *Filsinger* 2002).

#### *Handlungsempfehlungen:*

- Interkulturelle Öffnung sollte zu einem Leitbild der Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik weiterentwickelt werden. Hierzu gehören die systematische Förderung interkultureller Kompetenzen und die vermehrte Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund in Verwaltung und sozialen Diensten, die Verankerung von Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe der Verwaltung sowie die Entwicklung einer sozialraumbezogenen und interkulturellen Stadt(teil)politik.
- Selbsthilfeorganisationen von Migranten sollten stärker unterstützt werden, um integrationsbezogene Projekte durchführen zu können. Ein Schwerpunkt der Förderung sollte hierbei im Bildungsbereich liegen. Wie das Beispiel der spanischen Elternvereine zeigt, können die Bildungschancen von Kindern nichtdeutscher Herkunft durch Selbsthilfeaktivitäten von Zuwanderern nachhaltig verbessert werden. Die Einbeziehung von Migrantenorganisationen in sozialraumbezogene Integrationsnetzwerke sollte selbstverständlich sein und nachhaltig gefördert werden.
- Die Kooperation mit zweisprachigen Brückenpersonen als „Kulturmittler/innen“ sollte weiter entwickelt und ausgebaut werden, um Kommunikationsbarrieren abzubauen und Integrationsprozesse zu fördern. Eine Nutzung der Beratungskompetenz von Laien-Experten ist in verschiedenen Aufgabefeldern (im Sozial- und Gesundheitsbereich, in Kindertageseinrichtungen und Schulen oder zur Vermittlung in Nachbarschaftskonflikten) Erfolg versprechend. Für die Vorbereitung und Qualifizierung von Laien mit Migrationshintergrund bedarf es neuer Konzepte, organisatorischer Phantasie und finan-

zieller Ressourcen (z. B. über Honorarfonds) (vgl. *Erler / Jaeckel* 2002: 32f.; *Erler* 2004: 39f.).

### *Migranten als Partner der Stadtteilpolitik anerkennen*

Die Verbesserung der Integrationschancen in problembelasteten Gebieten erfordert eine stärkere und nachhaltigere Partizipation von Migranten an der Stadtteilpolitik sowie ein höheres Maß an freiwilligem Engagement. In der Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ wird allerdings „eine extrem niedrige Beteiligung von Migranten an Diskussionen und Entscheidungen über die Entwicklung ihres Wohnquartiers“ konstatiert, an der bislang weder die neuen Beteiligungsformen noch die „Aktivierungsstrategien“ etwas geändert hätten.<sup>24</sup> Die geringe Beteiligung von Migranten wird als Ergebnis einer mangelnden politischen Gleichstellung und einer zunehmenden sozial-kulturellen Abschließung interpretiert, die durch verschiedene Facetten gekennzeichnet ist (IfS 2004: 128):

- Viele Migranten scheuen Auftritte in öffentlichen Versammlungen aufgrund sprachlicher Probleme;
- die formalen Verfahren der Diskussions- und Entscheidungsprozesse bleiben ihnen fremd;
- als Ausländer verfügen sie nicht über die politischen Rechte, die ihnen eine Sammlung von Erfahrungen in demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglichen würden;
- aufgrund rechtlich-politischer und kulturell-sozialer Ausgrenzung identifizieren sie sich nicht mit den Problemen des Quartiers, sondern bleiben in ihren Aktivitäten auf ihre eigenen Organisationen und sozialen Netze orientiert;
- je nach politischer und religiöser Orientierung schließen sich bestimmte Gruppen von Migranten „nach innen“ ab und beschränken ihr Engagement auf den eigenen ethnischen bzw. kulturellen Kreis;
- Frauen, die im Kontext ihrer ethnisch-kulturellen Minderheit üblicherweise keine öffentliche Rolle übernehmen dürfen, haben oft gar keine Möglichkeit, an allgemeinen öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen – insbesondere, wenn diese am Abend stattfinden.

In den meisten Soziale-Stadt-Gebieten gibt es zwar Bemühungen, Vertreter von ethnischen Organisationen oder Mitglieder von Ausländerbeiräten in Diskussionen und Entscheidungen zur Quartiersentwicklung einzubeziehen, aber diese bleiben insgesamt „von geringer Bedeutung für die Quartierspolitik“: Zu den

---

24 Im vom Senat beschlossenen Integrationskonzept für Berlin wird kritisch angemerkt, dass „die Einbindung von Einwohner/innen nichtdeutscher Herkunft in die Bemühungen um eine Bewohneraktivierung ... nur in begrenztem Umfang (gelingt)“, ohne dass hinreichend klar wird, wie eine stärkere Teilhabe von Migranten in Zukunft erreicht werden soll (*Senat von Berlin* 2005: 50).



Forderungen dieser „organisationsfähigen und artikulationsgewandten Migranten“ gehören vor allem „die Beseitigung von diskriminierenden Hindernissen“ und „die Ermöglichung von kulturspezifischen Aktivitäten“. „Das ist wichtig und richtig, verbleibt aber eher im Bereich der ‚Betroffenen-Vertretung‘“ (ebd.). Eine zentrale Voraussetzung für eine stärkere und nachhaltige Aktivierung und Beteiligung von Migranten ist, „dass sie sich mit dem Gebiet identifizieren können und als Partner für die Stadtteilpolitik anerkannt werden“ (ebd.).<sup>25</sup>

Zahlreiche übergreifende Untersuchungen zum freiwilligen Engagement von Migranten zeigen demgegenüber, dass diese sich insgesamt nicht weniger als Einheimische engagieren, sondern anders. Die Aktivitäten reichen hierbei von Familien- und Nachbarschaftshilfe bis hin zu organisierter Selbsthilfe und Vereinsaktivitäten. Unterschiede zwischen beiden Gruppen gibt es allerdings bei Formen und Orten freiwilligen Engagements.<sup>26</sup> Die Freiwilligensurveys der Jahre 1999 und 2004 haben ferner gezeigt, dass Migranten in Berlin – im Unterschied zu den gesamtdeutschen Daten – eine etwa gleich hohe Beteiligung an Gemeinschaftsaktivität und freiwilligem Engagement aufweisen wie die alleingesessene Bevölkerung.<sup>27</sup> Von entscheidender Bedeutung für die Stadt- und Integrationspolitik ist daher die Beantwortung der Frage, wie das Engagement von Migranten zukünftig stärker auch und gerade als Ressource für die Quartiersentwicklung genutzt werden kann.<sup>28</sup>

Unsere Haushaltsbefragung hat gezeigt, dass es in beiden Gebieten unter den Zugezogenen ein durchaus beachtliches Potenzial von Personen gibt, die sich vorstellen können, einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation im Quartier zu leisten. Die Bereitschaft zum Engagement ist allerdings in hohem Maße abhängig von der Entwicklung von Bindungen an das Quartier, wo-

---

25 „Im Programmgebiet in Hof wurde zur Begleitung der Arbeit des Stadtteilbüros ein 25-köpfiges ‚Bürgergremium‘ eingerichtet, dessen Zusammensetzung in einer förmlichen allgemeinen Wahl bestimmt wurde, für die alle Bewohner über 16 Jahre wahlberechtigt waren – ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit. Für Migranten, die bereits seit zwei oder mehr Jahrzehnten in dem Viertel wohnten, war es das erste Mal seit ihrem Zuzug, dass sie sich an einer Wahl beteiligen konnten. Dass ein solches Erlebnis zur Stärkung der Identifikation mit dem Gemeinwesen beiträgt, liegt auf der Hand“ (IfS 2004: 128f.).

26 Siehe z.B. den Forschungsüberblick in BMFSFJ (2002) sowie die Dokumentation der Fachtagung „Migranten sind aktiv – Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2003).

27 Vgl. Paritätische Bundesakademie / TNS Infratest Sozialforschung GmbH, Freiwilliges Engagement in Berlin 1999-2004. Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement im Trend. Verfügbar unter: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/beeport-download/pdf/3.\\_endbericht\\_berlin\\_2004\\_korrigiert\\_letzte\\_fassung.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/beeport-download/pdf/3._endbericht_berlin_2004_korrigiert_letzte_fassung.pdf).

28 Als geeignetes Instrument zur Aktivierung von Bürgern sowie zur Einbindung von Einrichtungen und Vereinen können in Berlin die Quartiersfonds gewertet werden. Allerdings gibt die Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999 bis 2002 keine Antwort auf die Frage, inwieweit die Partizipation von Migranten durch dieses Verfahren nachhaltig gefördert wurde (vgl. *empirica* 2003: 183ff.).

bei der Zufriedenheit mit der Wohnsituation und das allgemeine Wohlempfinden im Quartier von besonderer Bedeutung sind. Eine stärkere Identifikation mit dem näheren Wohnumfeld setzt daher ein Stadtteilmanagement voraus, das die Entwicklung der Gebiete vor allem als eine auf Partizipation ausgerichtete Gemeinwesenarbeit versteht. Die Aktivierung der Bewohner und die Beteiligung von Migranten im Quartier fördern zudem die lokale Verankerung einer demokratischen Basiskultur als unverzichtbare Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in einer heterogener werdenden Stadtgesellschaft.

### *Handlungsempfehlungen*

- Zentrale Voraussetzung für eine stärkere Beteiligung von Migranten an Diskussionen und Entscheidungen im Quartier ist, dass sie sich mit dem Gebiet identifizieren können und als Partner der Stadtteilpolitik anerkannt werden. Gefordert sind daher eine Anerkennung von Einwandererquartieren als dauerhafte und bereichernde Elemente der Stadtstruktur, eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation in diesen Quartieren und die Entwicklung einer auf Partizipation ausgerichteten Gemeinwesenarbeit.
- Die Beteiligung von Migranten sollte zu einem Schwerpunkt in der Weiterentwicklung des Quartiersmanagements gemacht werden und mit geeigneten Modellen und Förderprogrammen unterstützt werden: „Die Verständigung mit Migrantenorganisationen und der Aufbau interkultureller Kommunikation und Kooperation sind sicher mit die schwierigsten Aufgaben der Stadtteilentwicklung – aber bilden sicher auch eines der größten Potenziale für eine Verringerung der Problemlagen“ (IfS 2004: 167).
- Eine stärkere Beteiligung von Migranten an der Entwicklung des Quartiers kann auch im Rahmen der Familienbildung gefördert werden, wenn diese Themen aufgreift, die für Familien nichtdeutscher Herkunft von Interesse sind (z. B. durch die Organisation quartiersbezogener Foren, in denen kommunale Entscheidungsträger mit Bewohnerinnen und Bewohnern ins Gespräch kommen) (vgl. *Erler / Jaeckel* 2002: 38).

Erfolgreiche Ansätze zur Förderung der Teilhabe von Migranten an der Quartierspolitik arbeiten mit ehrenamtlichen „Brückenpersonen“ wie „Integrationsassistenten/innen“, „Elternbegleiter/innen“ oder „Gesprächsleiter/innen“, die über einen Migrationshintergrund verfügen, entwickeln Handlungsstrategien, die von der konkreten Situation im Quartier ausgehen, suchen geeignete Kooperationspartner und knüpfen gemeinsam mit allen Bewohnergruppen an den Ressourcen und Potenzialen des Stadtteils an. Hinzukommen muss eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung als Bestandteil einer gesamtstädtischen Strategie, die Integrationspolitik als Querschnitts- und Zukunftsaufgabe begreift.<sup>29</sup>

---

29 Siehe hierzu *Heike Riesling-Schärfe*: Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in stadtteilbezogene Handlungsstrategien, in: *Soziale Stadt info* 17 – September 2005, S. 20-21 (u. a. mit Hinweisen auf Beispiele guter Praxis).

## Literatur

Abgeordnetenhaus von Berlin (1999): Bericht zur Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zur Entschärfung sozialer Konflikte besonders belasteter Stadtquartiere, Aktionsprogramm „Urbane Integration“ – 1. Stufe – und zur Sozialorientierten Stadtentwicklung: Einrichtung von integrierten Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Berlin: Drucksache 13/4001.

Abgeordnetenhaus von Berlin (2005): Integration durch Bildung. Drucksache 15/3973 vom 13.05.2005.

Anhut, Reimund / Heitmeyer, Wilhelm (2000): Einleitung: Bedrohte Stadtgesellschaft? Anknüpfungen an klassische Konzepte und aktuelle Analysen, in: Wilhelm Heitmeyer / Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim / München: Juventa, S. 9-75.

Anhut, Reimund / Heitmeyer, Wilhelm (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Diskussion von Forschungsergebnissen, in: Wilhelm Heitmeyer / Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim / München: Juventa, S. 551-569.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2003): Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Fachtagung am 11. Juni 2002 in Bonn. Dokumentation. Berlin / Bonn.

Becker, Heidede (2003): „Besonderer Entwicklungsbedarf“ – die Programmgebiete der Sozialen Stadt, in: Difu (Hrsg.), Strategien für die Soziale Stadt. Berlin, S. 56-73.

Beer, Ingeborg / Musch, Reinfried (2002a): „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Modellgebiet Kottbusser Tor, Berlin-Kreuzberg. Endbericht im Rahmen der PvO. Berlin.

Beer, Ingeborg / Musch, Reinhard (2002b): Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin: Difu, S. 56-71.

Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg (2003): Bildung und Schule in Berlin und Brandenburg. Berlin / Potsdam. [www.senbj.s柏林.de/.../bildungskommission\\_berlin\\_brandenburg/Bericht\\_Bildungskommission.pdf](http://www.senbj.s柏林.de/.../bildungskommission_berlin_brandenburg/Bericht_Bildungskommission.pdf).

BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hrsg.) (2000): Sechster Familienbericht: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen. Berlin.

BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hrsg.) (2002): Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Frankfurt am Main: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge / ISIS – Sozialforschung.

BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hrsg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Difu [Deutsches Institut für Urbanistik] (Hrsg.) (2002): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin: Difu.

Difu [Deutsches Institut für Urbanistik] (Hrsg.) (2003): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Bericht der Programmbegleitung. Berlin: Difu.

Empirica (2003): Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Erler, Wolfgang (2004): Migrantenfamilien als Motor der Integration in der Einwanderungsgesellschaft – Bausteine für einen ressourcenorientierten Ansatz, in: E&C-Zielgruppenkonferenz „Interkulturelle Stadt(teil)politik“. Dokumentation der Veranstaltung vom 8. und 9. Dezember 2003 in Berlin.

Erler, Wolfgang / Jaeckel, Monika (2002): Der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft – ein innovativer Ansatz der Familienbildung. Zwischenbericht zum Projekt. München: Deutsches Jugend-Institut.

Filsinger, Dieter (2002): Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste. Expertise im Auftrag der Regiestelle E & C. Saarbrücken / Berlin.

Gesemann, Frank (2004): Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme – Ursachenanalyse – Präventionsmaßnahmen. Berlin 2004: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration.

Gesemann, Frank (2005): Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften: Konzepte und Befunde, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hrsg.): Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften. Dokumentation der Fachtagung vom 11. Mai 2004. Berlin 2005: Friedrich-Ebert-Stiftung (*im Erscheinen*).

Gesemann, Frank (Hrsg.) (2001): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Ergebnisse und politische Perspektiven (Herausgeber). Opladen: Leske + Budrich.

Gestring, Norbert / Janssen, Andrea / Polat, Ayça (2004): Integrationspfade: Die zweite Generation in den USA und Deutschland, in: Walter Siebel (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 230-243.

Häußermann, Hartmut (2001): Marginalisierung als Folge sozialräumlichen Wandels in der Großstadt, in: Frank Gesemann (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Ergebnisse und politische Perspektiven. Opladen, S. 63-85.

Häußermann, Hartmut (2005): Ethnische Segregation und Integration in der Großstadt, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hrsg.): Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften. Dokumentation der Fachtagung vom 11. Mai 2004. Berlin 2005: Friedrich-Ebert-Stiftung (*im Erscheinen*).

Häußermann, Hartmut / Kapphan, Andreas (2000): Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske + Budrich.

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2001a): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin / Oldenburg.

- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2001b): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), Heft 1, S. 68-79.
- Heckmann, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart: Enke.
- Hermann, S. / Storz, P. / Baum, Ch. (2004): Sozialstruktur und Wanderungsanalyse, in: SenGesSozV [Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz] (Hrsg.) (2004): Sozialstrukturatlas Berlin 2003. Berlin, S. 144-180.
- Hoffmann-Axthelm (1984): Straßenschlachtung. Geschichte, Abriss und gebrochenes Weiterleben der Admiralstraße. Berlin: Nishen.
- IfS / S.T.E.R.N (1998): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin. Endbericht. Berlin.
- IfS [Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH] (2004): Die Soziale Stadt – Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit. Berlin: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.
- Kapphan, Andreas (2001): Migration und Stadtentwicklung. Die Entstehung ethnischer Konzentrationen und ihre Auswirkungen, in: Frank Gesemann (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Ergebnisse und politische Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 89-108
- Oberwittler, Dietrich / Blank, Thomas / Köllisch, Tilman / Naplava, Thomas (2001): Soziale Lebenslagen und Delinquenz von Jugendlichen. Ergebnisse der MPI-Schulbefragung 1999 in Freiburg und Köln. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- OECD (2003): Urban Renaissance Studien: Berlin. Wege zu einer integrativen Strategie für sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Paffhausen, Jürgen (2005): Ausländer in Berlin 2004 – eine kleinräumliche Betrachtung, in: Berliner Statistik, Monatsschrift 7/05, S. 226-230.
- Quartiersmanagement Kottbusser Tor (2004): Handlungskonzept zum 31.12.2004. Dezember 2004. Unveröffentlichtes Manuskript: Stiftung SPI Berlin, Geschäftsbereich Stadtentwicklung.
- Quartiersmanagement Schöneberger Norden (2004): Handlungskonzept. Dezember 2004. Berlin: Stiftung SPI / AG SPAS. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (2004): Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Senat von Berlin (2005): Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Im Wortlaut: Das am 23.8.2005 vom Senat beschlossene Integrationskonzept für Berlin. Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Berlin: Der Beauftragte für Integration und Migration.

SenGesSozV [Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz] (2003): Zur gesundheitlichen Lage von Kindern in Berlin. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf Basis der Einschulungsuntersuchungen 2001. Spezialbericht 2003 - 2. Berlin.

SenGesSozV [Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz] (Hrsg.) (2004): Sozialstrukturatlas Berlin 2003. Berlin.

SenStadt [Senatsverwaltung für Stadtentwicklung] (Hrsg.) (2001): Stadtmonitoring Soziale Stadtentwicklung 2000. Berlin.

SenStadt [Senatsverwaltung für Stadtentwicklung] (Hrsg.) (2003): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004. Fortschreibung auf der Grundlage des modifizierten Konzepts. Berlin.

SenStadt [Senatsverwaltung für Stadtentwicklung] (Hrsg.) (2004): Bevölkerungsprognose für Berlin 2002 – 2020. Bevölkerungsentwicklung in der Metropolregion Berlin 2002 – 2020. Berlin.

Tiedemann, Joachim / Billmann-Mahecha, Elfriede (2004): Migration, Familiensprache und Schulerfolg. Ergebnisse aus der Hannoverschen Grundschulstudie, in: W. Bos / E.M. Lankes / N. Plaßmeier / K. Schwippert (Hrsg.): Heterogenität. Eine Herausforderung an die empirische Bildungsforschung. Münster: Waxmann, S. 267-279.

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt.

WCSDG [World Commission on the Social Dimension of Globalization] (2004): A Fair Globalization: Creating Opportunities for All. Geneva: International Labour Office.

## Anhang

<b>Tabelle 16: Gründe für den Umzug von Zugezogenen und Weggezogenen In den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor (in Prozent der Befragten)</b>				
Gründe für den Umzug	Gesamt	Zugezogene	Weg- gezogene	Differenz Zugezogene / Weggezogene
Veränderung der Haushaltsgröße	53,3	55,2	50,0	5,2
Veränderung der finanziellen Situation	40,2	37,9	44,1	-6,2
Bessere Qualität der Wohnung	57,6	56,9	<b>58,8</b>	-1,9
Geringere Kosten der Wohnung	39,1	41,4	35,3	6,1
Bessere Vereinbarkeit mit der Arbeitsstelle	33,7	39,7	23,5	16,1
Eltern / Verwandte leben in der Nähe	48,9	60,3	29,4	30,9
Freunde / Bekannte leben in der Nähe	<b>63,0</b>	<b>77,6</b>	38,2	<b>39,4</b>
Angenehmeres Wohnumfeld	57,6	48,3	<b>73,5</b>	-25,3
Besseres Wohnumfeld für Kinder	33,7	20,7	55,9	<b>-35,2</b>
Besseres Zusammenleben der Bewohner	67,4	67,2	<b>67,6</b>	-0,4
Bessere Einkaufsmöglichkeiten	<b>72,8</b>	<b>93,1</b>	38,2	<b>54,9</b>
Bessere Qualität öffentlicher Einrichtungen	42,4	37,9	50,0	-12,1
Bessere Qualität der Schulen	27,2	20,7	38,2	<b>-17,5</b>
Bessere Einrichtungen / Angebote für Kinder	32,6	25,9	44,1	<b>-18,3</b>
Bessere soziale und kulturelle Angebote	51,1	53,4	47,1	6,4
Bessere religiöse Angebote	43,5	56,9	20,6	36,3
Bessere Freizeit- und Sportangebote	33,7	36,2	29,4	6,8
Verkehrsgünstigere Lage der Wohnung	<b>68,5</b>	<b>89,7</b>	32,4	<b>57,3</b>
N = 92 Haushalte (Zugezogene: 58, Weggezogene: 34)				

**Tabelle 19: Probleme im Quartier aus Sicht von Zugezogenen und Weggezogenen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor (in Prozent der Befragten)**

Probleme im Quartier	Gesamt	Bülowstraße	Kottbusser Tor	Zugezogene	Weggezogene
Mangelnde Qualität der Wohnungen	35,9	28,3	46,2	32,8	41,2
Ungepflegtes Wohnumfeld	<b>82,6</b>	<b>79,2</b>	<b>87,2</b>	82,8	<b>82,4</b>
Verwahrlosung des öffentlichen Raumes	60,9	52,8	71,8	51,7	<b>76,5</b>
Zu wenig Grünflächen	56,5	64,2	46,2	56,9	55,9
Mangelnde Qualität der Schulen	43,5	34,0	56,4	48,3	35,3
Schlechte Versorgung mit Geschäften, Restaurants	18,5	18,9	17,9	6,9	38,2
Geringes Angebot kultureller Einrichtungen	27,2	28,3	25,6	20,7	38,2
Geringes Angebot sozialer Einrichtungen	20,7	15,1	28,2	22,4	17,6
Arbeitslosigkeit und Armut im Quartier	<b>80,4</b>	<b>77,4</b>	<b>84,6</b>	<b>86,2</b>	<b>70,6</b>
Fehlende Arbeitsplätze und Beschäftigungsangebote	79,3	<b>79,2</b>	79,5	<b>87,9</b>	64,7
Fehlende Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote	65,2	54,7	79,5	77,6	44,1
Fehlende Freizeit- und Sportangebote	39,1	35,8	43,6	46,6	26,5
Fehlende Angebote für Kinder und Jugendliche	47,8	41,5	56,4	51,7	41,2
Fehlende Angebote für ältere Menschen	39,1	28,3	53,8	43,1	32,4
Fehlende Angebote für Zuwanderer	22,8	18,9	28,2	25,9	17,6
Konflikte im Zusammenleben der Bewohner	28,3	30,2	25,6	15,5	50,0
Konflikte zwischen Deutschen und Zuwanderern	28,3	34,0	20,5	17,2	47,1
Geringe Identifikation der Bewohner mit dem Kiez	27,2	32,1	20,5	27,6	26,5
Hohe Kriminalitätsbelastung im Gebiet	<b>76,1</b>	<b>71,7</b>	82,1	<b>86,2</b>	58,8
Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum	52,2	43,4	64,1	50,0	55,9
Schlechtes Image des Gebietes	68,5	64,2	74,4	70,7	64,7
Hohe Umweltbelastungen (Lärm, Verkehr)	69,6	58,5	<b>84,6</b>	70,7	67,6
Gefährdung der Kinder durch Verkehr	57,6	50,9	66,7	60,3	52,9
N = 92 Haushalte (Bülowstraße: 53, Kottbusser Tor: 39; Zugezogene: 58, Weggezogene: 34)					



**Tabelle 20: Ressourcen des Quartiers aus der Sicht von Zugezogenen und Weggezogenen in den Gebieten Bülowstraße und Kottbusser Tor (in Prozent der Befragten)**

Ressourcen des Quartiers	Gesamt	Bülowstraße	Kottbusser Tor	Zugezogene	Weggezogene
Qualität der Wohnungen	40,2	47,2	30,8	44,8	32,4
Verbesserungen des Wohnumfeldes	27,2	26,4	28,2	24,1	32,4
Verkehrsgünstige Lage des Gebietes	<b>94,6</b>	<b>94,3</b>	<b>94,9</b>	<b>96,6</b>	<b>91,2</b>
Gute Versorgung mit Geschäften, Märkten	<b>85,9</b>	<b>79,2</b>	<b>94,9</b>	<b>100</b>	<b>61,8</b>
Gute Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen	57,6	50,9	66,7	67,2	41,2
Viele kostengünstige Angebote	59,8	<b>69,8</b>	46,2	60,3	<b>58,8</b>
Enge Netze zwischen Freunden und Verwandten	67,4	52,8	<b>87,2</b>	79,3	47,1
Aktives Engagement der Bewohner	23,9	18,9	30,8	20,7	29,4
Viele Selbsthilfeeinrichtungen von Zuwanderern	35,9	28,3	46,2	34,5	38,2
Gutes Zusammenleben der Bewohnerschaft	53,3	47,2	61,5	67,2	29,4
Multikulturelle Atmosphäre des Gebietes	<b>73,9</b>	66,0	84,6	<b>84,5</b>	55,9
Arbeitsplatz- und Beschäftigungsangebot	7,6	3,8	12,8	3,4	14,7
Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot	8,7	7,5	10,3	5,2	14,7
Kindertageseinrichtungen und Schulen	19,6	17,0	23,1	22,4	14,7
Freizeit- und Sportangebot	32,6	24,5	43,6	37,9	23,5
Religiöse und kulturelle Angebote	48,9	35,8	66,7	63,8	23,5
N = 92 Haushalte (Bülowstraße: 53, Kottbusser Tor: 39; Zugezogene: 58, Weggezogene: 34)					